

.....
Eröffnung des städtischen Strombades Aspernbrücke. Den Wünschen vieler Badelu-
 stiger entgegenkommend, wird das städtische Strom-, Sonnen- und Luftbad Aspern-
 brücke im Donaukanal bereits morgen Samstag eröffnet. Die Badezeit ist von 8'30
 bis 19 Uhr. Das Bad ist einer Generalreparatur unterzogen und weiter ausgestal-
 tet worden. Es verfügt nunmehr über rund 600 Umkleidestellen.

.....
Neue städtische Wohnhausbauten. Die Gemeinde errichtet demnächst in Favoriten,
 Simmering und Floridsdorf wieder grössere Wohnhausbauten. Die Pläne für diese
 Bauten wurden am Dienstag vom Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen genehmigt.
 Ein Entwurf sieht die Vergrösserung der Wohnhausanlage in der Quellenstrasse in
 Favoriten vor. Dort ist bereits ein Wohnhausbau mit 273 Wohnungen im Bau. Nun
 wird nach den Plänen der Architekten Alfred Chalousch und Heinrich Schopper
 ein grosser Zubau aufgeführt, der 177 Wohnungen enthalten wird. Die ganze Anlage
 wird insgesamt 450 Wohnungen umfassen. In der Molitorgasse in Simmering wird
 ebenfalls eine grosse Wohnhausanlage aufgeführt. Für ihren Bau sollen die Bun-
 deswohnbauszuschüsse in Anspruch genommen werden. Planverfasser ist Architekt
 Professor Ingenieur Karl Holey. Die Baufläche beträgt 14.818 Quadratmeter, von
 den aber nur 5782 verbaut werden sollen. Der Rest ist für die Anlage von grossen
 Gartenhöfen vorgesehen. Dieser Bau wird 399 Wohnungen, eine Bücherei, ein Jugend-
 heim und mehrere Geschäftslokale enthalten. Die Magistratsabteilung 22 hat die
 Pläne für einen Wohnhausbau in Floridsdorf in der Voltgasse vorgelegt. Dort
 wird eine kleinere Anlage mit insgesamt 44 Wohnungen errichtet.

.....
Die Autosteuer tafel muss rechtzeitig behoben werden! Ein Rechtsanwalt hatte das
 Kraftwagenabgabekennzeichen für das Jahr 1929 erst am 7. März 1929, also ver-
 spätet behoben und wurde deshalb vom Magistrat bestraft. Dagegen hat der Rechts-
 anwalt beim Verwaltungsgerichtshof Beschwerde eingelegt, die abgewiesen wurde.
 Die Abweisung wird damit begründet, dass das Abgabekennzeichen ein vom Kraftwa-
 genbesitzer beim Betrieb seines Wagens stets deutlich und sichtbar zu führen-
 der Beweis über die Entrichtung der Abgabe sein soll. Das Abgabekennzeichen ist
 Quittung und Ausweis nach aussen über die entrichtete Abgabe. Es unterliegt
 keinem Zweifel, dass der Betrieb eines Wagens mit vorschriftswidrig oder gar nicht
 angebrachtem Abzeichen eine Ordnungswidrigkeit bildet, die der Gemeinde Wien die
 Aufsicht über die ordnungsmässige Entrichtung der Abgabe erschwert. Aber die An-
 bringung des Abgabekennzeichens ist auch für den Fall, dass ein Wagen nicht be-
 nützt wird und in der Garage steht, ein wichtiges Kontrollmittel, zumal nur durch
 die Anbringung des Kennzeichens am Wagen ein Missbrauch durch Anbringung an
 anderen Wagen verhütet werden kann. Es ist somit eine nicht rechtzeitige Lö-
 sung des Abgabekennzeichens eine mit Strafe bedrohte Ordnungswidrigkeit.
 290

Wien, am Freitag, den 2. Mai 1930. Zweite Ausgabe

Das Pflaster wird aufgerissenStrassen- und Kanalarbeiten der Gemeinde.

Jetzt, mit dem Eintreten des wärmeren Wetters, kommt wieder die Zeit, da an allen Ecken und Enden der Stadt das Pflaster aufgerissen wird, um Strassen zu planieren oder in der Erde zu schürfen, um das dichte Netz der unterirdischen Kabel, Gas- und Wasserleitungsrohre zu überprüfen und auszubessern. Diese Arbeiten, die freilich in verringertem Mass auch den ganzen Winter über durchgeführt werden, beschäftigen jahraus jahrein eine Reihe von Gewerben und tausende Arbeiter; die Summe, die diese, für die glatte Abwicklung des Verkehrs notwendigen Strassenarbeiten jährlich kosten, gehen in viele Millionen.

Mitte April sind an acht Stellen der Stadt neue Strassenpflasterarbeiten ausgeführt worden. Dabei sind 12 Dampfstrassenwalzen, 7 Motorstrassenwalzen, 4 Motorwalzen und 1 Kompressor gelaufen. An zwanzig Stellen der Stadt, fast in allen Bezirken, sind um dieselbe Zeit Kanalisationsarbeiten geleistet worden; nach dem Budget für 1930 sind ja im heurigen Jahre 63 Kanalneubauten und 99 Kanalumbauten vorgesehen. Insgesamt haben bei diesen Strassen- und Kanalarbeiten im April allein rund 60 Firmen Arbeitsaufträge und dauernde Beschäftigung erhalten. Rechnet man die bei den Wohnhausbauten der Gemeinde beschäftigten Arbeiter mit, so ergibt sich, dass die Gemeinde bei diesen öffentlichen Arbeiten Mitte April allein 7.847 Arbeiter beschäftigte; das sind um fast 700 Arbeiter mehr als im Vorjahr zur gleichen Zeit.

Es gibt immer wieder Menschen, die murren und nicht verstehen, wenn in der Nähe ihres Hauses die Strasse aufgerissen wird und dann vielleicht wirklich tagelang Pflasterhämmer und Druckluftschlämmer donnern und lärmen. Aber wer weiss, dass die Strassen Wiens 1174 Kilometer lang sind und dass sie, ohne die Kosten zu rechnen, die der Strassenbahn, dem Gas- und Elektrizitätswerk aus dem Titel der Strassenerhaltung erwachsen, mit einem Kostenaufwand von jährlich rund 17 Millionen Schilling immer wieder nachgesehen, ausgebessert und neu hergestellt werden müssen, wird die Leistung der Gemeinde verstehen und würdigen und die Verantwortung nicht gering einschätzen, die ein solches ungeheures Strassennetz den Erhaltern dieser Strassen aufbürdet.

Wien, am Freitag, den 2. Mai 1930 Dritte Ausgabe

 Gehrte Redaktion! Um die Aufnahme der nachstehenden Notiz wird geboten. Das erwähnte Sonderheft liegt bei. Für die Veröffentlichung dankt bestens

Karl Honay.

Die Finanznot der Gemeinden Niederösterreichs. In der Öffentlichkeit wird die Finanzwirtschaft der Gemeinden viel erörtert. Insbesondere bildet die schwere Finanzkrise, in die manche Städte geraten sind, den Gegenstand öffentlicher Kritik. Da aber bis jetzt eine erschöpfende Publikation über die wahren Ursachen der kommunalen Finanznot nicht erschienen ist, war ein objektives Urteil über die Verwaltung der österreichischen Gemeinden kaum möglich. Es ist daher besonders zu begrüßen, dass nunmehr wenigstens über die Ursachen der Finanznot der Gemeinden eines Bundeslandes eine gründliche und sehr interessante Veröffentlichung vorliegt. Der Finanzreferent von St. Pölten, Stadtrat Dr. Fischer, hat mit grösster Genauigkeit eine Untersuchung über die Verwaltung der niederösterreichischen Gemeinden vorgenommen. Das Ergebnis dieser mühevollen Arbeit ist in einem Sonderheft der "Gemeinde-Zeitung" zusammengefasst. Man kann aus dieser Veröffentlichung die beste Information über die Gemeindearbeit in Niederösterreich schöpfen. Das 24 Seiten starke Heft kostet einen Schilling und kann von der Verwaltung im Neuen Wiener Rathaus bezogen werden.

Amsterdamer Stadträte im Rathaus. Vor einiger Zeit hat der Amsterdamer Stadtrat beschlossen, die Frage der Errichtung einer städtischen Feuerversicherungsanstalt zu studieren. Zu diesem Zweck wurde eine Kommission beauftragt, die drei dafür bedeutendsten Versicherungsinstitute des Kontinents, nämlich die Feuer-Societät von Schleswig-Holstein, den Reichsverband in Berlin und die Wiener städtische Versicherungsanstalt zu besuchen. Heute hat Bürgermeister Seitz die Amsterdamer Studienkommission im Rathaus empfangen. In seiner Begrüssung verwies der Bürgermeister auf die soziale Bedeutung des städtischen Versicherungswesens. "Dass sich die Gemeinden um das Versicherungswesen kümmern, ist heute selbstverständlich geworden. Die Versicherung, die die Menschen vor gewissen Störungen in ihrem Lebensablaufe sichern soll, kann nicht mehr ausschliesslich der Privatwirtschaft überantwortet sein; sie ist eine neue und wichtige Aufgabe kommunaler Wirtschaft." Für die Gäste sprach der Führer der Kommission, Stadtrat Dr. Kropman, der dem Bürgermeister für das Entgegenkommen der Stadtverwaltung und die wertvollen Erfahrungen dankte, die die Kommission bei der Wiener städtischen Versicherungsanstalt gewinnen konnte. Ausser den Amsterdamer Gästen nahmen an dem Empfang die Vizobürgermeister Emmerling und Hoss, die Landtagspräsidenten Dr. Danneberg und Hellmann, die Stadträte Linder, Richter, Speiser, Tandler und Weber, die Gemeinderäte Angermayer, Bermann, Blum und Marie Wielsch und der Direktor der Städtischen Versicherungsanstalt Liebermann mit den leitenden Beamten des Institutes teil.

Herausgeber und verantw. Redakteur: 162
Karl H o n a y

Wien, am Samstag, den . Mai 1930 Erste Ausgabe

.....
Paul Clemenceau über die Wohlfahrtseinrichtungen der Gemeinde Wien.

Ein französisches Urteil über die Kinderfürsorge.

Im April weilte Paul Clemenceau, der Vetter des verstorbenen bekannten französischen Staatsmannes Georges Clemenceau, in Wien. Paul Clemenceau hat während seines Wiener Aufenthaltes die Fürsorgeeinrichtungen der Gemeinde Wien eingehend besichtigt. Vor seiner Abreise hat er an Bürgermeister Seitz einen Brief gerichtet, in dem er von dem tiefen Eindrucke spricht, den er beim Besuche der wichtigsten Wohlfahrtseinrichtungen der Stadt Wien empfangen habe. In dem Briefe Paul Clemenceau's an den Bürgermeister heisst es dann: "Ich will gar nicht von den Arbeiterwohnungen, den Bädern und den Parks sprechen, die der Stadt den Ausdruck körperlicher und moralischer Gesundheit geben. Schon diese **Leistung ist** hochbedeutend, jedoch, wenn ich so sagen darf, auf einem leichter zu verstehenden Plane aufgebaut und weniger erhaben als die Schöpfung all jener Einrichtungen, die der Rettung der Kinder dieser Stadt gewidmet sind. Ich werde niemals die tiefe Rührung vergessen, die ich empfand, als ich sah, wie die Kinder Gesundheit geradezu einzuatmen vermochten in einer Umwelt von Schönheit und Güte, die aus dem Elend eine Quelle der Freude macht. Ebenso gross war der Eindruck, den ich von dem Palast (gemeint ist das Heim auf dem Wilhelminenberg) empfing, worin die Kleinen, die schon von ihrer Geburt an vom Verderben bedroht sind, eine Erziehung empfangen, die in der Mehrzahl der Fälle ihr Leben zum Besseren wenden wird. Nicht mit leeren Worten, sondern mit Taten, mit Reinlichkeit und mit Schönheit heilen Sie die Krankheiten der Seele, durch eine gesunde Umwelt bekämpfen Sie die aufkeimende Korruption. Ich habe nichts Erhabeneres und Grösseres je gesehen."

43.017 Patienten im Krankenhaus der Stadt Wien.Die Leistungen der Anstalt im Jahre 1929.

Die Direktion des Krankenhauses der Stadt Wien in Lainz hat nunmehr den Jahresbericht 1929 vorgelegt. Dem Bericht ist zu entnehmen, dass die Anstalt, die über 1021 Betten verfügt, seit Jahren eine stets steigende Zahl von Krankenaufnahmen zu verzeichnen hat. Sie betrug im Vorjahr 13.570 gegen 13.448 im Jahre 1928 und 12.684 im Jahre 1927. Von diesen in die Spitalspflege aufgenommenen Patienten starben 1.112; es entfallen daher 7 Todesfälle auf hundert Aufnahmen. Die Anzahl der Verpflegstage betrug im Vorjahr 364.802 gegen 366.220 im Jahre 1928 und 354.568 im Jahre 1927. Während die durchschnittliche Verpflegsdauer eines Kranken in den Jahren 1924 bis 1926 noch 30 und im Jahre 1927 schon 28 Tage betrug, machte sie in den letzten zwei Jahren nur mehr 27 Tage aus.

Die verschiedenen Ambulatorien des Krankenhauses der Stadt Wien hatten im vergangenen Jahr ebenfalls einen überaus reichen Zuspruch. Es haben dort nicht weniger als 29.447 Patienten Hilfe gesucht. Die meisten Patienten, nämlich 6480, suchten das Ambulatorium der Hals-, Nasen- und Ohrenabteilung auf. Dann kommt das Ambulatorium der chirurgischen Abteilung mit 6255 Patienten.

Operationen wurden im Krankenhaus der Stadt Wien im Vorjahr 4.647 durchgeführt gegen 4.264 im Jahre 1928 und 3.888 im Jahre 1927. Die meisten Operationen weist selbstverständlich die chirurgische Abteilung auf, dann folgen die Gynäkologie, die Abteilung für Hals-, Nasen- und Ohren, die Augenabteilung, die urologische Abteilung und die Hautabteilung. Ebenso wie die Leistungen der einzelnen Krankenabteilungen sind auch die der verschiedenen Institute wesentlich angestiegen. So wurden im Röntgeninstitut gegenüber 10.513 Kranken im Jahre 1928 im Vorjahr 11.765 Kranke behandelt. Das Institut für physikalische Heilmethoden zählte im Vorjahr 29.606 Behandlungen.

Die serodiagnostische Untersuchungsstelle, die der dermatologischen Abteilung angegliedert ist, führte 25.793 Untersuchungen durch. Die Anzahl der in der Prosektur vorgenommenen histologischen und bakteriologischen Untersuchungen betrug 1.759.

Das Spital hat im letzten Jahr durch die Errichtung der Abteilung für Stoffwechselkrankheiten, Ernährungsstörungen und diätetische Heilmethoden eine ganz besondere Ausgestaltung erfahren. Zum Vorstand dieser Abteilung wurde bekanntlich Geheimrat Professor Dr. Noorden berufen. Eine weitere Ausgestaltung wird die Anstalt heuer erfahren, indem der gegenwärtig im Bau befindliche Krankenhospavillon für 320 Tuberkulosekranke fertiggestellt und seiner Bestimmung übergeben werden wird. Schliesslich wird dann noch die Abteilung für Rheumakranke bedeutend vergrössert, so dass das Krankenhaus der Stadt Wien über vorbildlich eingerichtete Spezialabteilungen verfügen wird.

.....
Sitzungen im Rathaus.In der kommenden Woche tritt am Dienstag um 10 Uhr der Wiener Stadtsenat zusammen. Anschliessend daran findet eine Sitzung der Landesregierung statt. Der Gemeinderat wurde für Freitag um 17 Uhr einberufen.

.....
Jubilare der Ehe.In diesen Tagen feiern die Ehepaare Peter und Barbara Douring, Josef und Emilia Hampel, Karl und Sofie Bischitzky und Karl und Maria Anderle ihre goldene Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien heute amtsführender Stadtrat Linder in der Wohnung der Jubelpaare, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

.....
Die Gemeindegzuschüsse zu den Instandhaltungskosten.Bekanntlich hat der Wiener Gemeinderat im Juni v. J. einen Beirat zur Begutachtung der Gewährung von Zuschüssen zu den Instandhaltungskosten eingesetzt, die über das Viertausendfache des Friedenszinses hinausgehen. Am 24. April hielt dieser Beirat seine 17. Sitzung ab, in der die Ansuchen von 380 Parteien in 53 Häusern erledigt wurden. Bisher hat der Beirat insgesamt die Ansuchen von 6.470 Parteien in 813 Häusern behandelt. Die von der Gemeinde gewährleisteten Zuschüsse zu den Mietzinsen betragen monatlich 27.221 Schilling. Der sich hiedurch ergebende Aufwand macht für ein Jahr 283.073 Schilling aus.

.....
Verstärkter Sonntagsstrassenbahnverkehr nach Mauer.Die Direktion der städtischen Strassenbahnen hat bisher an schönen Sonn- und Feiertagen zur Verstärkung des Verkehrs nach Mauer die Linie 162 von der Oper über die Wiedner Hauptstrasse geführt. Diese Linie verkehrt nun von morgen Sonntag an nicht mehr bis zur Oper, sondern sie wird vom Bahnhof Favoriten über die Gudrunstrasse nach Mauer geleitet.

.....
Die Wertlotterie des Wiener Jugendhilfswerkes.Wie die Geschäftsstelle des Wiener Jugendhilfswerkes mitteilt, findet die 5. Wertlotterie am Montag, den 5. Mai, um 18³⁰ Uhr im Festsaal des Alten Rathauses in der Wipplingerstrasse statt.

.....
Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung.In der nächsten Zeit werden in Währing die Mollgasse, die Anastasius Grüngasse vom Haus Nr. 8 bis zur Gymnasiumstrasse, die Edelhofgasse zwischen der Michaelerstrasse und der Anastasius Grüngasse und die Weitlofgasse vom Haus Nr. 5 bis zur Mollgasse mit der elektrischen Strassenbeleuchtung ausgestattet.

Fürsorgetagung in Wien.Bürgermeister Seitz eröffnet die Tagung im Alten Rathaus.

Das erste Mal hat eine öffentliche Körperschaft, das Wohlfahrtsamt der Stadt Wien, eine grosse Tagung einberufen, die sich mit wichtigen Fragen der öffentlichen Fürsorge beschäftigt. Damit sind die so notwendigen Besprechungen, die bisher nur von privaten Vereinen veranstaltet wurden, in den weiteren Rahmen der öffentlichen Fürsorgeverwaltung gerückt worden. Das grosse Interesse der Öffentlichkeit an dieser Tagung über die "Anstaltsfürsorge für das Kind" bewies der bis auf den letzten Platz gefüllte grosse Sitzungssaal des Alten Rathauses; neben den Vertretern der Behörden und der Stadtverwaltung waren alle Praktiker des Fürsorgewesens gekommen, um in freier Aussprache die bedeutenden Probleme der Anstaltsfürsorge zu erörtern und Erfahrungen auszutauschen. Die eingehende Besprechung aller Probleme der Anstaltsfürsorge im Lichte einer öffentlichen Tagung, nicht bloss im Halbdunkel eines Beratungszimmers, wird den Gedanken und die Bedeutung der Fürsorge für das Kind der breitesten Öffentlichkeit nahebringen und gleichzeitig die Zusammenarbeit aller berufsmässig oder aus Neigung in der Fürsorge Tätigen entscheidend fördern.

In diesem Sinne begrüsst Stadtrat Professor Dr. Tandler als verantwortlicher Leiter des Wohlfahrtsamtes der Stadt Wien die erschienenen Gäste, vor allem Bürgermeister Seitz und die zahlreichen Vertreter der Behörden und Körperschaften, und bat den Bürgermeister, die Tagung zu eröffnen.

"Die Stadt Wien", führte Bürgermeister Seitz aus, "bringt nicht nur dieser Tagung, die einen der wichtigsten Zweige der öffentlichen Fürsorge zu behandeln hat, ein sehr reges Interesse entgegen; sie betrachtet diese Tagung vielmehr als die erste einer Reihe solcher öffentlicher Fürsorgetagungen. Der Gedanke einer solchen Tagung ist anlässlich der Feier des 40jährigen Bestandes der Eggenburger Erziehungsanstalt aufgetaucht. Die Geschichte dieser Anstalt, die heute weit über das deutsche Sprachgebiet hinaus in Europa als Muster einer modernen Erziehungsanstalt bekannt ist, zeigt so recht klar die Entwicklung der Ansichten über die Anstaltsfürsorge für die Jugend. Niemand hätte gerade dieser Anstalt bei ihrer Erbauung vorausgesagt, dass sie einmal eine Anstalt der Fürsorgeerziehung werden würde; sie war eine Besserungsanstalt, eine Anstalt, etwas besser als ein Gefängnis, -oder vielleicht sogar etwas schlechter als ein Gefängnis. War sie doch eingerichtet wie eine Strafanstalt, aber umgehen von der Heuchelei, sie diene der Erziehung. Ehrend sei hier des Mannes gedacht, der aus echter Liebe zu den Kindern, zu seinen Buben, wie er sie stets nannte, seinem Herzen folgend, den Weg fand, Härten der Besserungsanstalt zu mildern. Die Verdienste, die sich damals Johann Mayer als Landesausschuss erwarb, sollen nicht vergessen sein. Den entscheidenden Schritt auf dem Wege von der Strafanstalt zum Erziehungsinstitut hat dann nach dem Kriege Professor Tandler getan, der neue Wege auf allen Gebieten der Jugendfürsorge wies und die Organisation der geschlossenen Anstalten, der Waisenhäuser, Erziehungsheime und aller anderen

.....

Fürsorgeinstitute neugestaltete. Damit hat er vor allem ermöglicht, dass auch in der Anstaltsfürsorge das wichtigste Gebot jeder Pädagogik, die Individualisierung durchgeführt werden konnte."

Dann kam der Bürgermeister auf die Fürsorgegesetzgebung zu sprechen. "Wenn auch", sagte er, "der Rechtsgrundsatz dahin geht, aus der praktischen Erfahrung ein Gesetz zu kristallisieren, so kann gerade hier niemand bestreiten, dass die praktische Arbeit auf dem Fürsorgegebiet schon lange genug dauert, um für das notwendige Fürsorgegesetz die Grundlagen zu liefern, für das Gesetz, das der Jugend das Recht auf die Fürsorge gibt. Der Schrei nach dem Jugendfürsorgegesetz wird nicht erst seit heute erhoben. Ich selbst habe vor 25 Jahren im alten Reichsrat dafür gekämpft, dass die Fürsorge für die Jugend aus dem Stadium der privaten Mildtätigkeit gehoben, durch ein Gesetz vorankert und zu einer öffentlichen Pflicht gestaltet werde. Es ist unser aller Pflicht, dafür zu sorgen, dass jetzt endlich ein solches Gesetz gemacht werde."

Es ist einmal die Ansicht geäußert worden, die Fürsorge sei eine Züchtung der Minderwertigkeit. Diese Ansicht ist falsch, ja verbrecherisch, soweit es sich um die Fürsorge für die Jugend handelt. Die Jugend ist der einzige Schatz unserer Zukunft; die Masse der Jungen, die Kinder betreuen mit allen unseren Mitteln und Kräften, heisst mit den Grossen, die aus dieser Jugend werden, das ganze Volk emporheben. Die Fürsorge für die Jugend ist nicht nur eine Angelegenheit des sogenannten weichen Herzens; auch vom Standpunkt der nüchternsten Wirtschaft, der reinen ökonomischen Ueberlegung muss man zu dem Schlusse kommen, dass jede Aufwendung in der Jugendfürsorge reiche Früchte trägt, dass alles, was an jedem einzelnen Kind in der Fürsorge getan wird, für das ganze Volk getan ist. In diesem Geiste treten Sie in Ihre Beratungen ein, im Geiste der Fürsorge für die Menschen, für die grosse Allgemeinheit sei die Tagung eröffnet. (Brausender Beifall.)

Nach den Ausführungen des Bürgermeisters begann Stadtrat Professor Dr. Tandler sein grosses Referat über die Anstaltsfürsorge.

.....

Ablenkung des Bahnhofrundverkehrs. Wegen Gleisarbeiten in der Alserbachstrasse und Nussdorferstrasse wird der Bahnhofrundverkehr am 6., 7., 8. und 9. Mai vom Nordwestbahnhof über Taborstrasse, Kai, Schottenring, ^{Porzellangasse} Franz Josefsbahnhof, Lichtenwerderplatz zum Währingergürtel geführt.

Wien, am Sonntag, den 4. Mai 1930

Licht, Liebe, Leben, -den Bürgern der Grosstadt.Bürgermeister Seitz eröffnet den neuen Riesenpark in Simmering.

Die Eröffnung des blühenden Herderparks war heute ein wahres Frühlingsfest der Simmeringer Bevölkerung. Schon lange vor Beginn der Feier waren viele Tausende in die herrlichen Parkanlagen gekommen, nicht nur aus den schmucken Wohnhausanlagen rings um den Park, sondern aus allen Teilen des Arbeiterbezirkes. Vom strahlenden Frühlingswetter begünstigt, wurde die Feier zu einer mächtigen Kundgebung des Bezirkes; mit den vielen hunderten Kindern waren ungefähr 15.000 Menschen zur Feier versammelt.

Nach einigen Musikvorträgen begrüßte Stadtrat Richter den Bürgermeister und die Festgäste: "Zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitskraft der Bevölkerung", führte er aus, "ist neben gesunden Wohnungen und ausgedehnten Fürsorgeeinrichtungen auch notwendig, dass die Stadtverwaltung für genügende Tummelplätze für die Jugend und Erholungsanlagen für die Bevölkerung sorgt. Simmering war obwohl es am Rande der Stadt gelegen ist, bisher sehr stiefmütterlich bedacht. Wenn es erst heute möglich war die Anlage zu vollenden, obwohl sie schon 1928 begonnen wurde, so liegt das daran, dass in dem grossen Gemeindegrund der Anlage eine zehn Meter breite Parzelle aus einem Privatbesitz lag, die in langwierigen Verhandlungen erst heuer erworben werden konnte. Die 38.000 Quadratmeter grosse Anlage ist von der Fachstelle für Gartenwesen mit einem Kostenaufwand von 360.000 Schilling nach neuen Gesichtspunkten so mit blühenden Obststräuchern ausgestattet worden, dass vom Frühling bis in den Herbst hinein immer wieder Blütenpracht die Besucher erfreuen wird. Ein grosses Planschbecken, ein 5000 Quadratmeter grosser Rasenspielfeld für die Kinder, Garderoben mit Badeanlagen für die sporttreibende Jugend vervollständigen die grosse, moderne Anlage". Nach der mit langanhaltendem Beifall aufgenommenen Rede des Stadtrates Richter überbrachte Bezirksvorsteher Pantucek die Grüsse und den Dank der Simmeringer dem Bürgermeister, der, stürmisch begrüßt, zur Eröffnung das Wort ergriff.

"Wir benützen diesen ersten schönen Maientag", sagte Bürgermeister Seitz, "um ein grosses Werk von Natur und Kunst, den Herderpark zu eröffnen. Es war ein bescheidener Platz, der nach dem bekannten deutschen Dichter benannt war. Nicht mit Unrecht haben wir den Namen auch für den Park beibehalten, trägt doch die Grabstätte Herders in Weimar eingemeisselt die drei Worte: Licht, Liebe, Leben! Diese Worte sollen die Parole für alle Stadtverwaltungen der Welt sein. Licht, Liebe und Leben den Menschen zu schenken, auf dass sie sich aus den Erinnerungen der düsteren Zeit des Krieges loslösen und hineinwachsen in eine bessere Zukunft, das ist die Parole Wiens. Diesen Weg haben die grossen Männer gewiesen, nach denen die umliegenden Wohnbauten benannt sind. (Beifall)."

Wenn man in eine Stadt einfährt, das ist so in den meisten Städten und war lange Zeit auch in Wien so, dann sieht man zunächst die düsteren Vorstadthäuser mit den engen Höfen und unreinen Mauerflächen, verstaubt, verrußt. Ein unfreundliches, trostloses Bild. In Wien hat sich das allmählich geändert. Die grossen Anlagen und Wohnhausgruppen am Rande unserer Stadt bieten längst ein anderes Bild. Mögen die Fremden, wenn sie nach Wien kommen, an diesen Anlagen allein schon erkennen, dass diese Stadt nicht mehr das sterbende Wien ist, das Wien der Unkultur und der vernachlässigten Hygiene, sondern dass dieses Wien das Wien des Aufbaues ist, das Wien der Gesundheit, das Wien der Schönheit. (Brausender Beifall).

An dieser Stelle ist endlich auch einmal Gelegenheit, unserem unermüden Mitarbeiter Stadtrat Richter zu danken. Möge es ihm gelingen, noch viele so schöne und grosse Gartenanlagen in Wien und vor allem in den Arbeiterbezirken zu errichten. Es ist bezeichnend, dass die Innere Stadt mit Gartenanlagen verhältnismässig viel reicher bedacht ist als mancher grosse Aussenbezirk Simmering. Mein Freund Richter hat ein schweres, ein unangenehmes Amt; fällt Schnee, versagt irgendwo draussen im Gebirge der Wasserzustrom nach Wien, hat irgendeine Strasse irgendeinen Mangel, so wird er dafür verantwortlich gemacht. Bei allem Aufgibt von Arbeitsenergie und Vorsorge muss er gewöhnlich noch froh sein, wenn die Menschen über ihn nicht schimpfen. Umsomehr ist es uns eine wahre Herzensfreude, wenn wir ihm, diesem stillen und unentwegten Arbeiter für das Volkwohl, heute aus vollem Herzen Dank sagen können für das, was hier geschaffen werden konnte. Es ist hier gesagt worden, dass dieser Garten vom Frühling über den Sommer bis in den Herbst hinein in Blütenpracht

.....

stehen wird. Möge er ein Symbol der Wiener Wesensart sein, ein Symbol der Liebe der Wiener zur Natur, zu ihrer Jugend, zu ihrer Stadt. In diesem Sinne sei der Park ein Tummelplatz für die Jugend, eine Erholungsstätte für die Greise der Arbeit, die nach einem harten Leben noch ein Stückchen Sonne auf einer Bank geniessen wollen, der Simmeringer Bevölkerung übergeben!" (Brausender andauernder Beifall, stürmische Hochrufe auf Bürgermeister Seitz).

Nachdem der Bürgermeister von den vielen Kindern besonders begrüsst worden war, besichtigten die Festgäste die weitläufigen Parkanlagen und die Zubauten.

.....

Eine Abordnung der demokratischen Mittelpartei beim Bürgermeister.

Freitag abends erschien beim Bürgermeister eine Abordnung der Demokratischen Mittelpartei, und zwar die Verbandsmitglieder Dr. Ingenieur Neudörfer, Kommerzialrat Gross, Galanteriewarenherzeuger Benesch, Schneidermeister Gunkal, Kohलगrosshändler Marmorok und Glasermeister Watzek. Die Abordnung war von der Sektion der Gewerbetreibenden und Kaufleute der Demokratischen Mittelpartei beauftragt, dem Bürgermeister eine Denkschrift zu überreichen, die die Wünsche der Partei aufzählt und begründet. Die Denkschrift, die im Einvernehmen mit Vertretern aller erwerbenden Stände abgefasst wurde, verweist auf die unerträgliche Wirtschaftskrise in Oesterreich, die die Bewohner des Wirtschaftszentrums Wien am meisten treffe. Die Wirtschaftskonferenz des Bundes habe bereits eine Reform der Bundessteuern angekündigt. Wenn auch die Leistungen der städtischen Verwaltung auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge anerkannt und vom sozialen und ethischen Standpunkt gewürdigt werden müssen, möge doch Bürgermeister Seitz als Oberhaupt aller Einwohner Wiens mit dem Finanzreferenten Stadtrat Breitner an eine Reform der städtischen Steuern und Abgaben schreiten, um eine Verminderung vor allem der Lasten zu erreichen, die die erwerbenden Stände am meisten treffen.

In eingehender Unterredung erörterte der Bürgermeister mit den Mitgliedern der Abordnung die einzelnen Punkte der ausführlichen Denkschrift, deren Anregungen und Wünsche eingehend überprüft werden würden. Der Bürgermeister versicherte der Abordnung, dass die Gemeindeverwaltung immer bestrebt sei, eine Herabsetzung der Steuersätze möglich zu machen, und verwies auf die Steuererleichterungen der letzten Jahre, vor allem auf die Ermässigung der Fremdenzimmerabgabe, die eine wesentliche Massnahme zur Förderung des Fremdenverkehrs war. Die Höhe der städtischen Abgaben, meinte der Bürgermeister, hängt natürlich von dem Ergebnis der bevorstehenden Beratungen über die sogenannte Abgabenteilung ab. Bei diesen Verhandlungen werden die in der Denkschrift behandelten Fragen sicherlich eine Rolle spielen. Wenn allerdings bei diesen Verhandlungen über die Abgabenteilung den Steuerträgern Wiens, die heute schon achtzig Prozent der Bundessteuern aufzubringen haben, eine noch grössere Belastung beziehungsweise eine noch geringere Rückerstattung zugemutet würde, so würde damit die normale Entwicklung der Ermässigungen der städtischen Steuern sehr erschwert und die Möglichkeiten, die städtischen Steuern für Kaufmannschaft und Gewerbe weiter herabzusetzen, sehr eingeschränkt werden. Schliesslich forderte der Bürgermeister die Mitglieder der Abordnung auf, Beschwerden in Einzelfällen ihm bekanntzugeben, damit er Gelegenheit habe, etwaige Uebelstände abzustellen.

Die Abordnung nahm die Mitteilungen des Bürgermeisters zur Kenntnis, bedauerte, dass die Stadtverwaltung angesichts der augenblicklichen Verhältnisse und der bevorstehenden Steuerreformen im Bund keine bestimmten Zusagen über Abgabenermässigungen machen könne, und dankte dem Bürgermeister für die Bereitwilligkeit, Härten und Uebelstände in einzelnen Fällen abstellen zu lassen.

.....

Wien, am Montag, den 5. Mai 1930

Erste Ausgabe

.....

Künstlerehrung durch Strassenbenennung in Wien. Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hat am letzten Mittwoch wieder einige Strassenbenennungen beschlossen. Es sind dies je zwei Strassen im Gebiete der städtischen Wohnhausanlage Aichholzgasse in Meidling und in der Siedlung Hermeswiese in Lainz. Alle vier Strassen erhielten ihre Namen nach bedeutenden Künstlern. So wurde im Gebiete der Wohnhausanlage Aichholzgasse die von der Spittelbreitengasse zur Aichholzgasse führende Gasse nach dem von 1868-1926 lebenden Maler Albin Egger-Lienz benannt. Die von der Hohenbergstrasse abzweigende, bisher unbenannte Gasse erhielt ihren Namen nach dem Miniaturenmaler Robert Theer (1803-1863). In der Siedlung Lainz wurde der Verbindungsweg zwischen der Trabertgasse und der Dvorakgasse nach der von 1814-1894 lebenden Dichterin Betty Paoli (Pseudonym für Barbara Elisabeth Glück) benannt. Der zweite von der Trabertgasse abzweigende Weg erhielt seinen Namen nach dem Komponisten und Schüler Haydns Siegmund Neukomm (1778-1858).

.....

Zusammenstoss zwischen Auto und Motorrad. Gestern mitternachts fuhr ein in schnellem Tempo fahrendes Auto Ecke Mollardgasse und Hofmühlgasse in ein Motorrad. Bei dem Zusammenstoss wurde der Motorradfahrer schwer verletzt und das Motorrad erheblich beschädigt. Das Auto fuhr sofort mit abgeblendeten Lichtern davon. Dem schwerverletzten Motorradfahrer leistete die Gemeindegewache erste Hilfe. Da ein Bundespolizist nicht in der Nähe war, veranlasste die Gemeindegewache die Ueberführung des bewusstlosen Motorradfahrers in das Krankenhaus, stellte das beschädigte Motorrad im Kommando der Gemeindegewache sicher und erstattete die Anzeige. Der Motorradfahrer konnte noch nicht einvernommen und identifiziert werden.

.....

Reichsherbergverzeichnis 1930. Der Reichsverband für deutsche Jugendherbergen in Hilchenbach in Westfalen hat soeben das Reichsherbergverzeichnis für 1930 zum Preise von 1 Mark aufgelegt. Die Jugendwanderer finden in dem 430 Seiten starken handlichen Büchlein sämtliche 2200 Herbergen Deutschlands mit Landkarten der betreffenden Gebiete und die Auskunftsstellen über Wanderherbergen und Nächtigungsgelegenheiten in Dänemark, Niederlande, Oesterreich, Schweiz, Schweden und Sudetenlande.

Gründung einer Arbeitsgemeinschaft aller Leiter der Jugendfürsorge-
anstalten Oesterreichs.Die Jugendfürsorgetagung in Wien.

Wie schon berichtet, veranstaltete die Gemeinde Wien am Samstag und Sonntag im Festsaal des Alten Rathauses eine Tagung über die "Anstaltsfürsorge für das Kind". An der Veranstaltung, die am Samstag von Bürgermeister Seitz feierlich eröffnet wurde, nahmen unter anderem teil: Landeshauptmannstellvertreter Helmer mit Landesrat Dr. Beirer von der niederösterreichischen Landesregierung, Sektionschef Dr. Mayer und Ministerialrat Dr. Bayer vom Bundesministerium für Justiz, in Vertretung des Volksgesundheitsamtes Ministerialrat Dr. Leonhardsberger, der Präsident des Wiener Jugendgerichtshofes Dr. Hotter, der Leiter der Staatsanwaltschaft beim Wiener Jugendgerichtshof Hofrat Dr. Butschek, Professor Dr. Nobel und Dozent Dr. Lehndorff von der Wiener Universitätskinderklinik, amtsführender Stadtrat Richter, Nationalrätin Seidel, Stadtrat Dr. Alma Motzko sowie Vertreter der industriellen Bezirkskommission, der Arbeiterkammer, der Polizeidirektion, der Landesjugendämter Niederösterreichs, Burgenland und Salzburg, des Wiener Stadtschulrates und der Jugendfürsorgeorganisationen.

Nach der Eröffnung der Tagung durch den Bürgermeister referierte amtsführender Stadtrat Professor Dr. Tandler über die "Richtlinien für die Anstaltsfürsorge". Er berichtete über die ausgedehnte Jugendfürsorge, die von der Stadt Wien betrieben wird. Es ist dies, führte er aus, ein ganzes Netz, dessen Wirksamkeit sich schon darin zeigt, dass die Säuglingssterblichkeit, die vor dem Kriege 17 Prozent betrug, nun schon seit vier Jahren auf 8 Prozent gesunken ist. Für die Jugenderziehung gilt das Prinzip, dass man Menschen nur durch Beispiel und Freude erziehen kann. Was wir in unseren Anstalten an Schönheit geschaffen haben, soll Erziehungsmittel sein. Die Familie ist nicht nur die biologische Keimzelle, sondern auch die ethische innerhalb der menschlichen Gesellschaft. Wir sind daher in der Anstaltsfürsorge nur subsidiär imstande, die Familie zu ersetzen, weshalb wir den Menschen nur in Notfällen aus der Familie herausnehmen. Wir erziehen die jungen Menschen nicht nur um ihrer selbst willen, sondern wir erziehen in ihnen die Väter und Mütter der nächsten Generation in der stillen Hoffnung, dass sie bessere Väter und Mütter sein werden und dass sich einmal jegliche Art der Anstaltsfürsorge erübrigen werde. Mehr als dreissig Prozent unserer Anstaltsschützlinge kommen in die Anstaltspflege, weil ihre Väter oder Mütter Säufer sind; leider gibt es derartige ethische Defekte noch viele. Wir bemühen uns immer wieder, die Familie soweit als möglich zu reparieren und Familienfürsorge im weitesten Ausmass zu betreiben, weil wir der Meinung sind, dass die Freiheit der Entwicklung innerhalb des Familienverbandes eine viel grössere ist als innerhalb einer Anstalt. Der Charakter der Waisenhäuser hat sich nicht nur in der Struktur der Erziehungsart, sondern auch im Gefüge der darin untergebrachten Menschen vollkommen geändert. Die Uniformen der Aufsehen, aber auch die Uniform der Zöglinge und die uniforme Erziehung sind verschwunden. Wir haben uns bemüht, den Kindern einen Ersatz dessen zu geben, was in der Erziehung des wachsenden Menschen eine ungeheure Rolle spielt, nämlich die Wechselbeziehung zur Mutter. Daher war es unsere erste Aufgabe, in den Waisenhäusern vor allem Heimmütter zu schaffen, und wir haben Kinder nur mehr in die Anstalt gebracht, wenn sie in der Familie nicht mehr zu halten waren. In den Daueranstalten haben wir neben den Anstaltsleitern und Heimmüttern Erzieher und Erzieherinnen angestellt und sind bestrebt, den Kindern in individueller Erziehung eine gewisse Freiheit und Entwicklungsmöglichkeit zu geben und sie zu Kulturmenschen zu erziehen. Da Stock und Revolver keine Erziehungsmittel sind, auch für die kriminelle Jugend nicht, haben wir die Erziehungsanstalt Eggenburg umgestellt. Auch dort sind jetzt Erzieher und Erzieherinnen beschäftigt und das Gruppensystem wurde bis zum letzten Stadium der Selbstverwaltung ausgebaut. Für die gesamte Fürsorge der Gemeinde Wien gilt der selbstverständliche Grundsatz des Anrechtes des Einzelmenschen auf Hilfe und der Pflicht der Gesellschaft zur Hilfe. Unser Bestreben ist, die Menschen durch Liebe und Freude auf den Wegen der Schönheit zu ordentlichen Menschen zu machen, soweit es in den schicksalsgemässen Grenzen ihrer eigenen Individualität oder eigenen Konstitution gelegen ist. Der Fürsorger ist besetzt von Idealismus, ihn hält sein Optimismus, ohne den er nicht wirken könnte. Er hat die Aufgabe, sich selbst überflüssig zu machen; mit dem Begräbnis des letzten Fürsorgers wird dann die Menschheit befreit sein! (Stürmischer langandauernder Beifall).

Magistratsrat Dr. Wilhelm vom städtischen Wohlfahrtsamt entwickelte die Geschichte des Jugendrechtes von den ersten strafrechtlichen Ansätzen und privatrechtlichen Bestimmungen bis zur Entstehung der Fürsorgeverwaltung. Die Wissenschaft und die Praxis der Fürsorge ist über den Stand der Gesetzgebung längst hinausgegangen. Das zeigt sich insbesondere auf dem Gebiete der Fürsorgeerziehung. Die Schaffung des österreichischen Jugendwohlfahrtsgesetzes ist daher von der allergrössten Notwendigkeit.

Professor Dr. Erwin Lazar berichtete über "Anstaltsfürsorge und Heilpädagogik". Die Fürsorge in Wien, sagte er, trägt den Stempel der naturwissenschaftlichen Einstellung. Die Heilpädagogik ist ein Kind der Psychiatrie, zugleich aber auch eine pädagogische und fürsorgerische Angelegenheit. Sie geht Hand in Hand mit den Fürsorgern, Lehrern, Erziehern und Richtern und ist von Haus aus in den Dienst der Praxis gestellt.

Sehr instruktiv und aufschlussreich sprachen sodann Direktor Baumgartner von der Kinderherberge Schloss Wilhelminenberg über den Entwicklungsgang der Anstalten zur vorübergehenden Unterbringung von Kindern und Direktor Bock vom städtischen Waisenhaus in der Gassergasse über Anstalten zur dauernden Unterbringung. Schliesslich berichtete Direktor Heeger von der Erziehungsanstalt Eggenburg über "Fürsorgeerziehung".

Auf Antrag des Leiters des steirischen Jugendheimes in Hartberg, Direktor Toufar, wurde sodann die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft aller Leiter der Jugendfürsorgeanstalten Oesterreichs beschlossen und das Wohlfahrtsamt der Stadt Wien mit den dafür nötigen Vorarbeiten betraut. Sodann wurde folgende von Magistratsrat Dr. Wilhelm eingebrachte Entschliessung einstimmig genehmigt:

"Die im Sitzungssaal des Alten Rathauses in Wien am 3. und 4. Mai 1930 versammelten Teilnehmer an der Tagung der Stadt Wien über "Anstaltsfürsorge für das Kind", unter denen sich zahlreiche Vertreter öffentlicher und privater Fürsorgeeinrichtungen befinden, erheben einmütig neuerlich den Ruf nach baldiger parlamentarischer Verabschiedung des österreichischen Jugendwohlfahrtsgesetzes."

Damit war das Programm der ersten grossen Fürsorgetagung erledigt. Am Sonntag nachmittag besuchten die Teilnehmer an der Tagung die städtische Kinderübernahmestelle, die Kinderherberge Schloss Wilhelminenberg und das städtische Waisenhaus in der Gassergasse.

Reinhaltung von Hausgrundstücken, Bau- und Lagerplätzen und dergleichen. In einer Kundmachung des Wiener Magistrates wird den Hauseigentümern (Pächtern, Nutzniessern) oder ihren Stellvertretern zur Pflicht gemacht, für die möglichste Reinhaltung des Hausinnern, der Haus- und Lichthöfe und sonstigen Hausgrundstücke, der Aborte und Pissorte, der Ställe und Düngergruben und so weiter Sorge zu tragen und überhaupt alles zu vermeiden, wodurch gesundheitliche Gefährdungen auftreten können oder die Nachbarschaft übermässig belästigt werden könnte. Stallungen, Käfige und Verschläge von Kleintieren sind so instandzuhalten, dass keine gesundheitlichen Uebelstände entstehen, dass Einnisten von Ratten, Mäusen und Ungeziefer nicht begünstigt und die Nachbarschaft nicht übermässig belästigt wird. Bereits verwendete, überriechendes Stallstreu darf im Freien weder ausgebreitet noch getrocknet werden. Gesammelter Unrat ist rechtzeitig zu beseitigen. Senk- und Düngergruben dürfen nicht überfüllt werden. Ihre Räumung ist nach Bedarf in den Morgenstunden, und zwar in den Monaten April bis September bis 9 Uhr, in den Monaten Oktober bis März bis 10 Uhr vormittags vorzunehmen. Nach beendeter Räumung ist die Umgebung der Grube unverzüglich zu reinigen. Nach jeder Oeffnung sind die Senk- und Düngergruben wieder ordnungsgemäss mit dem Deckel zu verschliessen. Das Hineinwerfen von Abfällen jeder Art aus den Haushaltungen in die Hauskanäle, Wasserläufe und Aborte sowie das Hineinwerfen tierischer Abfälle in Senk- und Düngergruben ist untersagt. Heisse, saure oder alkalische Flüssigkeiten und Dämpfe sowie andere Stoffe, die geeignet sind, Kanalwandungen und die Kanalsohle zu beschädigen, dürfen in die Kanäle nicht abgelassen werden. Ebenso ist das Ablassen von flüssigen, leicht entzündlichen oder explosiblen Flüssigkeiten in Kanäle und Senkgruben verboten. Schliesslich wird in der Kundmachung das eigenmächtige Oeffnen von Kanalverschlüssen, das Einsteigen in Strassenkanäle und das Absuchen von Kanälen nach verwertbaren Gegenständen (Strottern) untersagt.

Wien, am Dienstag, den 6. Mai 1930 Erste Ausgabe

Das Strandleben in Wien.Vor der Eröffnung der städtischen Sommerbäder.

Es ist sehr bemerkenswert, dass der Wiener, wie aus internationalen Vergleichen hervorgeht, sehr badelustig ist. Gewiss hat der Ausbau der städtischen Bäder in Wien diese, von Jahr zu Jahr steigende Badelust der Bevölkerung unterstützt und gefördert. Dass aber der Wiener seine städtischen Bäder mehr als doppelt so oft benützt als der Berliner die seinigen, ja viermal so oft als der Londoner die Londoner städtischen Bäder und gar zwanzigmal so oft als der Pariser die Pariser Bäder, ist eine Tatsache, die nicht unterschätzt werden soll. Das Badewesen, eine der wichtigsten Massnahmen zur Hebung der Volksgesundheit, ist aber gleichzeitig ein Sorgenkind der Stadtverwaltung. "Jedes Jahr", meint Stadtrat Richter, "bauen wir neue Bäder und bauen wir die bestehenden Bäder aus; und jedes Jahr können alle unsere Bäder den Massenansturm der Badelustigen nur mit Mühe fassen. Vor dem Kriege haben nur vier Millionen Menschen unsere Badeanstalten besucht, voriges Jahr waren es mehr als 10 Millionen, heuer werden es vielleicht noch mehr sein."

Zur Zeit sind in allen Sommerbädern und Freibädern hunderte Menschen beschäftigt, die Vorarbeiten für die Eröffnung leisten. Die Bassins müssen hergerichtet und gereinigt werden, die Rasenanlagen, die Liegebretter, die Umkleidestellen und so weiter nachgesehen und ausgebessert werden. Oberbaurat Ingenieur Barousch, der Leiter der städtischen Bäder, gibt über diese Vorarbeiten einige interessante Zahlen: 447.289 Quadratmeter Badestrand, 91.506 Quadratmeter Wasserfläche sind in den letzten Tagen nachgesehen, ausgebessert und vorbereitet worden. 20.642 Kabinen und Kitchenschlösser sowie 17.924 Umkleidestellen sind überprüft worden, 58.872 Stück Badewäsche sind bereitgestellt und in den Schränken verstaut worden. 392 Brauseanlagen sind aufmontiert, 1566 Liegebretter und 960 Stück Gartenbänke aus den Winterquartieren in die Sommerbäder geschafft worden.

Heuer stehen 33 Sommerbäder mit insgesamt 538.795 Quadratmeter Badefläche zur Verfügung (1913 waren es 317.200 Quadratmeter, 1925 waren es 446.670 Quadratmeter). Zwei Kinderfreibäder werden heuer gebaut. Alle Bäder sind neu instandgesetzt worden; einige sind ganz wundervoll gelegen, so das Freibad am Krapfenwaldl, das eine herrliche Aussicht auf die Wienerwaldberge hat, das Traumlandbad auf der Hohen Warte, das Bad auf dem Galitzinberg, die Kinderfreibäder Schweizergarten und Hartäckerpark.

Anschliessend ein Verzeichnis der städtischen Sommerbäder:
Innere Stadt: Kinderfreibad Franz-Josefs Kai, Leopoldstadt: Strandbad Gänsehäufel und Strandbad Alte Donau, Strom-, Luft- und Sonnenbad Aspernbrücke, Kinderfreibad Augarten, Landstrasse: Kinderfreibad Arenbergpark, Margareten: Kinderfreibad Margaretengürtel, Favoriten: Kinderfreibad Arthaberplatz und Kinderfreibad Schweizergarten. Simmering: Kinderfreibad Simmeringerpark, Kinderfreibad Herderplatz, Meidling: Schwimmbad Theresienbad, Kinderfreibad Ruckergasse, Hietzing: Hütteldorfer-Voll- und Schwimmbad, Kinderfreibad Hietzing und Kinderfreibad Hütteldorf, Fünfhaus: Kinderfreibad Vogelweidplatz, Ottakring: Ottakringer Schwimm-, Sonnen- und Luftbad, Schwimm-, Sonnen- und Luftbad Kongressplatz, Kinderfreibad Kongressplatz, Galitzinberg und Hofferplatz, Hernals: Kinderfreibad Lorenz Bayerplatz und Kinderfreibad Hernals, Währing: Kinderfreibad Türkenschanzpark, Döbling: Strom-, Luft- und Sonnenbad Kuchelau, Schwimm-, Sonnen- und Luftbad Hohe Warte, Sonnen- und Luftbad Krapfenwaldl, Kinderfreibad Hartäckerpark, Brigittenau: Strom-Luft- und Sonnenbad Nussdorf, Kinderfreibad Engelsplatz, Floridsdorf: Strandbad Stadlau, Strandbad Angelbad.

* Meter

Wien, am Dienstag, den 6. Mai 1930 Zweite Ausgabe

.....

Der Gesundheitszustand der Wiener Bevölkerung. Wie das städtische Gesundheitsamt mitteilt, war die Sterblichkeit im März geringer als im Februar. Die Krankheitshäufigkeit war gegenüber den Vormonaten durch eine mässige Zunahme der Atmungs- und Verdauungskrankheiten bei vorwiegend leichtem Verlauf derselben charakterisiert. Die Herz- und Gefässkrankheiten stellten auch im März einen andauernd hohen Prozentsatz der Mortalität und Morbidität dar. Die Zahl der Infektionskrankheiten in Wien betrug im März 2087. Die grösste Zahl der Infektionskrankheiten (31 Prozent) betraf die Varizellen, ungefähr ebenso hoch war der Anteil des Scharlachs; ein Fünftel der Infektionsanzeigen stellte die Diphtherie. Die Zahl der Sterbefälle betrug im März 2348 gegen 2726 im März des Vorjahres und 2114 im vergangenen Februar. Die grösste Zahl entfiel wieder auf die Krankheiten der Kreislauforgane (21 Prozent), dann folgen die Krebse mit 13 Prozent und die Krankheiten der Atmungsorgane mit 12 Prozent; erst an vierter Stelle kommt die Tuberkulose der Atmungswege mit 11 Prozent aller Todesfälle.

.....

Wiener, schützt Eure Gartenanlagen! Da die alten Bestimmungen über den Schutz der öffentlichen Gartenanlagen und Baumpflanzungen teils ergänzungsbedürftig, teils überflüssig geworden sind, wie zum Beispiel die Bestimmungen über das Ballspielen auf Wegen in Gärten, die in das Wiener Strassenpolizeigesetz aufgenommen wurden, hat der Wiener Magistrat die Gartenschutzbestimmungen in einer soeben veröffentlichten Kundmachung neu zusammen gefasst. In der Kundmachung heisst es, dass der Aufenthalt in öffentlichen Gartenanlagen, die nicht ständig geöffnet bleiben, nur solange gestattet ist, wie aus den Tafeln an den Eingängen zu ersehen ist. Das unbefugte Betreten der öffentlichen Gartenanlagen ausserhalb der Wege und der freigegebenen Flächen, das mutwillige Beschädigen oder Verunreinigen der Anlagen, der Einfriedungen und Bänke ist verboten. Insbesondere dürfen Blumen und Zweige nicht abgerissen oder abgeschnitten, Bänke nicht von ihrer Stelle gerückt, bestiegen, beschmutzt, beschädigt oder zum Liegen benützt werden. Das Ausgiessen von unreinem Wasser oder anderen Flüssigkeiten auf Wege oder sonstige Gartenflächen ist untersagt. Einfriedungen dürfen weder zum Sitzen, Niederstellen von Gegenständen, zum Aufhängen oder Befestigen von Kleidern, Gerätschaften und dergleichen, noch zum Turnen oder Klettern benützt werden. Die Benützung der Wege und der übrigen Gartenflächen zu Privatzwecken, wie für die Aufstellung von Tischen, Bänken, Stühlen, Ständen, Automaten, Kastanienbratöfen, Soderwasserwagen und so weiter sowie für Lichtbildaufnahmen einschliesslich des Filmens von Personen (von Amateuraufnahmen abgesehen) ohne Genehmigung des Magistrates, der hier für im Einzelfalle besondere Bedingungen festsetzen kann, ist verboten. Eine solche Genehmigung wird jedoch nur auf jederzeitigen Widerruf erteilt. Die Benützung der Anlagen zum Anbringen oder Ablegen von Druckwerken oder sonstigen Gegenständen ist unbedingt verboten. Papier- und Essabfälle dürfen nicht weggeworfen werden. Fahrzeuge, Radfahrer und so weiter dürfen die Wege in den Gartenanlagen nur mit der Erlaubnis der zuständigen Gartenverwaltung benützen. Hunde sind in den Gartenanlagen an der Leine zu führen; es ist stets darauf zu achten, dass sie Rasenflächen und Blumenbeete nicht beschädigen; auch sind sie von den Sandspielplätzen der Kinder fernzuhalten. Den Weisungen des Gartenaufsichtspersonales und sonstiger Aufsichtsorgane ist Folge zu leisten.

Wien, am Mittwoch, den 7. Mai 1930

.....

Wien im Blumenschmuck. Wie schon berichtet, führt die Gemeindeverwaltung auch heuer den Blumenschmuckwettbewerb durch. Der Gemeinderat hat für diese Aktion bereits den Betrag von 10.000 Schilling zur Schaffung von Preisen für die Ausschmückung einzelner Fenster, Balkone, Geschäftsportale und ganzer Wohnhaus-schauseiten im geschlossenen verbauten Stadtgebiet gewidmet. Die Anmeldungen zur Preisbewerbung sind bis **spätestens** 7. Juni an die Magistratsabteilung 22, Neues Amtshaus, zu richten. Später einlangende Anmeldungen können nicht berück-sichtigt werden. Um ein leichtes Auffinden des angemeldeten Blumenschmuckes zu ermöglichen, sind die zum Wettbewerb angemeldeten Fenster vom 7. bis 19. Ju-li an ihren Oberlichtern durch Papierstreifen kenntlich zu machen. Die Anmelde-drucksorten und die Papierstreifen sind bei den Einreichstellen der magistra-tischen Bezirksämter kostenlos erhältlich. Ueber die Preiszuerkennung entschei-det bekanntlich ein Preisgericht von sechs Gemeinderäten und drei Vertretern des Magistrates. Ausschmückungen in Höfen und Vorgärten sind vom Wettbewerb ausgeschlossen.

.....

Die Einäscherungen im April. Im abgelaufenen April wurden in der Feuerhalle der Stadt Wien 274 Leichen eingeäschert. Davon waren 164 männlichen und 110 weiblichen Geschlechtes. 164 Verstorbene gehörten der römisch katholischen Re-ligion an, 3 der altkatholischen, 20 der evangelischen und 26 der mosaischen. 61 Verstorbene waren konfessionslos. In der Zeremonienhalle des Krematoriums wurden 42 Einsegnungen nach altkatholischem und 27 nach evangelischem Ritus vorgenommen. 33 Leichen wurden zur Einäscherung nach Wien gebracht.

.....

Ablenkung des Bahnhofrundverkehrs. Wegen Gleisarbeiten in der Radetzkystrasse wird der Bahnhofrundverkehr der städtischen Strassenbahnen am 10., 11., 12., 13. und 14. Mai von der Invalidenstrasse über die Wollzeile, Stubenring, Aspern-brücke und Praterstrasse zum Praterstern geführt.

.....

Meisterprüfung für Kleidermachen. Die Frauengewerbeschule der Stadt Wien, V., Margaretenstrasse 152, hält heuer wieder eine Meisterprüfung für das Kleider-machergewerbe ab. Die Prüfung beginnt am Mittwoch, den 14. Mai, um 2 Uhr nachmit-tags mit dem schriftlichen Examen. Am 15. und 16. Mai finden sodann die prak-tischen Prüfungen statt. Am 17. Mai wird die Meisterprüfung mit dem theoreti-schen Examen geschlossen.

.....

Für die Mietwertfeststellung ist die objektive Beschaffenheit des Mietgegenstandes massgebend. Anlässlich der Aufteilung eines ganzen Stockwerkes in zwei Wohnungen hat der Magistrat zur Feststellung des Mietwertes der einen Wohnung und Vorschreibung der Wohnbausteuer das Mietwertfeststellungsverfahren eingeleitet. Gegen diese Mietwertfeststellung führte der Wohnungsinhaber Beschwerde bei der Abgabenbeschwerdekommision, wurde jedoch abgewiesen. Nun erhob er die Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof, der ebenfalls mit der Abweisung der Beschwerde vorging. In der Begründung des abweisenden Bescheides führt der Verwaltungsgerichtshof unter anderem aus: "Der Beschwerdeführer hat eingewendet, dass die Beschaffenheit der Küche und des Badezimmers in die Bewertung nicht einzubeziehen sei, weil beides auf seine Kosten eingerichtet wurde. Es ist jedoch der belangten Behörde rechtzugeben, wenn sie auch die auf Kosten des Mieters verbesserte Ausstattung der Wohnung bei der Bewertung berücksichtigt hat, weil die Wohnbausteuer eine Aufwandsteuer ist und für die Bewertung daher die objektive Beschaffenheit des Mietgegenstandes allein massgebend ist. Ein gegenteiliges Vorgehen würde zu einer Steuerungleichheit führen, weil man bei der Wohnung des Hauseigentümers doch unbestritten auch die auf seine Kosten hergestellte Ausstattung und Beschaffenheit der Wohnung bei der Bewertung berücksichtigen muss, daher auch beim Mieter."

.....

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In den nächsten Tagen wird auf der Zollamtsbrücke, im Herderpark und in dem noch nicht elektrisch beleuchteten Teil der Aichholzgasse die neuhergestellte elektrische Strassenbeleuchtung in Betrieb gesetzt. Die Löblichgasse auf dem Alsergrund wird demnächst mit der elektrischen Strassenbeleuchtung ausgestattet.

.....

Von den Bezirksvertretungen. Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Margareten findet am Montag, den 12. Mai, um 5 Uhr nachmittags statt. Die Bezirksvertretung Mariahilf hält am Donnerstag, den 22. Mai, um 6 Uhr abends im Sitzungssaal des Amtshauses in der Amerkingstrasse eine Sitzung ab. Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Ottakring findet am Donnerstag, den 15. Mai, um 6 Uhr nachmittags im Amtshaus auf dem Richard Wagnerplatz statt.

.....

Wien, am Donnerstag, den 8. Mai 1930

Wertzuwachsabgabe und Immobiliargebühr.Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes.

Ueber die Beschwerde des Sigmund Barber, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Bernhard Brecher, wegen angeblicher Verletzung verfassungsmässig gewährleisteter Rechte durch eine Entscheidung der Abgabenbeschwerdekommision wegen Wertzuwachsabgabe hat am 5. Mai eine öffentliche mündliche Verhandlung vor dem Verfassungsgerichtshof stattgefunden.

Die Beschwerde behauptete Verfassungswidrigkeit des Wertzuwachsabgabegesetzes wegen Gleichartigkeit mit der Immobiliargebühr bei der Uebertragung von Liegenschaften "alten Besitzes". Der Vertreter der Kommission verwies im wesentlichen auf Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes vom 15. Mai und 10. Dezember 1929 über gleichartige Beschwerden, die aussprachen, dass von einer "Gleichartigkeit" nicht die Rede sein könne, da die Bemessungsgrundlagen für die Wertzuwachsabgabe und die Immobiliargebühr vollständig verschieden seien.

Der Verfassungsgerichtshof hat die Beschwerde mit Bezug auf die vorerwähnten Erkenntnisse abgewiesen und erklärt, dass er sich nicht veranlasst gesehen, das Verfahren behufs amtsweiger Prüfung der Verfassungsmässigkeit des Wertzuwachsabgabegesetzes einzuleiten. Die Begründung der Abweisung entspricht der der Vorentscheidungen und wurde nur noch darauf hingewiesen, dass zur "Gleichartigkeit" zweier Abgaben nicht nur, wie die Beschwerde behauptet, die Identität des Besteuerungsgegenstandes, sondern auch die Gleichartigkeit der Besteuerung notwendig sei.

Diese Entscheidung ist umso bedeutungsvoller, als nach der bekannten Entscheidung des verflorenen Verfassungsgerichtshofes über die Nahrungs- oder Genussmittelabgabe in manchen Kreisen die Meinung herrschte, dass nun eine Wiener Gemeindesteuer nach der anderen als verfassungswidrig erklärt werden würde.

Schülerarbeitenausstellung. Aus dem Knabenhandarbeitsunterricht an den Hauptschulen wurde im Festsaal des Stadtschulrates, I., Burgring 9, eine reiche Auswahl von Schülerarbeiten ausgestellt. Bürgermeister Seitz wird diese Ausstellung am Samstag um 11 Uhr vormittags eröffnen.

.....
Neue Wiener Strassennamen. Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hat am Mittwoch wieder zwei Strassenbenennungen beschlossen. Die eine betrifft ein kurzes Gässchen, das in Döbling von der Kahlenbergerstrasse abzweigt und bisher noch keinen Namen hatte. Die Gasse wird nunmehr nach dem hervorragenden Pädagogen und Vorkämpfer der österreichischen Schulreform Christian Jessen benannt, der von 1835 bis 1924 lebte. Die zweite Gasse ist in Ottakring und führt zwischen der Zagorskigasse und der Possingergasse von der Gablenzgasse zur Herbststrasse. Sie erhielt ihren Namen nach dem deutschen Dichter Richard Dehmel (1863-1920).

.....
Millionenaufträge der Gemeinde Wien. Von Woche zu Woche steigert sich der Umfang der Arbeitsaufträge, die von der Gemeinde an die verschiedenen Gewerben vergeben werden. So wurden Ende voriger Woche Bestellungen für drei Millionen Schilling und Anfang dieser Woche bereits neue Arbeitsaufträge im Betrage von 4'5 Millionen Schilling durch die Gemeinderatsausschüsse für technische Angelegenheiten und Wohnungswesen erteilt. Den grössten Betrag nehmen die Erd-, Baumeister- und Eisenbetonarbeiten bei den städtischen Neubauten in Anspruch. Für den grossen Gemeindeneubau in Floridsdorf in der Franklinstrasse (II. Teil) allein kosten diese Arbeiten rund 1'3 Millionen Schilling. Auch die sonstigen beim Wohnhausbau beteiligten Gewerbe haben grössere Bestellungen erhalten. So wurden für Tischlerarbeiten Aufträge von rund 150.000 Schilling, für Schlosserarbeiten/von rund 300.000 Schilling und für Anstreicher- und Zimmermannsarbeiten Bestellungen von zusammen rund 250.000 Schilling erteilt. Die Vergebungen der gesamten Arbeiten für den Kindergarten in Favoriten in der Laaerstrasse betragen rund 300.000 Schilling.

.....
Der norwegische Klub in Wien. Der norwegische Klub ist bekanntlich die Vereinigung aller jener, die seinerzeit die Gastfreundschaft Norwegens genossen haben. Der Klub veranstaltet heuer im Sommer eine billige Gesellschaftsreise nach Norwegen zum Besuche der norwegischen Pflegeeltern. Nähere Auskünfte über die Reise werden jeden Dienstag von 18 Uhr an im Klubheim in der Hofburg, Marschallstiege, Mezzanin links erteilt.

.....
Bezirksvertretung Margareten. Die nächste Plenarsitzung der Bezirksvertretung Margareten findet am Montag, den 12. Mai, um 17 Uhr statt.

Wien, am Freitag, den 9. Mai 1930

Freigabe der Hauptallee für Automobile zum ~~Traber~~ Derby. Der Wiener Trabrennverein hat beim Magistrat angesucht, zum Traberderby, das übermorgen Sonntag gelaufen wird, die Hauptallee für Automobile freizugeben. Der Magistrat hat dem Ansuchen entsprochen und die Hauptallee übermorgen Sonntag von halb zwei Uhr nachmittags bis acht Uhr abends vom Praterstern bis zur Rotundenallee für Automobile freigegeben. Motorräder sind jedoch von dieser ausnahmsweisen Bewilligung ausgenommen.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 8. Mai 1930

Bürgermeister Seitz eröffnet um 17 Uhr die Sitzung. Es liegt folgender Dringlichkeitsantrag der Gemeinderäte Kunschak und Kollegen vor:

Der Klub der christlichsozialen Wiener Gemeinderäte hat wiederholt unter Hinweis auf die überaus schwierigen Verhältnisse im Wiener Wirtschaftsleben den Abbau beziehungsweise die Aufhebung einzelner Wiener Abgaben gefordert; zuletzt mit Dringlichkeitsantrag vom 13. September 1929. Seit letzterem Termin sind zwar die Ansätze einiger Abgaben gemildert worden, doch auch dies nur in ganz unzulänglichem Ausmass und zudem nur mit Gültigkeit für eine ganz kurze Spanne Zeit. Unterdess haben die Wirtschaftsverhältnisse eine neuerliche Verschlimmerung erfahren und nehmen einen Gang, der die ärgsten Befürchtungen für die Zukunft rechtfertigt.

Es muss auch heute wieder in Erinnerung gebracht werden, dass, die böartigen Wirkungen der städtischen Abgaben vorausahnend, Stadtrat Breitner in der Sitzung des Wiener Landtages vom 29. August 1922 die folgende Erklärung abgegeben hat:

"Allerdings soll auch bei diesem Anlasse ausgesprochen werden, dass diese Steuern, wie sie aus dieser Not in Massenfabrikation entstanden sind, natürlich bei Wiederkehr eines stabilen Geldwertes, der Ueberprüfung unterzogen werden müssen. Manche Belastung ist eben nur in einer Zeit sinkenden Geldwertes erträglich."

Diese Erklärung des Finanzreferenten Stadtrat Breitner hat bis nun, obwohl fast acht Jahre stabilen Geldwertes hinter uns liegen, keinerlei ernste Beachtung und Würdigung gefunden und dies, trotzdem der Ertrag der städtischen Abgaben von 83 Millionen Schilling im Jahre 1923 auf 193 Millionen Schilling im Voranschlag für 1930 gesteigert worden ist und sich die Wirtschaftslage in Wien stetig verschlechtert, so zwar, dass sie zur Zeit hart an der Katastrophe steht. Ist es schon unverständlich und unverantwortlich, dass die Steuerpolitik der Gemeinde Wien auf die Bedürfnisse des Wirtschaftslebens in keiner Weise Rücksicht nimmt, so wird dieses Verhalten dadurch auf den Gipfelpunkt der Unverantwortlichkeit getrieben, dass die Gemeinde in der gleichen Zeitperiode ungeheure Vermögenswerte angesammelt hat und die gleiche Methode weiter fortsetzt.

Einschliesslich der für 1930 vorgesehenen Summe von fünf Millionen Schilling beziffert sich der Aufwand für die seit 1923 durch die Gemeinde angekauften Gründe und Realitäten mit 50,671.764 Schilling.

Die Wohnhausbauten repräsentieren einen Vermögenswert von 573,720.886 Schilling, wozu noch die von 1930 vorgesehenen 90 Millionen Schilling zu rechnen sind, so dass bis Ende 1930 die Gemeinde auf dem Konto "Städtischer Hausbesitz" eine Vermögensvermehrung um 663,720.886 Schilling ausweisen wird.

Ausserdem haben die Kassenbestände der Gemeinde einschliesslich der Betriebsrücklagen und der Kredite an die städtischen Unternehmungen, so wie der Steuerrückstände die Höhe von nicht weniger als 89,525.837 Schilling erreicht. Die Gemeinde ist sonach auf den drei angeführten Budgetpos-

ten allein um 803,918.487 Schilling reicher geworden.

Es bedarf nicht erst einer tiefgründlichen volkswirtschaftlichen Ueberprüfung der obengeschilderten Zustände, um zu erkennen, dass die Absaugung so ungeheurer Geldmittel aus dem Wirtschaftsleben und deren Ueberführung in wirtschaftlich tote Vermögenswerte der Gemeinde als Wirtschaftsmord bezeichnet werden darf.

Eine gewissenhafte, nicht töricht nur auf die Bereicherung der Gemeinde abzielende städtische Finanzpolitik müsste mit dem bisherigen System rasch und gründlich brechen.

Eine den Erfolg verbürgende Aenderung des Systems müsste vor allem auf dem Gebiete der Finanzierung des städtischen Wohnhausbaues gesucht werden, und zwar dahingehend, dass die Kosten des Wohnhausbaues in Zukunft nicht mehr aus den laufenden Steuereingängen bestritten werden. Das effektive Erträgnis der Wohnbausteuer hat im Jahre 1929 ... 33,406.828 Schilling betragen. In diesem, jährlich sich steigernden Erträgnis ist die Verzinsung und Amortisation eines Baukapitals gegeben, das die Fortführung der städtischen Wohnbautätigkeit in dem für 1930 vorgesehenen Umfang für weitere fünf Jahre gewährleisten würde, und zwar ohne Heranziehung der laufenden Steuereinnahmen und ohne höhere Belastung der Mieter in den städtischen Wohnhausbauten.

Durch eine derartige Finanzierung des städtischen Wohnhausbaues würden jährlich rund 57 Millionen Schilling Steuereingänge frei werden und so die Möglichkeit geboten sein, zu einer gründlichen Revision des städtischen Abgabensystems ohne jedwede Beeinträchtigung der Aufgaben, welche die Gemeinde zu erfüllen hat.

Bei dieser Sachlage erscheint es ebenso dringlich wie notwendig, eine Revision der städtischen Abgaben dahin vorzunehmen, dass

- 1.) die vom Verfassungsgerichtshof als verfassungswidrig erklärte Nahrungs- und Genussmittelabgabe und ebenso auch die den Fremdenverkehr beeinträchtigende und das Ansehen der Stadt Wien als Fremdenstadt schädigende Fremdenzimmerabgabe unverzüglich ausser Kraft gesetzt,
- 2.) die Bodenwertabgabe von unverbautem Grund, die sich als ganz sinnlos erwiesen hat, sofort der schon seit Monaten in Aussicht gestellten Revision zugeführt,
- 3.) das Gesetz über die Einhebung und Verwendung der Wasserkraftabgabe ausser Wirksamkeit gesetzt,
- 4.) die Lustbarkeitsabgabe auf jene Fälle beschränkt, die nicht Bildungs- oder Künstlerischen Zwecken oder der körperlichen Ertüchtigung dienen,
- 5.) die Hauspersonalabgabe dahin umgebaut werde, dass die Steuerpflicht für die zweite im Haushalt verwendete Person und die Progression in der Skala behoben werden;
- 6.) das freie Ermessen bei Einreihung in der Abgabepflicht und bei Feststellung des Ausmasses der verschiedenen Abgaben beseitigt und
- 7.) die auf die Gehalts- und Lohnquote für in das Ausland ausgeführte Waren entfallende Fürsorgeabgabe rückvergütet werde.

Die Gefertigten stellen daher im Sinne des § 18 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien den dringlichen Antrag:

Der amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe II (Finanzen) wird beauftragt, mit aller Beschleunigung über das oben unter Punkt 1 bis 7 gestellte Verlangen dem Gemeinderat bzw. Landtag Bericht und Antrag vorzulegen.

Ohne Debatte werden angenommen die Ausführung der Wohnhausanlage X., Kudlichgasse (Kosten S 485.000) eines Ergänzungsbaues der Wohnhausanlage X., Neulreichgasse-Windtengasse (Schilling 450.000) und der Ankauf zweier Häuser in der unteren Augartenstrasse durch die Gemeinde Wien.

Ueber-

St. R. Weber berichtet über das Einkommen mit der Gesiba bezüglich des Siedlungsbauprogrammes 1930.

GR. Millik (E. L.) übt Kritik an der Art der Ausführung bei den Siedlungsbauten auf dem Wiener-Berg. Die Arbeiten dort müssten statt in Maschinziegeln die im Winter der Erfrierung ausgesetzt sind, in Stampfbeton ausgeführt werden. Bei den Gesimsen ist kein Mauerwerksvorsprung, so dass das Wasser heruntersickert und schwere Mängel in den Fundamenten entstehen. Die Stiegenaufgänge sind so schmal, dass die Möbel durch die Fenster in die Häuser transportiert

werden müssen. GR. Millik erinnert sodann daran, dass er bereits im Oktober 1927 darüber Klage geführt habe, dass die Fussböden, die eine bestimmte Firma der Gosiba geliefert hat schlecht sind und ausgewechselt werden müssen. Seine Einwände wurden von den damaligen Referenten als unstichhältig zurückgewiesen. Nun hat es sich aber später tatsächlich herausgestellt, dass in mehreren Häusern die Fussböden ausgewechselt werden mussten und neuer hat ein Angestellter dieser Firma, der entlassen wurde, den Chef der Firma in öffentlicher Berichtsverhandlung beschuldigt, dass er die Gemeinde Wien durch Lieferung von schlechtem Material um 100.000 Schilling betrogen habe (Hört! Hört bei der E.L.) Nun haben sich in diesem Prozess die beiden Parteien ausgeglichen aber für den Gemeinderat ... dist damit dieser Fall nicht erledigt es muss die Sache vielmehr restlos aufgeklärt werden (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

St. R. Weber bemerkt zu den letzten Ausführungen des GR. Millik, dass die von diesem Redner erwähnte Firma zu der Gemeinde wie immer gearteten Beziehungen stand. Es handelt sich um die Firma Deutsch und Tuschl, der von ihrem Angestellten in der Gerichtsverhandlung vorgeworfen wurde, dass sie auch Holz verarbeite, das sich für ^{Fliesen} erster und zweiter Klasse nicht eignet, dass sie aber als Kontrahentin der Gemeinde Wien nur Fliesen erster und zweiter Klasse für die Gosiba zu liefern habe. Die beschuldigte Firma erklärte daraufhin, dass sie wegen dieser Anschuldigung die Klage gegen den Angestellten einbringen werde und da hat deshalb auch ^{das Anerbieten} des Richters einen Ausgleich herbeizuführen abgelehnt und erklärt auf eine gerichtliche Austragung der Angelegenheit bestehen zu müssen. Die Angelegenheit wurde schliesslich dahin erledigt, dass der Angestellte als Kläger seine Klage zurückgezogen und eine umfassende Ehrenerklärung abgegeben hat, des Inhalts, dass er diese Äusserung gegen diese Firma nur in der Erwägung des Prozesses vorgebracht hat, dass er sie zur Gänze zurückziehe, keinerlei Anhaltspunkte oder Tatsachen dafür anführen könne und die Firma bzw. den Firmainhaber um Entschuldigung bitte. St. R. Weber betont am Schlusse noch einmal, dass die Gemeinde Wien selbst mit der Sache nicht das geringste zu tun habe, und dass die Gemeinde keinen wie immer gearteten Schaden erleiden könne, da eine umfassende und wiederholte Kontrolle stattfindet (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Der Referentenantrag wird angenommen.

GR. Schmidt referiert über die Erweiterung der Badeanlage durch Aufsetzen eines Stockwerkes und Ausgestaltung der bestehenden Baderäume im städtischen Volksbad XI., Geiselbergstrasse 54 mit einem Kostenerfordernis von 256.000 Schilling.

GR. Prinke (E.L.) weist darauf hin, dass Simmering das einzige Bezirk nur ein einziges Bad und kein Schwimmbad habe. Deshalb ist die vorgeschlagene Erweiterung vollkommen unzureichend. Es müsste zumal der Platz hierfür sehr geeignet ist, durch einen Zubau ein Schwimmbad geschaffen werden (Beifall b. d. E.L.)

GR. Körper (E.L.) spricht über das Bäderwesen im II. Bezirk. Er bedauert, dass die Badeverwaltung seinem seinerzeitigen Antrag nicht stattgegeben habe, gegenüber den E. Werken ein Bad zu errichten. Er beantragt, es möge an der Stelle am linken Ufer der grossen Donau, wo vor Jahren das Freibad gestanden hat ein ähnliches Bad errichtet werden. Gerade an dieser Stelle ereignen sich im Sommer viele Ertrinkungsfälle. Durch Errichtung dieses Bades würde dem Wildbaden ein Ende bereitet werden. Er beantragt auch an der Stelle am linken Ufer der grossen Donau, wo sich das Holzersche Strombad befunden hat, ein ähnliches Bad zu errichten. Dort wären auch Sandbäder möglich. Er ersucht seine beiden Anträge anzunehmen (Beifall bei der E.L.)

GR. Erban (E.L.) erinnert daran, dass nach einer Mitteilung der Rathauskorrespondenz in den letzten Tagen die Besucherzahl in den städtischen Bädern sich von Jahr zu Jahr steigere und dass der Bäderbetrieb vorteilhaft gestalte. Im Widerspruch zu dieser offiziellen Mitteilung hat St. R. Richter in der Ausschusssitzung erklärt, dass die Besucherzahl der Bäder eine sinkende ist. Wie lassen sich diese beiden Mitteilungen vereinen? Mit diesem angeblichen Sinken der Besucherzahl wurde die Verpachtung der beiden Bäder Nussdorf und in Stadlau an den sozialdemokratischen Arbeiterschwimmsportklub begründet, der für jedes dieser Bäder nur einen Pachtschilling von 50 Schilling pro Jahr zahlt (Hört! Hört bei der E.L.) Solche Verträge würden im übrigen auch in den Gemeinderat gehören. Es geht nicht an, dass man einerseits der Bevölkerung Sand in die Augen streut und von einem notwendigen Ausbau des Bäderwesens spricht und andererseits zwei Bäder einem sozialdemokratischen Verein überlässt. Wir müssen gegen diesen letzten Vorgang auf das schärfste protestieren (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Schmidt bemerkt zu den Ausführungen des GR. Erban, dass das Sinken der Besucherzahl sich nur auf die Strombäder beziehe. Was speziell das Nussdorfer Bad betreffe, so habe er sich persönlich bemüht, dieses Bad zu erhalten, leider hat es nicht die notwendige Besucherzahl aufgewiesen und es musste daher ^{ebenso} wie das Bad in Stadlau die Betriebsführung dem Arbeiterschwimmsportklub übergeben werden, der sie auf eigene Kosten und Gefahr übernommen hat. Die Anträge Körper ersuchte er der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zuzuführen.

Der Referentenantrag wird angenommen und die beiden Anträge Körper der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

GR. Schneider referiert über den Neubau eines Teiles der Leebgasse und der Randstrassen beim städtischen Wohnhausbau X., Reichenbachgasse (Kosten 36.000 Schilling).

GR. Erbau (E.L.) führt Beschwerde darüber, dass noch heute, obzwar der Wohnhausbau in der Alserstrasse schon fix und fertig sei, das Gerüstholz am Hernalsergürtel liege und dort jeden Verkehr unmöglich mache. Hier müsste sofort eingeschritten und das Bauholz abgeführt werden.

GR. Schneider verspricht, diesen Wunsch an die zuständige Abteilung zu leiten.

Der Referentenantrag wird angenommen.

St. R. Kokrda berichtet über den Antrag, zur Durchführung einer Notstandsaktion für die Weinbautreibenden Wiens der Landesorganisation Wien des Verbandes der freien Arbeitsbauern Oesterreichs und dem Verbands der Wiener Landwirte einen Betrag von je 10.000 Schilling zu widmen. Diese Beträge sind erst dann auszuführen, wenn die Anträge der Organisationen über die Verwendung dieser Gelder die Genehmigung des Magistrates gefunden haben und die Organisationen haben auch über die Verwendung der Gelder dem Magistrat Rechnung zu legen.

GR. Hengl (E.L.) erklärt, dass diese Hilfe absolut nicht ausreichend ist. Die 20.000 Schilling machen nicht einmal ein Prozent des Schadens aus, den die Weinbauer erlitten haben. Dass die Aufteilung im vollen Einvernehmen mit der Landesorganisation Wien des Verbandes der freien Arbeitsbauern durchgeführt wurde, ist un wahr. Die Aufteilung 50:50 hat man von uns erpresst und wurde von uns unter Protest zur Kenntnis genommen. Dazu kommt noch, dass die Landesorganisation Wien des Verbandes der freien Arbeitsbauern zumindest in Wien mit wirklichen Bauern sehr wenig zu tun hat. Die Wiener Bauern sind in grösster Notlage; trotzdem werden ihnen keine Steuererleichterungen gewährt. Die Belastung der Bauern in N. Oesterreich macht kaum ein Viertel der Steuern aus, die sie in Wien zahlen müssen. Der Redner urgiert sodann zum Schlusse die gesetzliche Regelung des Markenschutzes für Wiener Weine durch die Wiener Landesregierung. ~~und~~ beantragt, den Betrag von 20.000 Schilling auf 50.000 Schilling zu erhöhen. Von diesem Betrag sollen 30.000 Schilling der Verband der Wiener Landwirte und 20.000 Schilling die Landesorganisation Wien des Verbandes der freien Arbeitsbauern erhalten. (Beifall).

In seinem Schlusswort erklärt St. R. Kokrda dass bezüglich der Aufteilung von einem Druck oder gar von einer Erpressung nicht die Rede sein könne.

Herr Dr. Hengl hat sich darüber mit dem Abg. Mentastiverständig Dr. Hengl selbst hat zuerst eine Aufteilung von 60:40 vorgeschlagen, sodass die Aufteilung wie sie jetzt geschieht, keine besondere Abweichung von seinem Vorschlag darstellt. (Beifall).

Nach einer tatsächlichen Berichtigung des GR. Hengl, dass er die Aufteilung nur unter Protest zur Kenntnis genommen habe, wird der Antrag Hengl abgelehnt und der Referentenantrag abgenommen.

GR. Kopriva beantragt den Gebarungüberschuss pro 1929 des Betriebes "Baustoffbeschaffung" im Gesamtbetrag von 301.744 Schilling mit dem Teilbetrag von 201.163 Schilling an den Betrieb "Wohnungs- und Siedlungswesen" und mit dem Teilbetrag von 100.581 Schilling an den Betrieb "Strassenerhaltung und Strassenbau" als Refaktie zu überweisen.

GR. Erbau (E.L.) verlangt die Auflassung der Baustoffbeschaffung. Sie ist eine Quelle der Korruption und der Skandale, die von Jahr zu Jahr immer mehr werden. Ohne die städtische Baustoffbeschaffung könnten die Baumeister das Material viel billiger bekommen und damit viel rationeller wirtschaften. (Beifall).

Nach der Erklärung des Referenten, dass die Baustoffbeschaffung unbedingt notwendig ist, wird der Antrag angenommen.

GR. Grolig berichtet über den Ankauf des Hauses Hermannsgasse Nr. 2. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 118.000 Schilling.

GR. Uebelhör (E.L.) verweist auf das Haus Ecke Veronikagasse und Hernalser Hauptstrasse, das vorgebaut ist und eines der ärgsten Wiener Verkehrshindernisse bildet. Die Strasse wird durch dieses Haus auf nur wenige Meter eingengt, sodass die Strasse dort ein wahrer Schrecken für die Chauffeure ist. (Beifall).

GR. Ellend (E.L.) erklärt, dass durch den Ankauf des Hauses in der Hermannsgasse der dort seinerzeitig bestandene Durchgang von der Seidengasse zur Neubaugasse wieder möglich wird. Er verlangt die Wiedereröffnung dieses Durchganges. (Beifall).

Nach der Erklärung des Referenten, dass der vom GR. Ellend gewünschte Durchgang wieder eröffnet werden wird, wird der Antrag angenommen.

VI₂ obgm. Emmerling beantragt die genehmigte Bedeckung der im Wirtschaftsplan der städtischen Strassenbahnen für 1929 vorgesehenen Investitionen und Inventaranschaffungen im Betrage von 27 Millionen Schilling aufzuheben und gleichzeitig zu genehmigen, dass der hierfür tatsächlich ausgegebene Betrag von 23 Millionen Schilling mit einem Teilbetrag von 15 Millionen Schilling auf den Erlös der 30 Millionen Dollaranleihe und mit dem Restbetrag von 7 Millionen Schilling auf den Betriebskredit verwiesen wird. Ausserdem soll der am 24. Jänner

d. J. den Strassenbahnen bewilligte Betriebskredit von 9 Millionen Schilling auf 9 1/3 Millionen Schilling erhöht werden.

GR. Haider (E.L.) bemängelt, dass die städtischen Strassenbahnen, wie der Antrag nun zeigt, 4 1/7 Millionen Schilling an Investitionen und Inventarschaffungen erspart haben, trotzdem der Wagenpark und das übrige Inventar sehr reparaturbedürftig sind. Der Redner kommt sodann auf den 1. Mai zu sprechen und erklärt, dass die städtischen Angestellten wie die Schafe auf die Strasse getrieben werden. Er verliest eine Flugschrift, worin angekündigt wird, dass diejenigen, die nicht bei der Maifeier mitmarschieren, zur Verantwortung gezogen werden. (Rufe bei der Minderheit: Unerhört! Hoch die Freiheit! Das ist Terror!) So ähnlich ist es bei den Gaswerken und Elektrizitätswerken. Es wäre höchste diese Dinge abzustellen, da Zeit / es ist überdies auch einer so grossen Partei wie es die sozialdemokratische ... unwürdig ist, sich solcher Mittel zu bedienen. (Beifall).

Vizebgm. Emmerling erklärt, dass die verlangte Ueberweisung eine buchhalterische Massnahme ist. Was das von GR. Haider zitierte Flugblatt anlangt, so wurde es von den Laufburschen der städtischen Strassenbahnen für die 80 Laufburschen, die die Strassenbahn hat, geschrieben. Das hat mit der Direktion und mit dem Terror gar nichts zu tun. Bei der letzten Wahl erhielten die Sozialdemokraten in Wien 690.000 Stimmen und alle anderen Parteien zusammen nur 420.000 Stimmen. Es ist daher auch nicht von der Hand zu weisen, dass sich eine solche erdrückende Mehrheit auch in verschiedenen Unternehmungen bemerkbar macht. (Beifall).

Der Referentenantrag wird angenommen.

GR. Michal berichtet über Aenderungen der Verkaufszeiten für Vorverkaufskarten der städtischen Strassenbahnen. Die Fahrscheine sind bei der Abteilung für Kartenausgabe und Fahrbeginntigungen in der Rahlgasse 3 an Werktagen von 8 - 14 Uhr und an Samstagen von 8 bis 13 Uhr erhältlich. Bei den übrigen Verkaufsstellen zu den dort angekündigten Verkaufszeiten. Der Wertmarkenverkauf findet bei den Vorverkaufsstellen vom 28. eines jeden Monats bis einschliesslich 5. des darauffolgenden Monats statt. Bestellungen auf Zeitkarten werden bei diesen Verkaufsstellen an den letzten drei Tagen eines jeden Monats nicht mehr entgegengenommen.

GR. Scholz (E.L.) bemerkt, man sollte denken, dass durch den vorliegenden Antrag eine Verbesserung hinsichtlich des Kartenvorverkaufs durchgeführt wird, in Wirklichkeit beinhaltet aber der Antrag, dass die Vorverkaufshütten in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags geschlossen bleiben. Diese Massnahme wird die Folge haben, dass 53 Invalide abgebaut werden. Man sollte wenigstens, wenn man schon die Vorverkaufshütten während des grösseren Teiles des Tages schliesst, den ganztägigen Vorverkauf bei den Stadtbahnhalttestellen

ermöglichen. Der Redner stellt den Antrag, die Direktion der städtischen Strassenbahnen zu beauftragen, die Fahrkartenverkaufsstellen der Stadtbahn als Vorverkaufsstellen auszugestalten. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Fischer (soz. dem.) beantragt, den Sondertarif für Fahrten in die Freudenu (Linie 80) auch an Wochentagen aufzulassen.

GR. Michal (soz. dem.) stellt im Gegensatz zu den Ausführungen des GR. Scholz fest, dass 35 Vorverkaufsstellen für die Bewohner der äusseren Bezirke morgens und abends offen bleiben, die Verkaufsstellen in den inneren Bezirken werden auch in den frequenzierten Vormittagsstunden geöffnet sein. Die Leute die durch die Einschränkung des Vorverkaufs bei einzelnen Stellen, welche nicht genug frequenziert werden entbehrlich werden, scheiden infolge Vollerfüllung der Dienstzeit entweder aus oder werden einem anderen Dienst in der Gemeinde zugeführt (Beifall).

Der Referentenantrag wird angenommen, ebenso der Antrag Fischer, der Antrag Scholz wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

St. R. Speiser berichtet über die Abänderung der Treuhändervereinbarung mit der Gesiba betreffend die Granitwerke Mauthausen und das Ziegelwerk Oberlaa.

GR. Gschladt bemerkt zunächst, er werde sich trotz der vom Abg. Danneberg an die Intellektuellen der Einheitsliste gerichteten Mahnung nicht davon abhalten lassen, zu sprechen, wann er dies für notwendig halte (Lebhafter Beifall b. d. E.L.) Der vorliegende Antrag ist eine Ungeheuerlichkeit, er bedeutet, dass man im Jahre 1928 bei der Fassung des ursprünglichen Beschlusses den Gemeinderat hingelegt hat. Man wollte damals der Bevölkerung das Uebereinkommen geniessbar machen, obzwar man wusste, dass die Unfallsrenten und Pensionslasten, die schon für die Vergangenheit 50.000 Schilling ausmachen schliesslich, wie dies heute geschieht der Gemeinde werden aufgelastet werden müssen. Die heutige Gemeindeverwaltung kommt einem wie der umgekehrte Midas vor. Was sie berührt zerfällt unter ihrer Hand in Staub und nichts. (Lachen bei der Mehrheit und Rufe: Lesen Sie doch Ihren Dringlichkeitsantrag, dort behaupten Sie das Gegenteil.) Die blühenden Unternehmungen, die Lueger geschaffen hat, haben Sie in eine Defizitwirtschaft hineingetrieben, die eigenen Betriebe müssen Sie am Schluss vergitschen oder sperren. Wir protestierten gegen den Vorgang, wie er hier geübt wird auf das allerlebhafteste und lehnen den Antrag ab (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

St. R. Speiser bemerkt gegenüber den Ausführungen Gschladt, dass zur Zeit als das Uebereinkommen beschlossen wurde, nicht vorausgesehen werden konnte, ob die Gesiba die Pensionslasten und Unfallsrenten werde tragen können, da dies nicht der Fall ist, müssen sie von der Gemeinde übernommen werden. Was die städtischen Unternehmungen betrifft, so genügt der Hinweis darauf,

dass zur Zeit als ich das Referat übernommen habe, Verhandlungen geführt wurden, um das städtische Gaswerk einer Bank zu übergeben, dass wir die Unternehmungen von der früheren Verwaltung in durchaus keinen günstigen Zustand übernommen haben, es genügt der Hinweis auf den Zustand der Strassenbahnen in den Jahren 1918 und 1919 sowie der Hinweis darauf, dass die frühere Gemeindeverwaltung aus den Gemeindeunternehmungen sehr viel für die Kasse der Hoheitsverwaltung herausgeholt hat. Was wir alles der Bevölkerung ersparen, um zu zeigen wie unrecht GR. Gschladt mit seinen Anwürfen hat (Lobhafter Beifall bei der Mehrheit).

Der Referentenantrag wird angenommen.

Es wird sodann der Dringlichkeitsantrag Kunschak in Verhandlung gezogen. Die Dringlichkeit begründet St. R. Kunschak, der erklärt, dass die Minderheit sich sehr oft bemüht hat, Steuerermässigungen durchzusetzen, der Erfolg aber nur sehr gering war. Meistens wurde von der Mehrheit erwidert, dass an dem System nichts geändert wird. Die Wirtschaft hat sich aber ganz gewaltig geändert, leider nicht zu ihrem Vorteil. Das Wirtschaftsleben der Stadt steht vor schweren Erschütterungen und die/aus den geballten Gewitterwolken/ ist mit elementarer Gewalt an. Wer einigermaßen Verantwortlichkeitsgefühl besitzt gegenüber der Wirtschaft und dem damit verbundenen Interesse der Gemeinde, der muss Mittel und Wege suchen, um dieser Katastrophe vorzubeugen und dem Wirtschaftsleben neue Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen. Dass die Gemeinde nicht nur die Eignung hat, sondern auch die Neigung besitzen muss, wirtschaftsbefruchtend zu wirken, ist unbestritten. Unser Antrag sucht das Gewissen der verantwortlichen Mehrheit aufzurütteln und ersucht den städtischen Finanzreferenten, dem Landtag Bericht und Antrag vorzulegen. Ich glaube, dass dieses Ansinnen schon an sich höchst dringlich ist, weshalb wir die Dringlichkeit begründet St. R. Kunschak, der erklärt, dass die Minderheit dringliche Behandlung unseres Antrages verlangen (Beifall).

Dem Antrag wird einstimmig die Dringlichkeit zuerkannt und St. R. Kunschak führt aus: In dem Antrag wurde auf eine Äusserung des St. R. Breitner aus dem Jahre 1922 verwiesen, die uns und der Oeffentlichkeit damals einigermaßen Beruhigung eingeflößt und den Glauben mitgegeben hat, dass die Gemeindesteuern nur Notstandsmassnahmen seien. Wir sind mit dieser unserer Auffassung und mit uns die ganze Oeffentlichkeit schwer enttäuscht worden. Aus den Notstandsmassnahmen ist ein System, ein Prinzip geworden, dass man mit einer kaum zu überbietenden Brutalität durchführt. Wir verlangen nun, dass St. R. Breitner endlich sein Versprechen der Einlösung zuführt: (Sehr richtig bei der Minderheit). Sie gehen bewusst an den Realitäten des Wirtschaftslebens vorbei, machen eine Finanzpolitik, die geführt wird von einem Menschen, der keine Kenntnis hat von den wirklichen Verhältnissen und der den Eindruck hervorrufft, als

als ob er plötzlich vom Mars herabgefallen wäre. Wir haben oft versucht bei St. R. Breitner Verständnis für unsere Forderungen zu erwecken, es ist aber alles an dem Starrsinn der Mehrheit gescheitert. Es sind in der Öffentlichkeit auch andere Töne angeschlagen worden und ist zu radikalen Methoden übergegangen worden. Schon vor Jahren hat es Demonstrationen von Gewerbetreibenden gegen die Steuerpolitik des Rathauses gegeben. In der letzten Zeit hat man sich auch ein Organisations- und Agitationssystem zurechtgelegt, um gegen dieses Steuersystem den Kampf zu führen. Jetzt spielt die Mehrheit die zartbesaitete Jungfrau, die entsetzt ist, ob des Tones, der in diesem Kampf angeschlagen wird. Sie stellen sich jetzt als Zöglinge einer höheren Töchterschule vor, die niemals ein Wasserchen getrübt haben, rümpfen die Nase und sagen unter einem solchen Ton kann man doch nicht ernstlich beraten und die Gemeinde kann sich doch nicht unter dem Druck der Strasse stellen, Das letzte Argument passt Ihnen ganz besonders auf den Leib, haben Sie doch von 1918 bis jetzt mit dem ehernen Trit der Arbeiterbataillione Parlament und Regierung einzuschüchtern versucht, Sie regen sich auch darüber auf, dass in diesem Saal manch lautes Wort fällt. Man kann sich schon vorstellen, dass es nicht zu den guten Sitten des Gemeinderates gehört, wenn sich beispielsweise ein Mitglied der Mehrheit die Äusserung leistet, er werde die Arbeiter in den Saal hereinrufen, damit sie die Opposition abwatschen. Sie haben also das Abwatschen der Minderheit in den Knigge des Wiener Gemeinderates aufgenommen. (Zustimmung bei der Minderheit). Da dürfen Sie sich nicht wundern, wenn ^{es Ihnen} aus dem Wald so entgegenhallt, wie Sie hineinrufen. Ihr Klubobmann hat auch die Erklärung abgegeben, dass man auch ohne den Gemeinderat verwalten könne und die Minderheit den Gemeinderat mehr brauche, als die Mehrheit. Wir nehmen das zur Kenntnis und versichern Ihnen, dass dies nicht die geringste Wirkung auf uns hat (Beifall bei der Minderheit). Wir werden unser Verhalten hier so einrichten, wie es unser Gewissen vorschreibt, auch wenn Sie uns mit diktatorischen Massnahmen drohen. Es handelt sich hier um ein gemeinsames Interesse, das Mehrheit und Minderheit zusammenführen müsste zur Sicherung des Wirtschaftslebens in Wien. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Diese Sicherung ist notwendig im Hinblick auf die Arbeiter und Unternehmer, denn die zu Ruinen gewordenen Fabriken bedeuten nicht nur das Grab für die Besitzenden, sondern auch ein Massengrab für tausende Arbeiter und Angestellte. Diese gemeinsamen Interessen heissen schliesslich auch Wahrung der Interessen der Gemeinde. Sie können aus diesem Wirtschaftsleben noch eine Zeitlang Squeeze herauspressen, aber eines Tages wird die Kuh ausgemolken sein und die Gemeinde ist mit Ihrem Latz zu Ende. Unser Antrag ist ein neuerlicher Appell, der sich in legaler Form vollzieht. Ich hoffe, dass wir nicht genötigt sind, die Dringlichkeit in absehbarer Zeit zu wiederholen, da in absehbarer Zeit die Voraussetzungen

Gemeinderatssitzung vom 9. Mai 1930. XI. Blatt
ganz andere geworden sein dürften. (Stürmischer Beifall).
St. R. Rummelhardt (E. L.) bemerkt, die Mehrheit habe nicht das moralische Recht
an der Minderheit Kritik zu üben. Wenn man sich an die Politik der heu-
tigen Mehrheit in der Vorkriegszeit erinnert, muss man sagen, dass die heuti-
ge Opposition gegenüber der Opposition von damals eine noble ist. Die Sozial-
demokraten ~~haben~~, dass sie damals geknebelt wurden. Wir sind heute
in keiner anderen Lage. Wir können beantragen was wir wollen, wir werden
brutal niedergestimmt. Heute verkünden die Sozialdemokraten pompös das
Recht der Mehrheit. Aus sehr ernstem Mund wird heute der Wunsch laut, dass
die Mehrheit im Sinne der Gerechtigkeit sobald wie möglich die Herrschaft
in diesem Saal niederlegen sollen. Aus dem Prozess über die Währinger Wahlen
geht hervor, dass Sie viele Stimmen in Wien sich erschwindelt haben. Ein
Teil von Ihnen ist vollständig zu unrecht in diesem Saal (Lebhafter Beifall
und Händeklatschen bei der Minderheit). Was nun Ihr Steuersystem betrifft,
so haben Sie damit 80 Prozent der Gewerbetreibenden zugrunde gerichtet und
die Fallisiments und die Arbeitslosigkeit belasten Ihr Gewissen. Sie sind
die Totengräber der Wirtschaft aber auch die Totengräber der Demokratie.
Ihre Sozialdemokratie ist Bolschewikentum. Sie sind Gewaltbolschewiken mit
den unanständigsten Mitteln. Doch Sie sehen, dass sich bereits in der Bevöl-
kerung sehr bedenkliche Zeichen des Widerwillens gegen Ihre Verwaltung be-
merkbar machen. Ich erkläre Ihnen ganz offen, dass mir jede Diktatur lieber
ist als jede noch so freie demokratische Verwaltung, wenn sie von Ihnen aus-
geübt wird. In der
letzten Zeit wird ein Zusammenbruch nach dem anderen bekannt, die Arbeits-
losen Arbeiter müssen ins Ausland wandern. Wenn Sie die bodenständigen Arbei-
ter verjagen, wird dann der karge Rest der Wirtschaft nur von Eingewan-
derten noch gehalten werden, denn Ihre Politik ist es, die für das boden-
ständige Gewerbe das grösste Hindernis ist. Wir haben verlangt, dass der Wohn-
bau mittels einer Anleihe durchgeführt werden soll. Ihre Wohnbautätigkeit
soll doch zumindest allen praktischen Bedürfnissen entsprechen. Dem ist aber
nicht so. Auch das ästhetische Gefühl wird durch verschiedene Bauten verletzt.
So ist z. B. das Haus in der Schösselgasse ein Zeichen Ihres Geschmackes.
Das Haus ist eine unerhörte Geschmacklosigkeit und eine Provokation der
bürgerlichen Bevölkerung. Der Architekt, der das Haus erbaut, heisst Poppo-
viz (St. R. Weber : Ein Urwiener) Sein Geschmack aber ist nicht urwienerisch,
er ist bolschewikisch. (Gelächter bei der Mehrheit). Ich sage Ihnen noch-
mals halten Sie Einkehr. Und wenn uns hier zugerufen wird, dass die Wahlen
entscheiden, dann sagen wir Ihnen, wir erwarten die Wahlen so ~~früh~~ als
möglich. (Beifall bei der E. L.)

St. R. Breitner: Der Dringlichkeitsantrag stellt in tiefeinschneidender Weise die ganze Gemeindepolitik zur Erörterung und wünscht eine Reihe von Massnahmen, die in ganz ausserordentlicher Weise das Budget und die Goharung der Stadt beeinflussen müssen. Es ist bei einer Redezeit von 20 Minuten unmöglich in der notwendigen gründlichen und ernsten Weise auf dieses ausserordentliche wichtige Thema einzugehen. Wenn GR. Kunschak gemeint hat, es handle sich kaum um eine politische Frage, sondern um die Sicherung des Wirtschaftslebens in dieser Stadt, um eine Frage, die in ruhigen Zeiten von Mehrheit und Minderheit erörtert werden könnte, so kann man nur sagen, es wäre sehr gut, wenn dem so wäre, wenn man sich über diese wirtschaftlichen Fragen in ruhiger und sachlicher Weise auseinandersetzen würde. Dann käme man vielleicht dazu festzustellen, dass das Wirtschaftsleben dieser Stadt und des ganzen Landes unmöglich diese sonntägigen Aufmärsche grosshalten kann (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit - Stürmische Zwischenrufe bei der Minderheit: Was ist es mit den Schutzbundaufmärschen? Was war am 15. Juli?), dann müsste man sich in der Meinung zusammenfinden, dass die Drohungen mit illegalen Mitteln und zwar nicht ausgehend von irgendwelchen unverantwortlichen Personen, sondern von solchen die in der Verwaltung dieses Landes eine ganz besonders gehobene Stellung einnehmen, die schlechtesten Präjuden für ein Land sind, dass auf ausländischen Kredit angewiesen ist (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit) das gerade jetzt eine Anleihe sucht, die zur Belebung unserer Wirtschaft unumgänglich notwendig ist. Wenn GR. Kunschak meint, es handle sich jetzt nur darum, dass die Mehrheit den Willen der Minderheit zu erfüllen hat, so kann dieser Grundsatz von uns nicht anerkannt werden. Wohl werden wir uns aber dem anderen Grundsatz nie entziehen und haben uns ihm nie entzogen, über diese Dinge ernst und ruhig zu sprechen. Täte man das, so wäre man darin einig, dass solche Drohungen, um nur eines herauszugreifen den Fremdenverkehr selbstverständlich unendlich mehr schädigen müssen als die Aufhebung der Fremdenzimmerabgabe (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit). Dann müsste man auch über die Zollpolitik sprechen und würde daraufkommen von welcher unendlicher Bedeutung sie für unsere Wirtschaft ist. So aber haben wir diesen Dringlichkeitsantrag. Die Minderheit hat am 25. September 1929 einen ähnlichen Antrag gestellt. Da ist es ganz interessant festzustellen wie innerhalb eines Zeitraumes von wenig mehr als einem halben Jahre sich auf der anderen Seite die Anschauungen verändert haben, Damals haben Sie verlangt,

dass die Nahrungs- und Genussmittelabgabe auf die Hälfte herabgesetzt wird, heute sind Sie bereits bei der vollständigen Streichung. Damals haben Sie gewünscht, dass die Lustbarkeitsabgabe auf die Hälfte herabgesetzt wird, heute wählen Sie eine Formulierung, die eigentlich der Aufhebung dieser Steuer gleichkommt. Damals haben Sie die Aufhebung der Wertzuwachsabgabe für Realitäten die vor dem 1. Dezember 1928 erworben worden sind, die Herabsetzung der Feuerversicherungsabgabe, die Aufhebung des Verzögerungszuschlags verlangt. Von all dem ist heute keine Rede. Ein Beweis dafür, wie wechselvoll Ihre Anschauungen sind. Immer aber stützen Sie sich darauf, dass im Jahre 1922 hier erklärt worden ist, dass man in ruhigen Zeiten, die damals gemachten Steuern einer Ueberprüfung unterziehen müsse. Ich kann feststellen, dass wir auch nach diesen Worten gehandelt haben (Lachen und Zwischenrufe bei der Minderheit). Sämtliche Steuern, bis auf die Hundeabgabe, sind einer malchen Ermässigung unterzogen worden. Wenn Sie aber meinen, dass die Worte von damals bedeuten, dass alle diese Steuern zu verschwinden haben, so würde das nichts anderes besagen, da man ohne Steuern ja nicht wirtschaften kann als dass man zum Steuersystem der Vergangenheit hätte zurückkehren müssen. Das wäre für uns einträglich und einfach gewesen. Denn aus den valorisierten Mietzinsen würde die Gemeinde Einnahmen von 184 Millionen, aus der Verzehrungssteuer 14 Millionen, aus den Monopolbetrieben nach den heutigen Umsätzen 74 Millionen ziehen, das sind 237 Millionen, (Hört! Hört! bei der Mehrheit) während nach Ihren eigenen Angaben unsere derzeitigen Einnahmen 193 Millionen ausmachen. Dass wir also die Steuern in der Inflationszeit nicht einfach abschaffen konnten, wenn wir die anderen, die Sie eingehoben haben, nicht einführen, ist selbstverständlich aber wir haben sie überprüft, wir haben sie ermässigt. Wir haben einzelne Abgaben, wie die Untermieterabgabe und die Besteuerung der Lastkraftwagen aufgehoben. Wir haben die Fremdenzimmerabgabe für die Masse der Mieter von 35 Prozent auf 6 ein Viertel Prozent herabgesetzt; die Höchststeuer die in Wien möglich ist, ist 12 ein halb Prozent und diese Höchststeuer wird nur von 5 Hotels gezahlt (Hört! Hört! bei der Mehrheit). Wir haben die Lustbarkeitsabgabe von Poesie und Oper von 9 auf 4 Prozent, für Operetten von 23 auf 6 Prozent (Hört! Hört! bei der Mehrheit), die Steuer für Kinos von 28 ein halb stufenweise bis auf 5 Prozent herabgesetzt.

991

Bei Sportveranstaltungen, die nicht mehr als 2000 Schilling Einnahmen haben wurde die Steuer von 26 auf 10 Prozent herabgesetzt - das sind 80 Prozent aller Veranstaltungen, die Steuer für Varietes wurde von 23 auf 15, für Konzerte von 9 auf 7, für Lichtbilderverführungen von 7 auf 3 Prozent herabgesetzt. Nur die Boxkämpfe und die Wettrennen haben noch die alten Sätze. Die Wertzuwachsabgabe beim Altbesetz wurde von 10 auf 6 Prozent, heruntergesetzt, in den anderen Kategorien so, dass eine Reduktion von 40 bis 66 Prozent eingetreten ist. Die Fürsorgeabgabe wurde von 4 ein Viertel auf 4, bei den Banken und Kreditinstituten von 8 ein halb auf 6 herabgesetzt, bei der Kraftwagenabgabe ist bei der grössten Anzahl der Wagen eine Ermässigung bis auf 60 Prozent der ursprünglichen Besteuerung eingetreten. Von der Wohnbausteuer wurden gemeinnützige Anstalten befreit und alle Neu- Zu- und Um- und Aufbauten der letzten Jahre sind 30 bzw. 20 Jahre gänzlich steuerfrei. Die Feilbietungsabgabe wurde von 7 auf 5, der Verzögerungszuschlag von 25 auf 10 herabgesetzt, bei der Nahrungs- und Genussmittelabgabe wurden 20 Prozent für Investitionen freigegeben und die Inseraten- und Plakat-abgabe auf ein volles Drittel ermässigt. Sie können also nicht behaupten, dass wir unsere Zusage nicht eingelöst hätten. Allerdings ist nicht alles der Wirtschaft zugute gekommen. Die Banken haben trotz der Herabsetzung der Fürsorgeabgabe die Konditionen nicht ermässigt, die Zeitungen die Inseratenabgabe nicht herabgesetzt. Es wird uns vorgeworfen, dass die Gemeinde Vermögenswerte angesammelt habe. Zu dieser Schuld bekennen wir ohneweiters und es ist für denjenigen, der diese Stadt liebt wahrhaftig kein unerträglicher Gedanke, dass Häuser, die früher den Herren Frankel, Drasche oder der Bäderkreditanstalt gehört haben, jetzt im Eigentum der Gemeinde stehen. (Lebhafter Beifall und Handklatschen bei der Mehrheit). Es wird uns vorgehalten, dass die Gemeindesteuern in den Jahren von 1923 auf 1930 von 83 auf 195 Millionen gestiegen sind. Was steht dem gegenüber? Der Personalaufwand war im Jahre 1923 - 78 Millionen, im Jahre 1930 - 176 Millionen, das Wohlfahrtswesen hat im Jahre 1923 - 25 Millionen, im Jahre 1930 - 101 Millionen erfordert (Hört! Hört! bei der Mehrheit). Der Finanzminister des Bundes wäre nicht in der Lage eine so reichhaltige Liste von Steuerermässigungen vorzulegen (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit). Auch beim Bund haben sich Steigerungen vollzogen. Das Tabakmonopol hat im Jahre 1923 - 119 Millionen

getragen, im Jahre 1930-22 Millionen (Hört! Hört! bei der Mehrheit) das Salz im Jahre 1923 5'9 Millionen, im Jahre 1930 14 einhalb Millionen, die allgemeine Ererbssteuer ist von 14 auf 58 Millionen gestiegen (Stürmische Hört! Hörtrufe bei der Mehrheit) die Zuckersteuern von 5 auf 26 Millionen (Hört! Hört! bei der Mehrheit) die Warenumsatzsteuer von 55 auf 252 Millionen (Stürmische Hört! Hörtrufe bei der Mehrheit) die Zölle von 299 auf 278 Millionen. Allerdings ist die Börsenbesuchsabgabe von 1,400.000 auf 700.000 Schilling zurückgegangen (Hört! Hört! bei der Mehrheit). Es wird gesagt dass die Nahrungs- und Genussmittelabgabe ruinös sei. Im Jahre 1929 sind in Oesterreich 150 Gastwirte Kaffeesieder und Zuckerbäcker in Ausgleich gegangen davon nur 14 in Wien (Stürmische Hört! Hörtrufe bei der Mehrheit) 48 in Konkurs, davon 9 in Wien. Am 28. Jänner 1927 hat hier GR. Kunschak erklärt, mit den Lokalen der Schieber möge man machen was man wolle. Wer bei Sacher speist, kann 15 Prozent mehr zahlen. Jetzt verlangt man, dass die Lustbarkeitsabgabe zur Gänze aufgehoben wird. Die Dinge so darzustellen, als ob die Fremdenzimmerabgabe eine reine Wiener Angelegenheit oder wie Sie behaupten eine bolschewistische Angelegenheit sei ist ganz unzutreffend, die Steuer wird auch in anderen Ländern eingehoben, in Niederösterreich haben z.B. die Gemeinden das Recht, die Steuer bis zu 50 Prozent einzuheben, Frankreich hat eine solche Abgabe in einem um 50 Prozent höheren Ausmass als in Wien, Italien hat und die Tschechoslowakei hat eine 10prozentige Abgabe usw. Was die Bodenwertabgabe betrifft, so bedauern wir, dass wir überhaupt zu ihrer Einführung gezwungen waren, weil man uns im Zuge der Abgabenteilung überfallsartig neue Ausgaben, die Zahlungen für die Kleinrentnerfürsorge auferlegt hat. Wir wissen heute noch nicht, wieviel wir zu zahlen haben und können daher diese Abgabe nicht novellieren. Was die Wasserkraftabgabe betrifft, so habe ich schon wiederholt erklärt, dass wir damit die Teile des Darlehens, die die Wag bekommen hat, ausser Verzinsung setzen und dass sich ihre Abschaffung im Strompreis gar nicht ausdrücken würde. Uebrigens haben andere Länder derartige Abgaben in einem weit höheren Ausmass, Niederösterreich im Ausmass von 10 Prozent, Graz von 15 Prozent, Leoben 20 Prozent, ebenso wie die Gasabgaben in den anderen Ländern weit höher sind als bei uns.

St. R. Breitner beendet hierauf, da die Redezeit von 20 Minuten abgelaufen ist, seine Ausführungen. Er meldet sich nochmals zum Wort.

GR. Dr. Högl (E.L.) erklärt, dass nicht die Bürgerlichen mit der Beunruhigung der Bevölkerung begonnen haben. Wer hat am letzten Sonntag in St. Pölten Unruhe gestiftet? (Rufe bei der Mehrheit: Vaugoin) Nein, der Wiener Schutzbund. Und im Jahre 1927 hat sich niemand darum gekümmert um die Ruhe in dieser Stadt, hat sich niemand gekümmert was die Fremden machen. Jetzt auf einmal ist St. R. Breitner um die Ruhe besorgt. Der Redner verweist auf die Schwierigkeiten, mit denen die landwirtschaftlichen Betriebe und die Huer Wiens zu kämpfen haben. Er spricht von der Bodenwertabgabe, wobei er erklärt, dass wir keinen geregelten Grundstückmarkt haben und die Bewertung der Liegenschaften daher grosse Kalamitäten bereite. Die Bodenwertabgabe ist ein Schritt zur Sozialisierung, sie ist ein schweres Hemmnis der Wirtschaft, die zum B. die Sportorganisationen ganz erschlagen hat. Die Nahrungs- und Genussmittelabgabe trifft die weitesten Kreise der Bevölkerung. Mit dieser Steuerpolitik tragen Sie künstlich zur Verdorfung Wiens bei. Die wirtschaftliche Lage ist trostlos und die von der Nahrungs- und Genussmittelabgabe betroffenen Betriebe befinden sich in einem glänzenden Elend. Die Nahrungs- und Genussmittelabgabe kann in den wenigsten Fällen überwältigt werden, und alle diese Dinge tragen dazu bei, dass wir fast 4000 Arbeitslose im Gastgewerbe haben. Besonders schlecht ist die Lage der Weinbauer. Den Weinbauern nützt keine Förderung, wenn sie ihre Erzeugnisse nicht einmal zu den Gestehungskosten verkaufen können. Es wäre höchste Zeit, wenn Sie mit dieser unseligen Verknechtung der Wiener Bevölkerung endlich Schluss machen würden und an Stelle des heutigen Steuersystems ein anderes setzen, das den Wünschen der Bevölkerung und der Wiener Wirtschaft entgegenkommt. (Beifall bei der E.L.)

GR. Ellend (E.L.) erklärt, dass die Stadtverwaltung sich bemühen müsse, im Einvernehmen mit der Privatwirtschaft ein Programm zu schaffen, das den wirtschaftlichen Bedürfnissen Rechnung trägt. Ihr Steuersystem aber, das Sie jetzt durchführen, nimmt auf die Bedürfnisse der Wirtschaft keine wie immer geartete Rücksicht. Die Zirkulation des Geldes stockt, daher keine Investitionen, daher die riesige Arbeitslosigkeit. Wir müssen der Wirtschaft die Möglichkeit geben, sich billige Kredite zu verschaffen, damit sie investieren kann. Wir sind heute soweit, dass Steuerermässigungen der Wirtschaft nicht mehr helfen können. Der Redner kommt dann auf die Aufmärsche zu sprechen, wobei er erklärt, dass alle Aufmärsche, die von der Heimwehr durchgeführt wurden, im Gegensatz zu denen des Schutzbundes noch niemals einen bedrohlichen Charakter angenommen haben. Ihrem System, alles zu bolschewisieren, muss endlich ein Ende gesetzt werden und wir Gewerbetreibenden werden alles aufbieten, dass der Wirtschaft endlich die entsprechenden Verdienstmöglichkeiten geboten werden, und wir werden uns weiter bemühen, in dieses Haus eine andere Mehrheit hereinzubringen. (Beifall).

GR. Zimmerl (E.L.) erklärt, dass die Minderheit die Entwicklung der Wirtschaft unter dem sozialdemokratischen Steuersystem vorausgeahnt habe. Leider sind alle Befürchtungen eingetroffen. Die Lage ist heute trostlos, die Unternehmer sind bankerott, wir haben eine Massenarbeitslosigkeit und ein tiefes Elend. Wir verlangen die Abschaffung der Nahrungs- und Genussmittelabgabe, weil sie vom Verfassungsgerichtshof als Verfassungswidrigkeit erklärt wurde. Sie beeinflusst auch im höchsten Masse und sehr ungünstig den Fremdenverkehr, sie ist die umstrittene Abgabe überhaupt. Die Fremdenzimmerabgabe bedeutet für die Fremdenindustrie den grössten Schaden, und es gibt keine bedeutende Stadt, die eine Fremdenzimmerabgabe einhebt. Die Wasserkraftabgabe ist eine doppelte Bereicherung. Die Bodenwertabgabe ist sinnlos und sie müsste ehestens novelliert werden. Die Lustbarkeitsabgabe hat das gesellige Leben der Stadt zerstört und das Kunstleben Wiens in die ärgste Gefahr gebracht. Das freie Ermessen ist steuerrechtlich unmoralisch. Breitner hat von Steuerermässigungen gesprochen. Entscheidend für die Steuerermässigungen ist die Auswirkung, und da finden wir, dass trotz der Ermässigungen die Steuereingänge immer höher werden. (Hört! Hört! Rufe bei der E.L.) Breitner hat den Bund zum Vergleich herangezogen. Nun da kann ich ihm schon sagen, er möge auf seinen 50prozentigen Anteil verzichten, und der Bundesfinanzminister kann die Steuern um 50 Prozent herabsetzen. Breitner hat der Wirtschaft gegenüber keine freundliche Geste angewendet, deshalb muss der Kampf gegen dieses System, wie es hier geübt wird, weitergehen. (Stürmischer Beifall).

St. R. Breitner: Der Antrag begehrt die Befreiung der zweiten Hausgehilfin von der Abgabe. Dazu ist zu sagen, dass wir in Wien 650.000 Haushalte haben, davon sind aber nur 6331 abgabepflichtig. Von diesen 6331 Haushalten haben 4950 zwei Hausgehilfinnen, zahlen also nur 50 Schilling im Jahr. Die Befreiung der Betriebe von der Fürsorgeabgabe, wenn sie Waren in das Ausland führen, ist in der Auswirkung nicht abzuschätzen. Wenn der Antrag ernst gemeint ist, dann müsste die Minderheit entsprechendes Material vorlegen. Sie müsste aber auch im Nationalrat die Befreiung der Exportindustrie von der Erwerbssteuer verlangen. Es geht jedoch nicht an, dass ein einziges Bundesland solche Steuerbefreiungen vornimmt. Wir haben hier die Förderung des Russlandexports beschlossen und die Minderheit hat das als eine bolschewikische Aktion hingestellt. Man kann also kaum sagen, dass solche Anträge ernst zu nehmen wären. Seit Jahren verlangt die Minderheit eine andere Finanzierung des Wohnhausbaues.

Hätten wir Ihren Rat befolgt und die Wohnbauten mit einer Anleihe finanziert, die mit Hilfe der Wohnbausteuer verzinst und getilgt worden wäre, dann stünden wir heute schon vor dem Ende. Wir könnten überhaupt keine einzige Wohnung mehr bauen. Wir werden uns nicht zu den Methoden des Kapitalismus bekennen und Mietzinse verlangen, die für die Mehrheit der Bevölkerung unerschwinglich sind. Darin besteht der grosse Gegensatz zwischen Mehrheit und Minderheit. Sie kommen mit ihren Anträgen auf Steuererhebung in einer Zeit, in der durch eine neue Abgabenteilung die Gemeinde vor einer schweren Krise steht. Solange die Abgabenteilung nicht ernst erledigt wird, kann von Steuerermässigungen in der Gemeinde keine Rede sein. Niemals haben wir uns starrsinnig der Notwendigkeit von Steuerermässigungen erschlossen und erst zu Beginn des heurigen Jahres abermals eine Reihe von städtischen Abgaben herabgesetzt. Von unserem System, das die Billigung von zwei Drittel der Wiener Bevölkerung gefunden hat, werden wir uns aber nicht abbringen lassen. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit).

Ich muss daher die Mehrheit bitten, den Dringlichkeitsantrag abzulehnen.

St. R. Kunschak erwidert, dass die Behandlung des Dringlichkeitsantrages deutlich zeigt, dass die Wünsche der Minderheit vollständig missachtet werden. St. R. Breitner hat betont, dass eine sachliche Auseinandersetzung über unsere Forderungen nur erwünscht sei, und die Mehrheit ihr nicht ausweichen werde, Durch die Ablehnung unseres Antrages ist aber die geschäftsordnungsmässige Behandlung unmöglich geworden. Der Antrag, unsere Vorschläge abzulehnen bedeutet nichts anderes als die Flucht vor einer ehrlichen Auseinandersetzung (Lebhafte Beifall bei der E. L.) Die Summe, die der Gemeinde durch die verlangten Steuerermässigungen entgingen, lässt sich leicht errechnen. Es sind keine 30 Millionen aber jedenfalls liesse sich von den 53 Millionen auf dem Gebiete der Finanzierung der Wohnhausbauten Ersparungen machen. (Lebhafte Rufe bei der Mehrheit: Iso es soll nichts gebaut werden). Wenn die durch den Krieg und Umsturz dezimierte junge Generation heraufkommt, wird sich selbstverständlich auch das Bild auf dem Wohnungsmarkt verändern müssen, es ist also damit zu rechnen, dass die Wohnungsnot ein natürliches Ende nimmt, insbesondere auch dann, wenn sich Ihr neuestes Programm, die Beratungsstelle zur Empfängnisverhütung ordentlich auswirkt. (Lebhafte Rufe: Sehr richtig bei der Minderheit), Was die Bemerkungen des St. R. Breitner über die einzelnen Abgaben betrifft, so spielt gewiss bei der Hauspersonalabgabe die vier Schilling im Monat mehr an sich keine Rolle, aber die Geschichte vom Tropfen, der das volle Fass zum Ueberfliessen bringt, hat auch für die Steuern ihre Gültigkeit. Nicht darum handelt es sich, dass Herr Rothschild etwas erspart, aber der Erfolg der heutigen Steuerpolitik ist, dass Herr Rothschild Steuern auf Kosten von armen Hausgehilfen entlassen werden. Eine ähnliche Wirkung hat auch die Bodenwertabgabe. Diese Abgabe hat schon zur Folge gehabt, dass Herr Rothchild und auch andere, um aus der Steuer herauszukommen die Handelsgärtnerei angemeldet haben und damit den armen Gärtnern Konkurrenz machen. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit). Wenn Herr Breitner behauptet, dass wir nicht auch beim Bund Steuerermässigungen verlangen, so muss man fragen, ob er geschlafen hat. Das verlangen wir seit langer Zeit und die Regierung hat sich auch dazu verpflichtet, sobald das Investitionskonto durch die Anleihe entlastet werden kann. Und was die höheren Eingänge an Einkommensteuer und Erwerbssteuer betrifft, so erklären sich diese daraus, dass zu einer Zeit, da der Steuerapparat des Staates zerstört war, die Steuervorschreibungen nicht rechtzeitig vorgeschrieben werden konnte, Jetzt aber rechtzeitig vorgeschrieben werden, weshalb die Eingänge höher sind. Zum Schlusse sagt St. R. Kunschak die Ablehnung des Dringlichkeitsantrages ist wohl die brutalste Antwort die die Mehrheit geben kann. Eine Antwort, die nicht nur zeigt, dass Sie nicht wollen, sondern dass Sie den Wünschen der Bevölkerung um jeden Preis Trotz bieten. (Stürmischer Beifall und Hochrufe bei der E. L.)

Damit ist die Debatte erledigt. (Ausrufen)

Der Antrag wird unter stürmischen Beifall der Minderheit abgelehnt. Schluss der Sitzung 22 1/45 Minuten.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortw. Redakteur: 173
Karl H o n a y

Wien, am Samstag, den 10. Mai 1930 Erste Ausgabe

.....
Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche tagt am Dienstag um 10 Uhr der Wiener Stadtsenat. Der Gemeinderat tritt am Freitag um 17 Uhr zusammen.

.....
Einsichtnahme in die Hauszinssteuerfassungen. Gelegentlich der Einsichtnahme in die Hauszinssteuerfassungen des Jahres 1924 in der Magistratsabteilung 5 hat sich jüngst der Fall ereignet, dass eine Partei die Hauszinssteuerfassung, die ihr vom diensthabenden Beamten zur Einsichtnahme eingehändigt worden war, statt sie zurückzustellen, abgenommen hat. Der Magistrat muss derartigen Unzukömmlichkeiten mit aller Energie entgegentreten, weshalb die Verfügung getroffen wurde, dass in Hinkunft jedermann, der in eine Hauszinssteuerfassung Einsicht nimmt, dem Amtsorgan bei Uebergabe des gewünschten Aktes ein Personaldokument, zum Beispiel Tauf- und Geburtsschein, Heimatschein, Trauungsschein, Pass, Strassenbahn- oder Eisenbahnlegitimation, übergeben muss. Der Meldezettel genügt nicht. Das Dokument wird nach der Rückstellung der entlehnten Hauszinssteuerfassung dem Entlehner wieder zurückgegeben. Der Parteienverkehr in der Magistratsabteilung 5 findet bekanntlich Montag, Mittwoch und Freitag von 8 bis 13 Uhr statt.

.....
Nicht Auf- oder Abspringen! Jahr für Jahr führt die Unsitte des Auf- oder Abspringens bei der Strassenbahn zu schweren Unfällen. Sogar bei der Stadtbahn, bei der wegen der grösseren Geschwindigkeit die Gefahr offenkundig ist, finden sich immer wieder Menschen, die sich durch Auf- oder Abspringen in die grösste Gefahr begeben. Erst unlängst hat sich bei der Stadtbahn ein tödlicher Unfall beim Abspringen ereignet. Auch beim Autobus ist das Auf- oder Abspringen ausserordentlich gefährlich. Da sich bei jedermann darüber klar sein muss, dass durch das Auf- oder Abspringen nur ein Zeitgewinn von nur wenigen Sekunden das Leben aufs Spiel gesetzt wird, warnt die Strassenbahndirektion auf das eindringlichste vor dem Auf- oder Abspringen.

.....
Bezirksvertretung Neubau. Die nächste öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Neubau findet am Donnerstag, den 15. Mai, um 18 Uhr im Amtshaus in der Hermannsgasse statt.

.....
Warnung vor übermässigen Sonnenbädern. In der österreichischen Gesellschaft für Gesundheitspflege sprach gestern der Referent für das Bäder- und Kurortewesen im Volksgesundheitsamt, Hofrat Professor Dr. Walther Hausmann, über einige Gesichtspunkte der medizinischen Klimatologie in ihrer Beziehung zur öffentlichen Gesundheitspflege. Er besprach die medizinisch-klimatischen Aktionen des Volksgesundheitsamtes, die in erster Linie der Klimabeobachtung in unseren Kurorten und Bädern gewidmet sind. Diese Untersuchungen sollen die vorzüglichen natürlichen Heilbehelfe in Oesterreich aufzeigen, die keinen Vergleich mit anderen Alpenländern zu scheuen brauchen, und gleichzeitig eine Basis für eine wissenschaftliche Propaganda für die österreichischen Bäder und Kurorte schaffen, die auf unanfechtbaren Daten beruht. Im Laufe seiner Auseinandersetzungen betonte Professor Hausmann die grossen Schädigungen der Gesundheit durch übermässige Besonnungen. Nichts ist verkehrter als in der Niederung den unbedeckten Kopf der Sonne auszusetzen, und dies noch dazu viele Stunden lang. Abgesehen von akuten Erkrankungen sind bei übermässigen Besonnungen auch chronische Schädigungen zu erwarten, die sicher oft nach langer Zeit erst in Erscheinung treten. So sehr der moderne Licht- und Sonnenkultus zu begrüssen ist, so energisch muss vor den übermässigen Besonnungen gewarnt werden. Das gilt ganz besonders für die Kinder, die ebenso wie Erwachsene sich grundsätzlich nicht ohne entsprechende Kopfbedeckung den Sonnenstrahlen aussetzen sollen.

.....
Jubilare der Ehe. In diesen Tagen feierten die Ehepaare Johann und Marie Vejvoda, Aleis und Marie Pecha, Josef und Marie Zugschwerd, Julius und Karoline Hartmann, Ignaz und Viktoria Lana und Johann und Magdalena Drudek ihre goldene Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien amtsführender Stadtrat Lander in der Wohnung der Jubelpaare, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

.....
Spenden. Frau Franziska Kaiser hat für die Armen Wiens 2000 Schilling, die Elternvereinigung an der Volksschule in der Pfeilgasse der Schule einen Mägnen-Stutzflügel und die Elternvereinigung an der Hauptschule für Mädchen in der Schellingergasse dieser Schule ein Epidiaskop gesendet. Bürgermeister Seitz hat in der Freitagsitzung des Gemeinderates den Spendern den Dank ausgesprochen.

Schüler stellen aus....Bürgermeister Seitz über die Schulreform-Ausstellung der Handfertigungsarbeiten von Knabenhauptschülern.

Heute vormittags eröffnete Bürgermeister Seitz eine sehr interessante Ausstellung. Die Schüler der Wiener Hauptschulen haben in den Räumen des Stadtschulratsgebäudes Arbeiten ausgestellt, die sie während ihres Handfertigungs- und Werkstättenunterrichts in den Schulen angefertigt haben.

Natürlich ist aus der Fülle der Arbeiten, die in den 1052 Arbeitsgruppen für den Handarbeitsunterricht der Knaben hergestellt werden, nur eine Auswahl ausgestellt. Trotzdem ist in dieser Ausstellung nicht bloss eine Auswahl der besten Arbeiten zu sehen; um einen wirklichen Ueberblick über die erzieherische Wirkung und den Wert dieses Unterrichts für die Geschicklichkeit zu geben, ist vielmehr die Ausstellung von allen Wiener Knaben-Hauptschulen gleichmässig beschickt worden; absichtlich sind neben sehr guten auch weniger gute Arbeitsstücke ausgestellt.

Das Bild der Ausstellung ist ein sehr farbiges und freudiges. Von den Zehnjährigen sind Papierschnitte, Buchverzierungen, Stempeldrucke, Legespiele und einfache Holzarbeiten zu sehen, von den Elf- und Zwölfjährigen Schmuckpapiere, Schablonen, Transparente, Linoldrucke, Bucheinbände, ja sogar ein Schachspiel mit Figuren, die nach eigenen Entwürfen aus Laubsägeholz geschnitten wurden. Die Arbeiten der Zwölf- bis Vierzehnjährigen sind noch mannigfaltiger, schwieriger und vollendeter. Sie haben sehr hübsche Mappen, Albums, einfach gebundene Bücher, Wandstellagen, Spiele, Schubschachteln, aber auch Metallarbeiten, und zwar genietetete Schachteln, Kerzenleuchter, Türschilder und dergleichen hergestellt. Sogar Gipsschnitte, Plastiken und Radierungen werden gezeigt. Daneben finden sich Reihen von gedrechselten Garnituren, Einlegearbeiten und Metalltreibarbeiten. So gibt die ganze Ausstellung eine Uebersicht über die vielen Zweige der Werkstätten- und Handfertigungsarbeit, die von allen Knaben ohne fremde Hilfe in den vorzüglich eingerichteten Schulwerkstätten der Gemeinde geleistet wird.

Der Eröffnung, die sich zu einer kleinen Feier gestaltete, wohnten ausser Bürgermeister Seitz, Vizebürgermeister Hoss, den Stadträten Breitner und Tandler, Sektionschef Dr. Vetter und Hofrat Washuber, viele Gemeinderäte und die Funktionäre des Stadtschulrates bei. Ausserdem waren zur Eröffnung auch eine Reihe von Lehrern aus Mähren und von der Arbeitsgemeinschaft Villach eingeladen, die zur Zeit das Wiener Schulwesen studieren.

Nachdem der geschäftsführende Präsident des Stadtschulrates Glöckel den Bürgermeister und die Gäste begrüsst hatte, dankte er vor allem den Lehrern, die in aufopfernder Pflichttreue die Schulreform auf einer so breiten Basis wie in keinem anderen Land durchgeführt haben. "Ihrer emsigen Versuchsarbeit und ihrem engen Zusammenwirken mit dem Eltern der Schüler", sagte Präsident Glöckel, "ist es zu danken, dass in den zehn Jahren unserer Schulreform eine Arbeit geleistet werden konnte, die auf das Schulwesen der ganzen Republik, ja darüber hinaus auf das Schulwesen anderer Länder und Nationen befruchtend wirkte. Unsere Schule hat sich aus der früheren Lernschule, die nur das Gedächtnis zu pflegen hatte, zu einer Schule entwickelt, die der harmonischen Ausbildung aller Fähigkeiten des Schülers dient. Die Einführung des Handarbeits- und Werkstättenunterrichtes für Knaben hat die intellektuelle mit der manuellen Bildung enge verbunden; neben Bleistift, Zeichenheft und Atlas sind Hammer, Zange, Hobelbank und Drehbank getreten. Das bedeutet, dass in zehn bis fünfzehn Jahren jeder aus einer Wiener Schule hervorgegangene Mann, sei er nun Advokat, Priester, Lehrer oder Beamter in seiner Jugend einmal an der Drehbank gestanden hat." Präsident Glöckel dankte dann der Gemeinde-Wien für die reichen Mittel, die sie für diese wertvolle Arbeit der Wiener Schule zur Verfügung gestellt hat, und ersuchte den Bürgermeister die Ausstellung zu eröffnen.

"Die Funktionäre der Gemeindeverwaltung", sagte der Bürgermeister, "sind gerne gekommen, um sich vom Fortschritt unseres Wiener Schulwesens zu überzeugen. Wir bedürfen auch dieser Ueberzeugung. Es ist kein Zufall, dass mit mir auch der Finanzreferent der Gemeinde zu dieser Eröffnung gekommen ist. Die moderne Führung unserer Wiener Schulen erfordert ja grosse Beträge. Bei den vielen Angriffen, die jetzt gegen die Steuergesbarung der Stadt Wien gemacht werden, sind die Verwalter der Gemeinde besonders verpflichtet, die Verwendung der Steuergelder immer wieder zu prüfen. Die Einsicht, die wir hier in das Getriebe und in die Leistungen des Wiener Schulwesens für das Volksganze gewinnen, soll uns in unserer Arbeit, aber auch in unserer Ansicht bestärken, dass die Beträge die die Gemeinde für das Wiener Schulwesen auswirft, gut angelegt sind, zum Nutzen unserer Jugend und damit zum Nutzen des ganzen Volkes. Die Stadt Wien dankt ihren Lehrern, dass sie sich so rasch in die neue Schule eingelebt und so wertvolle Erziehungsarbeit geleistet haben. Was wir vor allem an der neuen Schule begrüßen, das ist ihre Arbeit für das gesellschaftliche, das soziale Empfinden des Kindes. Der grosse Gedanke dieses Handfertigkeitunterrichtes, mit der intellektuellen auch die manuelle Bildung zu verbinden, ist in Verbindung mit dem Sport ein ungeheurer Fortschritt, der einen Ausblick auf eine neue Zukunft eröffnet, auf ein Ziel, das wir alle ohne Unterschied der Partei und der Weltanschauung anstreben: Die Art Mensch auf eine höhere Stufe zu heben, harmonisch gebildete Menschen zu allen Schönheiten des Lebens zu führen. Die Jugend, die aus dieser Schule hervorgeht, wird gebildeter, reifer und harmonisch entwickelter, wird besser für das Leben gerüstet sein, als wir es einmal waren. Im Geiste dieser neuen Zukunft sei die Ausstellung eröffnet. (Lebhafter Beifall).

Die Gäste der Eröffnungsfeier besichtigten sodann die beiden Ausstellungen, die im Stadtschulratsgebäude an jedem Wochentag bis 4 Uhr nachmittags besucht werden können.

Gemeindefreiplätze an der Hochschule für Welthandel in Wien. Für das Studienjahr 1930/1931 werden fünf Freiplätze an Hörer der ersten zwei Semester der Hochschule für Welthandel in Wien verliehen. Zur Bewerbung sind in Wien heimatberechtigte bedürftige Absolventen der Gymnasien, Realschulen und Staatsgewerbeschulen berufen, die die Reifeprüfung mit Erfolg abgelegt haben und ein tadelloses sittliches Betragen aufweisen. Die an den Wiener Magistrat, Abteilung 8, zu richtenden Gesuche sind in der Zeit vom 1. bis einschliesslich 8. Juli d. J. bei der Hochschule für Welthandel, XIX., Felix Mottlstrasse 1c, einzureichen. Den Gesuchen sind der Geburts-, Tauf- und Heimatschein, ein Mittellosigkeitszeugnis, aus dem die Erwerbs-, Vermögens- und Familienverhältnisse des Gesuchwerbers und seiner unterhaltspflichtigen Angehörigen, insbesondere auch der allfällige Genuss von Stipendien oder Freiplätzen des Bewerbers oder seiner Geschwister zu ersehen sind, fernervdie letzten Studienzeugnisse und das Zeugnis über die Reifeprüfung anzuschliessen.

Wien, am Montag, den 12. Mai 1930

Rasches Fortschreiten des Baues der Augartenbrücke. Bekanntlich wurde im August vorigen Jahres der Bau der neuen Augartenbrücke in Angriff genommen. Das günstige Bauwetter und die günstigen Wasserstände im Donaukanal machten die Beschäftigung einer möglichst grossen Zahl von Arbeitern möglich, so dass der Brückenbau bisher rasch vorwärts schreiten konnte. Nach Errichtung der beiden Landwiderlager wurden zunächst vier Chaissons bis auf den tragfähigen Grund abgesenkt und gleich darauf die Tragpfeiler aufgeführt. Diese Arbeiten wurden bis Ende April fertig gestellt. Nunmehr wird das Gerüst zur Aufstellung des eisernen Brückentragwerkes, das bereits seit Jahresbeginn in den Werkstätten zur Aufstellung vorbereitet wird, errichtet. Die Gerüstaufstellung wird sehr bald beendet sein, da schon bei der Einrüstung zum Abbruch der alten Brücke auf das für die Aufstellung der neuen Brücke notwendige Gerüst Rücksicht genommen worden ist. Sobald das Gerüst fertig aufgestellt ist, wird mit der Montage des eisernen Brückentragwerkes begonnen. Nach deren Vervollständigung werden dann die Brückenfahrbahn und Gehwege sowie die Anschlussstrassen hergestellt. Wie das Stadtbauamt mitteilt, dürfte es bei günstigem Bauwetter möglich sein, die neue Augartenbrücke schon im Spätherbst dem Verkehr zu übergeben.

Ergebnis der Strassensammlung für das Wiener Jugendhilfswerk. Die am Samstag und Sonntag veranstaltete Sammlung für das Wiener Jugendhilfswerk hatte ein Ergebnis von über 65.000 Schilling, das sind um 5000 Schilling mehr als im Vorjahr. Den grössten Betrag brachte Meidling mit 7000 Schilling auf, dann folgen Favoriten mit 4800, die Innere Stadt mit 4700, Hernals mit 3900, Fünfhaus mit 3500, Brigittenau, Landstrasse und Alsergrund mit je 3400, Hietzing und Ottakring mit je 3300, Währing und die Leopoldstadt mit je 3100, Margareten mit 2400, Neubau, Döbling, Wieden und Mariahilf mit je 2100, die Josefstadt mit 1800 und Floridsdorf mit 1500 Schilling.

Die Schülerarbeitenausstellung beim Stadtschulrat. Die Ausstellung im Gebäude des Wiener Stadtschulrates I., Burgring 9, die eine Sammlung ausserordentlich interessanter Schülerarbeiten aus dem Handarbeitsunterricht für Knaben vorführt, ist bei freiem Eintritt täglich von 8 bis 18 Uhr zu besichtigen.

Wien, am Montag, den 12. Mai 1930 Zweite Ausgabe

Starke Zunahme der Schülerreisen nach Wien. Wie in den Vorjahren, veranstalten auch heuer zahlreiche Lehranstalten der Bundesländer und insbesondere des Auslandes Schülerreisen nach Wien. Die Gäste werden bekanntlich in der städtischen Schülerherberge in der Unteren Augartenstrasse bequartiert und verköstigt. Mit Beginn der Reisezeit haben heuer die Schülerreisen nach Wien bedeutend zugenommen. So hatte in den letzten fünf Wochen die Schülerherberge nicht weniger als 851 Gäste. Darunter befanden sich grössere Gruppen von Laibacher Hochschülern, Belgrader Lehramtskandidatinnen, Budapestischer Gymnasiasten und Handelsschülern, Hörern der evangelisch theologischen Fakultät der Universität Sopron, Pfadfindern aus St. Gallen und Gymnasiasten, Lehramtskandidaten, Maschinenbauschülern, Haushaltungsschülerinnen und Volksschülern aus Graz, Knittelfeld, Linz und Klagenfurt. Mitte April weilten auch 331 Mitglieder des mährischen Zentrallehrervereines in Wien, um die Schulreform zu studieren.

Aus der Tätigkeit des Wiener Berufsberatungsamtes. Im vergangenen Februar haben 1786 Parteien, darunter 553 zum erstenmal beim Wiener Berufsberatungsamt vorgesprochen. Auf Grund dieser Vorsprachen erfolgten 885 Beratungen; ferner wurden 614 ärztliche Untersuchungen und 162 psychotechnische Prüfungen vorgenommen. Ansuchen um Lehrstellen wurden im Februar 3952 eingebracht, denen aber nur 1716 offene Lehrstellen gegenüberstanden. Davon wurden 167 vermittelt.

Für die berufstätige Frau. Die Frauengewerbeschule der Stadt Wien, V., Margaretenstrasse 132, die mit Oeffentlichkeits- und Meisterprüfungsrecht ausgestattet ist, bereitet die Mädchen für den Beruf der Weiss- und Kleidernäherin vor und vermittelt überdies ihren Schülerinnen Kenntnisse in der modernen Werktechnik, in modernen Sprachen sowie in verschiedenen Handfertigkeiten und Handarbeiten. Einschreibungen für das neue Schuljahr finden schon jetzt täglich von 8 bis 14 Uhr in der Schulkanzlei statt.

Bezirksvertretung Leopoldstadt. Die nächste Plenarsitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt findet am Samstag, den 17. Mai, um 18 Uhr statt.

Wien, am Dienstag, den 13. Mai 1930

.....

Die Gemeindebeiträge für Hausreparaturen.

Wichtige Mitteilungen des Magistrates.

Bekanntlich gewährt die Gemeinde Wien auf Grund eines Gemeinderatsbeschlusses unter bestimmten Voraussetzungen jenen Mietparteien, deren Mietzinse über das Viertausendfache des Friedens hinausgehen, Zuschüsse. Bisher hat der Magistrat 6.752 Parteien in 841 Häusern monatliche Beiträge von zusammen 28.368 Schilling bewilligt. Der Gesamtbetrag macht für ein Jahr 291.133 Schilling aus.

Wie nun der Magistrat mitteilt, wird jenen Mietern, denen ein monatlicher Beitrag bis 31. Juli 1930 zuerkannt wurde, der Beitrag auf ein weiteres Jahr, das ist bis 31. Juli 1931 bewilligt, ohne dass ein neuerliches Ansuchen erforderlich ist. Dies jedoch nur unter der Voraussetzung, dass der zu zahlende Mietzins bis 31. Juli 1931 unverändert bleibt und auch schon in der Zeit vom 1. August 1929 bis 31. Juli 1930 keine Veränderung erfahren hat.

Sollte das Vielfache des Friedenszinses neuerlich erhöht worden sein, so ist die betreffende Entscheidung der Schlichtungsstelle beziehungsweise der Mietkommission dem Ansuchen, das in diesem Fall erforderlich ist, anzuschliessen.

Die vorgeschriebenen, ordnungsgemäss ausgefüllten und eigenhändig unterschriebenen Fragebögen sind bei der Magistratsabteilung 17/II, I., Bartensteingasse 7, II. Stock, Zimmer 14 einzureichen. Diese Fragebögen sind bei den magistratischen Bezirksämtern erhältlich.

Um eine zeitgerechte Erledigung der Ansuchen zu ermöglichen, ergeht an alle Mieter, die um einen Beitrag ansuchen, die Aufforderung, die richtigen Fragebögen zu verwenden (grüne für Wohnungen bis 720 Kronen Jahresfriedenszins, gelbe über 720 Kronen Jahresfriedenszins und graue für Geschäftslokale), wobei alle in Betracht kommenden Mieter eines und desselben Hauses zusammen und nicht grupperweise oder vereinzelt einzureichen haben.

Die Entscheidungen der Schlichtungsstelle oder der Mietkommission sind im Original oder in beglaubigter Abschrift anzuschliessen. Insbesondere sind die Rubriken bezüglich des Einkommens und der Steuerleistung richtig auszufüllen.

Unrichtige Angaben können die sofortige Einstellung des eventuell bereits gewährten Zuschusses sowie auch gesetzliche Ahndung nach sich ziehen.

Für den Fall, dass die Erhöhung des Vielfachen durch eine freie Vereinbarung der Mieter und des Hauseigentümers zustande kam, sind diese sowie die bezug habenden Rechnungen dem Ansuchen zwecks Ueberprüfung beizuschliessen. Die Ansuchen werden nach der Reihenfolge des Einlangens in Behandlung genommen.

Unvollständige, nicht oder mangelhaft belegte Ansuchen können nicht in Behandlung genommen, sondern müssen den Einschreitern zur Ergänzung zurückgestellt werden. Die sich dadurch ergebende Verzögerung in der Erledigung oder die allfällige Abweisung des Ansuchens fällt dann den Parteien selbst zur Last.

Die rechtzeitige Einreichung der Ansuchen empfiehlt sich deshalb, weil die Beiträge in Hinkunft nur mehr von dem auf die Einreichung folgenden Monatsersten, also nicht mehr rückwirkend bewilligt werden.

Änderungen in den Mietverhältnissen (Ende des Mietverhältnisses durch Tausch, Kündigung, Wegzug) sind ohne Aufforderung sofort dem Magistrat bekanntzugeben, weil die Parteien für jeden durch diese Unterlassung der Gemeinde entstehenden Schadens haftbar gemacht werden.

Eine neue Gartenanlage. Im Laufe des heurigen Sommers wird auf dem Kopalplatz eine kleine Gartenanlage errichtet werden. Damit wird der Platz zwischen dem Heeresministerium und der Kunstgewerbeschule ein freundlicheres Aussehen erhalten; gleichzeitig werden damit die beiden dreieckigen, sandbestreuten Flächen zwischen den Gebäuden und der Fahrbahn verschwinden. Geplant ist eine eingefriedete Rasenanlage mit Gehölzpflanzen, Büschen und Bäumen, die an der Wienflusseite eingesetzt werden. Da auch Sitzgelegenheiten vorgesehen sind, wird die kleine Anlage zwischen den schönen Gebäuden mitten in der Stadt sicherlich gerne zur Rast benützt werden. Die Kosten der Anlage, die 29.000 Schilling betragen, sind vom Gemeinderatsausschuss bereits genehmigt worden. Mit der Errichtung der Anlage wird auch eine Verbreiterung der Fahrbahn vorgenommen werden. Die gärtnerischen Arbeiten werden von der Fachstelle für Gartenwesen durchgeführt.

Ueber 18.000 Mutterberatungen im Februar. Die Institution der Mutterberatung wird sehr in Anspruch genommen. So wurden im Februar bei den städtischen Mutterberatungsstellen 18.430 Beratungen durchgeführt. 1766 Mütter erschienen zum erstenmal zur Mutterberatung. Im Entbindungsheim der Stadt Wien haben im Februar 168 Frauen Aufnahme gefunden und 152 von ihnen entbunden.

Bezirksvertretung Wieden. Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Wieden findet am Dienstag, den 20. Mai um 16'30 Uhr im Gemeindehaus statt.

Baupläne für viertausend Wohnungen.Eine neue Stadt in der Brigittenau.

Die Architekturabteilung des Wiener Stadtbauamtes hat in den letzten Monaten eine ungeheure Arbeitsleistung vollbracht. Es wurde eine grosse Zahl von Bauvorhaben mit den Privatarchitekten besprochen und als Frucht dieser Arbeit konnte amtsführender Stadtrat Weber der heutigen Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Wohnungswesen die Baupläne für nicht weniger als rund viertausend Wohnungen vorlegen. Seit Beginn der kommunalen Wohnbautätigkeit hat die Gemeinde noch niemals derart umfangreiche Bauprojekte beschlossen. Die Baupläne werden bereits der nächsten Sitzung des Gemeinderates vorgelegt werden, worauf sofort mit der Durchführung begonnen wird.

An erster Stelle steht die Verbauung eines 118.000 Quadratmeter grossen Areals auf dem Engelsplatz in der Brigittenau. Obwohl die Gemeinde davon nur 28 Prozent verbaut, also 72 Prozent der Baufläche für Gartenanlagen und Gartenhöfe verbleiben, werden dort rund 2200 Wohnungen geschaffen. Die Verbauungsstudie und die Entwürfe hat Architekt Perco ausgearbeitet. Die Durchführung der Riesenwohnhausanlage ist auf drei Jahre berechnet. In der heutigen Sitzung wurden bereits die Baupläne für den ersten Teil, der 629 Wohnungen umfasst, genehmigt. Die gesamten Baukosten sind mit 37 Millionen Schilling veranschlagt. Der Wohnbau ist die grösste bis jetzt von der Gemeinde ausgeführte Anlage. Erwähnenswert sind insbesondere auch die technischen Einrichtungen, wobei vor allem hervorgehoben werden muss, dass die grosse Zentralwäscherei durch eine Dampf-fernleitung betrieben wird.

Ferner hat der Ausschuss noch die Entwürfe der Architekten für 1635 Wohnungen genehmigt. Darunter befindet sich ein grosser Wohnhausbau in Favoriten am Laaerberg mit 774 Wohnungen; die Baupläne stammen aus dem Architekturbüro des Stadtbauamtes, das auch den ebenfalls genehmigten Entwurf einer Wohnhausanlage in der Laxenburgerstrasse 98 mit 144 Wohnungen ausgearbeitet hat. Ein kleinerer Wohnbau mit 42 Wohnungen wird bei der Spinnerin am Kreuz errichtet; die Pläne hat Architekt Krist geliefert. In Margareten wird in der Einsiedlergasse ein Wohnbau aufgeführt, der 92 Wohnungen enthält. Die Baupläne haben die Architekten Schmid und Aichinger entworfen. Eine 358^x umfassende Wohnhausanlage wird in der Leopoldstadt, Engerthstrasse-Sturgasse-Vorgartenstrasse nach den Plänen der Architekten Hahn errichtet. In Meidling werden zwei kleinere Plätze verbaut; in der Zeleborgasse wird nach dem Entwurf des Architekten Otto Bauer ein Haus mit 17 Wohnungen und in der Defreggergasse ein Haus mit 48 Wohnungen nach den Plänen des Architekten Reiter gebaut werden. Schliesslich wurden noch die Bauentwürfe der Architekten Raschka für ein Wohnhaus in Hietzing, Rupertgasse, mit 33 Wohnungen, und Kamel für eine Anlage in Rudolfsheim, Diefenbachgasse, mit 127 Wohnungen, genehmigt. Der Ausschuss hat zugestimmt, dass ausserdem die Planskizzen für 1969 städtische Wohnungen von privaten Architekten genehmigt und der Auftrag zur Projektverfassung erteilt werde. Diese Bauvorhaben verteilen sich auf nahezu alle Wiener Bezirke

x Wohnungen

Wien, am Mittwoch, den 14. Mai 1930

Der schönste Kindergarten der Welt.Pressebesichtigung des städtischen Kindergartens Sandleiten.

Vertreter der Wiener und auswärtigen Presse besichtigten heute unter Führung des amtsführenden Stadtrates Professor Dr. Tandler den zur Wohnhausanlage Sandleiten in Ottakring gehörigen städtischen Kindergarten. Die neue Anstalt ist ein ganz moderner Bau von eigenartiger architektonischer Schönheit. Dem Kindergarten, der für 250 Kinder eingerichtet ist, haftet gar nichts Fürsorgemässiges an; das neue Heim ist ein wirkliches Reich der Kinder, das Architekt Erich Leischner vom Wiener Stadtbauamt geschaffen hat.

Den Kindern stehen Spielsäle, Beschäftigungszimmer, die für den Montessoribetrieb eingerichtet sind, Lehrwerkstätten, Liegehallen, Bäder und ein grosser Spielpark zur Verfügung. Die Inneneinrichtung des Kindergartens, der bereits in Betrieb ist, ist ganz dem kindlichen Fühlen angepasst, seiner Art, sich zu geben, mit einem Wort: dem Leben und Treiben des Kindes. Die Wände der Innenräume sind mit allerlei Fresken und Malereien geschmückt. Die Fresken stammen von akademischen Bildhauer Artur Brusnbauch, die Malereien haben zehnjährige Mädchen der Schantrockklassen des Pädagogischen Institutes der Stadt Wien ausgeführt.

In der Begrüssungsansprache verwies Stadtrat Professor Dr. Tandler auf die Notwendigkeit der Schaffung von Kindergärten. Fürsorge und Pädagogik verlangen gleichzeitig den Ausbau und die Vermehrung der Kindergärten. Auch die Erkenntnis der modernen Psychologie, die die Bedeutung der ersten Lebensjahre für die Entwicklung jedes Menschen aufzeigt, hat die Gemeinde bewogen, in den letzten zehn Jahren die Kindergärten in grosszügiger Weise auszubauen. Ende 1918 gab es in Wien 57 Kindergärten mit 145 Abteilungen, 185 Kindergruppen und 98 Wartepersonen. Heute sind 103 Kindergärten mit 319 Abteilungen, 500 Kindergruppen und 228 Wartepersonen in Betrieb. Aber nicht nur eine Vermehrung der Anstalten war notwendig, es musste auch eine umfassende Ausgestaltung der Kindergärten in Angriff genommen werden. Früher gab es in den Kindergärten grosse Schulwandtafeln, eine Treppe mit dem Schreibtisch für die Kindergärtnerin, die Kinder sassen zu dritt und zu fünf in Schulbänken, die in Reihen aufgestellt waren, kurz die Kindergärten von früher waren Schulklassen im Kleinen. Das alles wurde gründlich verändert. Tische und Sessel verdrängten die Schulbänke, alle Möbelstücke wurden in für die Kinder passenden Grössenverhältnissen angeschafft, Blumentische, niedrige Spielschränke, Spielmatte und an Stelle des früheren Blechgeschirrs ein nett ausgestattetes Steingutgeschirr, alles das verwandelte das öde Klassenzimmer von einst in ein nunmehr gemütliches Kinderheim, das schon durch sein Dasein erzieherisch auf die Kinder wirkt.

Während vor dem Kriege die städtischen Kindergärten fast alle nur von 9 bis 12 Uhr und von 2 bis 4 Uhr geöffnet waren, wurden nun fast alle Kindergärten in Volkskindergärten mit Ausspeisung und ärztlicher Beobachtung umgewandelt, die täglich ohne Unterbrechung von 7 Uhr früh bis 6 Uhr abends geöffnet sind, um den werktätigen Müttern die Möglichkeit zu geben, ihre Kinder in den Kindergärten bringen zu können. Aus rein volkserzieherischen Gründen ist für den Besuch des Kindergartens ein Besuchsgeld von zehn Groschen wöchentlich vorgeschrieben. Das Frühstück wird mit täglich 11 und das Mittagessen mit täglich 52 Groschen berechnet. Das zuständige Bezirksjugendamt ist dabei immer in der Lage, im Bedarfsfalle Ermässigungen und Befreiungen zu gewähren. So sind von den nahezu 10.000 in den städtischen Kindergärten eingeschriebenen Kindern 13 Prozent Vollzahler, 7 Prozent Halbzahler und 13 Prozent Viertelzahler. 67 Prozent sind von jeder Zahlung für die Ausspeisung befreit. Der Nährwert der Mahlzeiten wird durch das physiologische Institut der Wiener Universität überprüft.

Hand in Hand mit dem organisatorischen Umbau der Kindergärten ging die Reform der pädagogischen Arbeit. An Stelle der schulmässigen Einteilung der Kinder nach Altersstufen in Unter-, Mittel- und Oberabteilung trat die "Familienabteilung". Jetzt sind die Kinder von 2 bis 6 Jahren in jeder Abteilung, weil dadurch die gegenseitige Beeinflussung und Erziehung stark gefördert wird. In eigenen Versuchs- und Hospitierkindergärten werden immer neue Arbeitsmethoden erprobt, die dann an allen Anstalten angewendet werden. In diesem Schuljahr zum Beispiel wurden eigene Werkstätten versuchsweise eingerichtet, um die Kinder mit technischen Arbeiten vertraut zu machen. Ständig werden auch einzelne Montessoriabteilungen geführt, um diese Methode in Verbindung mit der anderen Arbeit zu bringen.

Wien hat heute unter allen Grosstädten der Welt die meisten öffentlichen Kindergärten. Technisch und pädagogisch sind diese Anstalten als mustergültig zu bezeichnen. Für ihre Leistung spricht am besten die Tatsache,

dass trotz aller Vermehrung in vielen Anstalten Platzmangel herrscht. Die Eltern haben Vertrauen zu diesen Erziehungsanstalten gewonnen und wollen ihre Kleinen der Gemeinde anvertrauen.

Während des Rundganges durch den vorbildlich eingerichteten Kindergarten, bei dem die Kinder beim Spielen und Essen beobachtet werden konnten, äusserten sich die Gäste wiederholt in sehr anerkennenden Worten über das Gesehene. Nach allgemeiner Auffassung wird der neue Kindergarten Sandeilen als der schönste Kindergarten der Welt bezeichnet.

Bürgermeister Seitz wird morgen Donnerstag um 11 Uhr vormittags die feierliche Eröffnung des Kindergartens vornehmen.

Neue Autobuslinien.

Zur Ausgestaltung der Wiener Autobuslinien hat der Gemeinderatsausschuss auf Grund einer Ermächtigung des Gemeinderates beschlossen, den Verkehr auf der eine zeitlang eingestellt gewesenen Autobuslinie 5 mit Montag, den 19. Mai wieder aufzunehmen. Die Linie, die früher von Floridsdorf am Spitz nur bis zur Nordwestbahn reichte, wird bis zum Stephansplatz verlängert. Sie führt also jetzt von Floridsdorf am Spitz über die Floridsdorfer Hauptstrasse-Floridsdorfer Brücke, Engelsplatz-Marchfeldstrasse-Hochstädtplatz-Dresdnerstrasse-Taborstrasse-Gredlerstrasse-Marienbrücke-Rotenturmstrasse zum Stephansplatz.

Auf dieser Linie werden neue Wagen verkehren, und zwar eine kleine Autobustype mit nur 12 Sitz- und 8 Stehplätzen. Die grosse Geschwindigkeit dieses Wagens ermöglicht es, die fast 7 Kilometer lange Strecke Floridsdorf am Spitz-Stephansplatz in 18 Minuten zurückzulegen. Die Fahrt auf der gleichen Strecke mit der Strassenbahn bis zum Schwedenplatz und von dort mit dem Autobus bis zum Stephansplatz dauert ohne Umsteigezeiten 28 Minuten. Die neue Autobuslinie wird also den Verkehr auf dieser Strecke wesentlich verbessern. Für die Fahrpreisbemessung zerfällt die ganze Strecke in 7 Teilstrecken. Eine Fahrt von Floridsdorf am Spitz bis zum Stephansplatz kostet fünfzig Groschen; der Fahrschein berechtigt aber auch die Weiterbenützung der Strassenbahn oder Stadtbahn.

Ausser dieser neuen Autobuslinie wurde auch beschlossen, an schönen Sonn- und Feiertagen nachmittags einen Autobussonderverkehr Schwedenplatz bis Volksprater (Lustspieltheater) und eine Linie Nussdorferstrasse-Grinzing zu führen. Mit den Autobuslinien wird bezweckt, den Besuchern des Volkspraters und den Ausflüglern nach Grinzing in beiden Fahrtrichtungen einen raschen und bequemen Anschluss an die Stadtbahn zu ermöglichen, ohne dass die Strassenbahn mitbenützt werden muss. Der Fahrpreis für die Fahrt auf einer der beiden Strecken beträgt dreissig Groschen, natürlich werden aber auch Fünfzig-Groschen-Fahrschein ausgegeben, die zur Mitbenützung der Strassenbahn oder Stadtbahn berechtigen. Die Strassenbahnschaffner werden über den Verkehr der beiden Autobuslinien jeweils unterrichtet sein und Auskünfte erteilen können.

Ueber Anregungen aus dem Publikum wird die Nachtautobuslinie Praterstern-Südtirolerplatz versuchsweise nach Favoriten zum Kepplerplatz geführt werden.

Ablenkung des Bahnhofrundverkehrs. In der Nacht von Montag auf Dienstag wird die Bahnhofrundlinie wegen Arbeiten auf dem Margaretengürtel vom Mariahilfsgürtel über die Gumpendorferstrasse-Reinprechtsdorferstrasse zum Matzleinsdorfer Platz geführt. Die Ablenkung gilt für beide Fahrtrichtungen.

Kein Trinkgeld bei Leichenbegängnissen. Dem Magistrat kommen wiederholt Klagen darüber zu, dass von den Trauergästen bei Leichenbegängnissen in den städtischen Friedhöfen Trinkgelder verlangt werden. Hiezu wird festgestellt, dass es sich in allen Fällen um Bedienstete von privaten Leichenbestattungen handelt. Es wird ausdrücklich aufmerksam gemacht, dass weder ein Angestellter der städtischen Leichenbestattungsunternehmung, noch ein städtischer Friedhofsbediensteter Trinkgelder annehmen darf.

Bezirksvertretung Simmering. Die nächste Plenarsitzung der Bezirksvertretung Simmering findet am Mittwoch, den 21. Mai, um halb 6 Uhr nachmittags statt.

Umwandlung beziehungsweise Ausgestaltung einzelner Wiener Mittelschulen.

Vom Stadtschulrat für Wien wird amtlich verlautbart:

Das Bundesministerium für Unterricht hat in der Frage der Ausgestaltung der Wiener Bundesmittelschulen mit Erlässen vom 22. März und 8. Mai d. J. folgende Anordnungen getroffen, die beginnend mit den 1. Klassen des Schuljahres 1930/31, allmählich in Wirksamkeit treten:

1. Das Bundesgymnasium im VII. Bezirk wird in ein Realgymnasium der Form A /: mit Latein von der zweiten Klasse an:/ umgewandelt.

2. Am Bundesgymnasium im I. Bezirk und am Bundesgymnasium im XVIII. Bezirk, die im übrigen als humanistische Gymnasien erhalten bleiben, können realgymnasiale Parallelklassen der Form A (mit grundständigem Latein) eingerichtet werden, wenn Schüler, die einen solchen Bildungsgang anstreben, an den Realgymnasien der genannten Bezirke wegen Platzmangels nicht mehr aufgenommen werden können.

3. Am Bundesrealgymnasium im XXI. Bezirk werden wie bisher grundständiges Latein und grundständige moderne Fremdsprache nebeneinander gelehrt.

4. An der Bundesrealschule im XI. Bezirk werden, eine entsprechende Zahl der Schüler vorausgesetzt, realgymnasiale Parallelklassen der Form A (mit grundständigem Latein) geführt.

5. Die Bundesrealschule und das Bundesreformrealgymnasium im VIII. Bezirk wird als Realgymnasium mit grundständiger moderner Fremdsprache weitergeführt, während die Realschule ausläuft. Die gleiche Verfügung wird für die Bundesrealschule im XX. Bezirk getroffen.

6. An den Bundesrealschulen im V. und im XVI. Bezirk, an denen eine grosse Anzahl von Mädchen studiert, wird, die entsprechende Anzahl von Schülerinnen vorausgesetzt, auf der Oberstufe die Führung von realgymnasialen Mädchenklassen mit grundständiger moderner Fremdsprache (Form C) gestattet. Eine ähnliche Massnahme wird auch für die Realschule im X. Bezirk in Erwägung gezogen werden, wenn durch mehrere Jahre eine entsprechend hohe Schülerinnenzahl die Bildung solcher Klassen gewährleistet.

...
Zu der Verlautbarung des Stadtschulrates über die Umwandlung beziehungsweise Ausgestaltung einzelner Wiener Bundesmittelschulen erfahren wir von fachmännischer Seite:

Die Neuregelung des Mittelschulwesens durch das Mittelschulgesetz vom Jahre 1927 hat insbesondere dem Realgymnasium reiche Entfaltungsmöglichkeiten eröffnet. Neben die alte Form mit grundständigem Latein (2., 3., 4. Klasse) /: Realgymnasium Form A:/ trat das Realgymnasium mit grundständiger moderner Fremdsprache, bei dem das Lateinische erst in der fünften Klasse hinzutritt. In diesem Realgymnasium mit grundständiger moderner Fremdsprache kann in der 7. und 8. Klasse darstellende Geometrie gelehrt /: Realgymnasium Form B:/ oder dafür der fremdsprachliche Unterricht erweitert erteilt werden /: Realgymnasium Form C:/

Das grosse Interesse, das sich in der Bevölkerung für das Realgymnasium, insbesondere für seine beiden modernen Formen bekannt gibt, hat dazu geführt, dass von den 31 Wiener Bundesgymnasien und Bundesrealschulen insgesamt 18 an die Schulbehörden mit dem Ersuchen herangetreten sind, ihnen einen realgymnasialen Zweig anzugliedern oder sie völlig in Realgymnasien umzuwandeln. Die heute veröffentlichte Entscheidung des Unterrichtsministeriums zeigt, dass das Ministerium diesen Anträgen zunächst eher zögernd und zurückhaltend gegenüber gestanden ist. Die Zukunft wird zeigen müssen, auf wie lange dieser erste Schritt die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen vermag.

Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, dass nicht nur das jetzt zur Umwandlung bestimmte Bundesgymnasium im VII. Bezirk, sondern auch eine ganze Reihe anderer humanistischer Gymnasien heute so schwach besucht sind, dass sich ihre Aufrechterhaltung in der überliefernden Form auf die Dauer wohl weder finanz- noch bildungspolitisch wird rechtfertigen lassen. Auf der anderen Seite ist es für die weitesten Kreise der Bevölkerung sehr wertvoll, die Entscheidung über die künftige Berufsbahn ihrer Kinder bis nach vollendetem 14. Lebensjahr aufschieben zu können, so dass das Realgymnasium mit grundständiger moderner Fremdsprache, das in seiner Unterstufe mit der Unterrealschule völlig identisch ist, sicher noch eine grosse Zukunft vor sich hat. Das Realgymnasium Form B ist ja von vornherein für Knaben und Mädchen in gleicher Weise bestimmt, aber auch das Realgymnasium Form C, das nach Absicht des Gesetzgebers der normale Typus für Mädchen sein soll, wird den Bedürfnissen auch der Knabenbildung mannigfach dienen, da es den Weg zur Universität in gleicher Weise eröffnet wie das Realgymnasium mit grundständigem Lateinunterricht. Werden an einzelnen Wiener Anstalten jetzt nach dem Typus des Realgymnasiums C zunächst Mädchenklassen eröffnet, so wird wohl ernstlich nicht daran gedacht werden können, individuellen Aufnahmesuchen von Knaben in diese Klassen wohlwollende Prüfung und Berücksichtigung zu versagen. Es wird hierbei wohl grundsätzlich das gleiche Entgegenkommen gezeigt werden, wie bei den Ansuchen von Mädchen um Aufnahme in Knabenklassen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Wien, I., Neues Rathaus.

Fernsprecher A 23-500

Schr geehrter Herr Kollege!

Am Mittwoch, den 14. Mai, findet unter Führung des amtsführenden Stadt-
rates Professor Dr. Tandler eine Pressebesichtigung des zur Wohnhausanla-
ge Sandleiten gehörigen städtischen Kindergartens statt, zu der hiemit die
höfliche Einladung ergeht.

Der Kindergarten Sandleiten ist ein ganz moderner Bau von eigenarti-
ger architektonischer Schönheit. Der Anstalt, die für 250 Kinder eingerich-
tet ist, haftet gar nichts Fürsorgemässiges an; das neue Heim ist ein wirk-
liches Reich der Kinder, das Architekt Erich Leischner vom Wiener Stadtbau-
amt geschaffen hat.

Den Kindern stehen Spielsäle, Beschäftigungszimmer, die für den Montess-
oribetrieb eingerichtet sind, Lehrwerkstätten, Bäder und ein grosser Spiel-
park zur Verfügung. Die Inneneinrichtung des Kindergartens, der bereits in
Betrieb ist, ist ganz dem kindlichen Fühlen angepasst, seiner Art, sich zu
bewegen, mit einem Wort: dem Leben und Treiben des Kindes. Die Wände der Innen-
räume sind mit allerlei Fresken und Malereien geschmückt. Die Fresken stam-
men vom akademischen Bildhauer Artur Brusenbauch, die Malereien haben zehn-
bis dreizehnjährige Mädchen der Schantrockklassen des Pädagogischen Insti-
tutes der Stadt Wien ausgeführt.

Die Abfahrt zur Pressebesichtigung erfolgt pünktlich um halb elf Uhr
vormittags vom Rathauseingang Lichtenfelsgasse. Um die entsprechenden Kraft-
wagenplätze zur Verfügung stellen zu können, ist es unerlässlich, dass Sie
uns mittels beiliegender Karte rechtzeitig verständigen, ob Sie an der Pres-
sefahrt teilnehmen.

Mit kollegialem Gruss

für die

„Rathauskorrespondenz“
Wien I., Neues Rathaus

J. H. Friedrich

Wien, am 8. Mai 1930.
Anmeldekarte beiliegend!

Wien, am Donnerstag, den 15. Mai 1930

Förderung der privaten Bautätigkeit durch die Gemeinde Wien.Zusicherung von Baurechten bis zum Jahre 2000.

Wie bekannt ist, gibt der Bund im Rahmen der Wohnbauförderung nur dann Bauzuschüsse, wenn der Baulustige nachweisen kann, dass er einen Grund oder ein Baurecht hat. Um in Wien das Bauen mit Wohnbauschüssen zu fördern und vielfach überhaupt erst zu ermöglichen, hat sich die Gemeinde Wien, wie schon berichtet wurde, entschlossen, solchen Baulustigen, die über keinen Grundbesitz in Wien verfügen, ein Baurecht an einem Gemeindegrunde zu verleihen. Dieses Baurecht wird bis zum 31. Dezember 2000 gegen einen sehr niedrigen Bauzins vergeben.

Vor einigen Tagen hat nun der Gemeinderatsausschuss solche Baurechte zugesichert. Es wurden 12 Baugründe in der Gersunggasse, Krottenbachgasse, Liebhartstalstrasse, Hartäckerstrasse, Veitingergasse, Bergheidengasse, Feldkellergasse, Zaunergasse, Traungasse und in der Hirschstettnerstrasse Baurechtwerbern, darunter der Genossenschaft "Künstlersiedlung" zugesichert. Die Bedingung für die tatsächliche Verleihung des Baurechtes ist nur noch die, dass diesen Baurechtwerbern die Wohnbauhilfe vom Bund auch tatsächlich gewährt wird oder dass die Bauwerber mit eigenen Mitteln bauen. Die Gemeinde Wien verspricht sich aus dieser Vergabung von Baurechten nicht nur eine Beseitigung der Wohnungsnot und eine Förderung der Wohnungskultur, sondern sieht darin vor allem auch ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Wie Stadtrat Weber dazu mitteilt, stehen die übrigen Gesuche um Verleihung von Baurechten in Behandlung und werden beschleunigt erledigt werden. Insgesamt sollen etwa 200.000 bis 220.000 Quadratmeter Baugrund zur Vergabung gelangen. Damit ist eine Baumöglichkeit für etwa 800 bis 1000 Wohnungen für solche Baulustige geschaffen, die sich aus Mangel an Eigenkapital Baugründe käuflich nicht erwerben können.

Die Kunstpreise der Stadt Wien.Verleihung an vier Preisträger.

Bekanntlich hat die Stadt Wien wie in den Vorjahren auch für 1930 Kunstpreise im Gesamtbetrag von 9.000 Schilling für hervorragende Leistungen auf den Gebieten der Dichtkunst, der Musik und der bildenden Künste gewidmet. Als Preisrichter fungierten für das Gebiet der Dichtkunst Schriftsteller Felix Salten, Professor Dr. Eduard Castle und Direktor Dr. Rudolf Beer, für das Gebiet der Musik Komponist Alban Berg, Professor Dr. Max Graf und Hofrat Professor Dr. Josef Marx und für das Gebiet der bildenden Künste Architekt Hubert Gessner, akademischer Bildhauer Otto Hofner und akademischer Maler Professor Richard Harlfinger.

Der Stadtsenat hat auf Grund der von den drei Preisgerichten erstatteten Vorschläge folgenden Künstlern einen Preis von je 3.000 Schilling verliehen:

Auf dem Gebiete der Dichtkunst Hofrat Dr. Emil Ertl, auf dem Gebiete der bildenden Künste Professor Karl Stemolak. Da im Vorjahre der Preis für Musik nicht verliehen wurde, kamen auf diesem Gebiete zwei Preise von je 3.000 Schilling zur Verleihung. Der Preis für das Jahr 1929 wurde Dr. Egon Kornauth und der für 1930 dem Komponisten Albert Schwarz verliehen.

Die Ausfolgung der zur Bewerbung eingereichten Werke erfolgt ausschließlich in der Zeit vom 15. Mai bis 30. Juni d. J. an Wochentagen von 8 Uhr bis 13 Uhr in der Kanzlei der städtischen Sammlungen, I., Neues Rathaus, Stiege IV, 1. Stock. Für Werke, die bis 30. Juni d. J. nicht behoben wurden, erlischt die Rückgabepflicht der Gemeinde.

Rekordverkehr der Strassenbahn und Stadtbahn zum Ländermatch. Wie die Strassenbahndirektion mitteilt, wurde gestern zum Ländermatch auf der Hohen Warte ein Rekordverkehr abgewickelt. Für den Rücktransport allein stellten die Strassenbahn 140 Züge mit zusammen 400 Wagen und die Stadtbahn 28 Züge mit 200 Wagen in Betrieb. Damit wurden auf der Strassenbahn 30.000 und auf der Stadtbahn 16.000 Personen, zusammen 46.000 Personen befördert. Der ungeheure Verkehr beim Rücktransport musste in einem Zeitraum von einer Stunde bewältigt werden.

Wien, am Donnerstag, den 15. Mai 1930 Zweite Ausgabe

Saisonbeginn in den städtischen Bädern.

Die Wiener städtischen Sommerbäder nehmen heuer den Betrieb übermorgen Samstag um 9 Uhr vormittags auf. Die Preise sind die gleichen wie im Vorjahr. Die Saisonkarten kosten bloss das Zwanzigfache eines einmaligen Eintrittes, die Preise für die Mietkabinen sind besonders niedrig gehalten.

Von der Kinderbewahranstalt zum modernen Kindergarten.

Bürgermeister Seitz und Professor Dr. Tandler über die Aufgaben der Kindererziehung. - Feierliche Eröffnung des 100. Kindergartens der Gemeinde Wien.

In dem neuen Stadtviertel, das die Gemeinde Wien in Ottakring errichtet hat, in der Wohnhausanlage "Sandeleiten", ist seit kurzer Zeit der grösste und schönste Kindergarten in Betrieb, den Wien und wahrscheinlich ganz Europa aufzuweisen hat. Da dieser Kindergarten der hundertste Kindergarten der Gemeinde Wien ist, wurde er heute durch Bürgermeister Seitz vor einem Kreise von Fachleuten und Vertretern der Behörden feierlich eröffnet. Die Bewohner der Riesenanlage Sandeleiten hatten es sich nicht nehmen lassen, den Bürgermeister beim Eingang des Kindergartens jubelnd zu begrüssen und die Wohnhäuser festlich zu schmücken.

Im grossen Saal des Kindergartens, der in vollem Betrieb ist, begrüsst Stadtrat Professor Dr. Tandler den Bürgermeister und die Festgäste. "Schon die Tatsache, dass der erste Kindergarten, der durch den Bürgermeister der Stadt eröffnet wird, der hundertste ist, den Wien besitzt, beweist, dass wir nicht Anhänger müssiger und überflüssiger Feiern sind. Gerade dieser Kindergarten aber, mit dessen Eröffnung wir das Wiener Kindergartenwesen feiern, gibt uns allen die Ueberzeugung, dass dieser wichtige Zweig der Jugendfürsorge mit Recht auf die bisherigen Erfolge stolz sein kann. Die Stadt Wien hat das Kindergartenwesen in den letzten Jahren nicht nur mit allen Mitteln gefördert, sie hat es von Grund auf umgebaut. Wenn man bedenkt, dass die Zahl der Kindergärten in wenigen Jahren verdoppelt, dass die Anzahl der Abteilungen sogar verdreifacht worden ist und dass trotzdem immer wieder in allen Bezirken neue Kindergärten verlangt werden, so beweist das, dass sich die Voraussetzungen für den Besuch der Kindergärten in den letzten Jahren grundlegend geändert haben. Diese Forderung nach neuen Kindergärten hat auch tatsächlich ihre Ursache in der Aenderung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Während man früher die Kinder in die Kindergärten schickte, damit dort für sie eine Beschäftigung gefunden werde, gehen heute die Kinder in den Kindergarten, weil sie zu Hause von niemandem gepflegt und behütet werden können. Wir haben daher den Volksgarten geschaffen, der von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends in Betrieb ist und so der arbeitenden Mütter die Möglichkeit gibt, ihr Kind der Gemeinde anzuvertrauen. Heute können wir viele tausende Kleinkinder in unseren Kindergärten unterbringen; sicherlich werden wir in den nächsten Jahren wieder neue Kindergärten errichten müssen, um den Wünschen der Bevölkerung entsprechen zu können.

Manchem, der diesen Kindergarten sieht, mag es vorkommen, dass die oder jenes all zu prächtig, ein überflüssiger Luxus sei. Wer aber ein bischen nachdenkt, wird erkennen, dass dieser scheinbare Luxus nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck ist. Wir sind der Ueberzeugung, dass man Menschen zum Guten und Rechten nur durch Güte und Schönheit erziehen kann. Von dieser Erziehungsmethode haben wir den denkbar grössten Gebrauch gemacht. So sollen die weissen Schürzen, die unsere Kinder hier tragen, nicht die unverhüllbare Armut dieser Proletarierkinder verhüllen, sie sind ebenfalls ein Mittel, auch Kinder aus den ärmsten Verhältnissen zur Reinheit und Schönheit zu erziehen."

Professor Tandler sprach dann über die Einrichtung des Kindergartens, besonders über die zweite Werkstätte, die für vorschulpflichtige Kinder hier errichtet worden ist. Nachdem er dann den Erbauern des Kindergartens, vor allem Architekt Leischner, und den Kindergärtnerinnen den Dank der Gemeinde ausgesprochen hatte, sprach Bürgermeister Seitz über die grosse Bedeutung des modernen Kindergartenwesens.

"Die Kindergartenfrage", sagte Bürgermeister Seitz, "ist eine der wichtigsten volkspädagogischen Fragen geworden. Die neue Gesellschaft bedarf neuer Menschen. Ehre dem Andenken Fröbels, der als erster mit weitschauendem Blick erkannt hat, dass Menschen nicht erst unter systematischen Erziehungs-

.....

massnahmen erzogen werden sollen, wenn sie zur Schule kommen, sondern dass der wichtigste Teil der Erziehungsarbeit in den ersten Lebensjahren des Kindes zu leisten ist. In dieser Zeit ist die planmässige Einwirkung auf das Kind notwendig. Dass uns heute die Einrichtung und die Methoden der damaligen Kindergärten mit ihren Flecht- und Stäbchenarbeiten rückständig erscheinen, dass wir heute weit darüber hinaus sind, ist selbstverständlich, bedenkt man den ungeheuren Fortschritt. Mit dem Fortschritt der Pädagogik haben sich natürlich auch die Methoden des Kindergartens geändert und entwickelt. Was aber durch diese Stadtverwaltung über das normale Mass hinaus erreicht worden ist, das ist nicht ein pädagogischer, sondern vor allem ein sozialer Fortschritt. Jeder Elementarlehrer kann erzählen, dass es unter den Kindern, die in die Schule eintreten, zwei Kategorien gibt: Kinder, die in proletarischem Elend und proletarischer Not aufgewachsen sind, deren Eltern, von täglicher Sorge zermürbt, das Kind nur abwehren und zähmen konnten, und Kinder, denen sich ihre Eltern widmen konnten, Kinder, die erzogen wurden. Die Kinderbewahranstalten haben nur zur Not das ärmliche Elternhaus durch eine gewisse Wartung und Pflege des Kindes ersetzt; die Kindergärten sie nur beschäftigt. Der moderne Kindergarten ist eine Synthese beider, eine Stätte, wo Kinder gepflegt und erzogen werden. Hier wird allen Kindern geboten, was ihren Körper und ihren Geist entwickeln kann; alle Voraussetzungen sind geschaffen, dass alle Kinder sich hier als Gleiche unter Gleichen fühlen. Dieser neue Typus des Kindergartens, den die Gemeinde Wien geschaffen hat, ist wie die Wiener Schulreform in vielen Ländern nachgeahmt worden. Wiens Werk steht hier mustergültig da.

Vor dreissig Jahren noch wäre ein solcher Kindergarten grau in grau gemacht worden, damit man den Schmutz nicht sehe. Wir haben schon bei der Errichtung des Kinderheimes auf dem Wilhelminenberg den Mut gehabt, das prächtige Schloss in seiner Architektur und in der entsprechenden Ausstattung zu belassen, diese Heimstätte der Kinder im strahlenden Weiss in das Grün der Landschaft zu stellen. Man hat uns verlacht und hat gemeint: Ein Waisenhaus mit weissen Wänden, -wie wird das in 14 Tagen aussehen? Der Versuch ist gelungen. Die Wände des Kinderheimes auf dem Wilhelminenberg sind heute so weiss wie damals; man sieht keinen Schmutz, weil kein Schmutz da ist, weil Kinder in reiner und schöner Umgebung reinliche Menschen sind, andere Menschen als jene, die aus einem grauen Haus kamen und die in grauer Dumpfheit ihre ersten Jugendeindrücke erlebt haben. Das weisse, lichte Haus ist kein überflüssiger Aufwand, er gilt dem wichtigsten Zweig unserer Fürsorge, der Fürsorge für das Kind. Die Zukunft unseres Volkes braucht neue Menschen, Menschen, die in Licht und Luft und Sonne aufwachsen, Menschen, die arbeitend lernen und lernend arbeiten. Die Werkstätte dieses Kindergartens soll ein Vorbild der Arbeitsstätte einer künftigen Gesellschaft sein. Hier soll die Jugend die Arbeit achten lernen, sie soll lernen, sie nicht als Fluch, sondern als freiwillige Leistung für das Volksganze anzusehen. Im Spiele arbeitend sollen die Kinder, jedes nach seiner Eignung, ihren Geist schulen. Dieses Prinzip der neuen Schule soll nun auch auf den Kindergarten übergehen. Ich freue mich, dass dieser Kindergarten hier entstanden ist, in einem Arbeiterviertel, in dem so viele Kinder vernachlässigt wurden und wohl manches Talent im Grau des täglichen Lebens erstickt. In Freude und Genugtuung, dass hier ein grosses pädagogisches, ein grosses soziales Werk geleistet wird, sei dieser Kindergarten eröffnet."

Nach der Eröffnungsfeier besichtigte der Bürgermeister mit der Festgästen, unter denen sich neben den amtsführenden Stadträten auch hohe Funktionäre der Behörden, Mitglieder des Nationalrates und viele Gemeinderäte befanden, die ganze Anlage des mustergültigen Kindergartens.

.....

.....
Ueber anderthalb Millionen Schilling Monatsaufwand für die offene Fürsorge.
 Wie die Magistratsabteilung für Statistik mitteilt, wurden im Februar im Rahmen der offenen Fürsorge 40.015 Personen mit Erhaltungsbeiträgen im Gesamtbetrag von 1.132.730 Schilling beteiligt. 14.455 Parteien erhielten Pflegebeiträge im Gesamtbetrag von 246.610 Schilling. 138.120 Schilling wurden als Pflegegelder an 4.398 Personen ausgegeben. Aushilfen erhielten 17.785 Personen; sie machten den Betrag von 164.940 Schilling aus. Der Gesamtaufwand für die offene Fürsorge betrug daher im Februar 1.682.400 Schilling.

.....
Ehrung des Dichters Georg Herwegh. Vor einigen Jahren hat die Gemeinde auf dem Margaretengürtel eine Parkanlage herstellen lassen, die bisher noch keinen Namen führte. Nunmehr hat der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten beschlossen, diese Parkanlage nach dem politischen Lyriker Georg Herwegh zu benennen, der von 1817 bis 1875 lebte.

.....
Gemeindewachleute retten einen Selbstmörder aus dem Donaukanal. Heute um 4 Uhr früh bemerkte der Vertreter Adalbert Eskreis, dass sich ein Mann von der Mitte der Salztorbrücke in den Donaukanal stürzte. Es kam gerade ein Schleppschiff stromaufwärts gegen die Salztorbrücke gefahren. Auf den Alarm des Passanten machten zwei patrouillierende Gemeindewachleute, Johann Wiesner und Eugen Burny, sofort eine Zille los und ruderten in den Strom hinaus. Es gelang ihnen mit vieler Mühe, den Selbstmörder, den 26jährigen Bautechniker I. B., bei der Schwedenbrücke zu erreichen und zu bergen, ehe er von dem herankommenden Schlepper erfasst wurde. Sie brachten den bereits bewusstlosen Selbstmörder ans Land und nahmen sofort Wiederbelebungsversuche vor, die schliesslich von Erfolg begleitet waren. Bundespolizisten hatten inzwischen die Rettungsgesellschaft verständigt, die bei ihrem Eintreffen den Bautechniker, der aus unglücklicher Liebe Selbstmord begehen wollte, schon bei Bewusstsein antraf, so dass er von der Rettungsgesellschaft in seine Wohnung gebracht werden konnte.

.....
Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Im Laufe der nächsten Tage wird die neuhergestellte elektrische Strassenbeleuchtung in Simmering in der Spinngasse, Kujanikgasse, in einem Teil der Geiereckgasse und des Grüsslplatzes sowie in Floridsdorf beim Wohnhausbau Erzherzog Karlstrasse in Betrieb gesetzt.

Wien, am Freitag, den 16. Mai 1930 Zweite Ausgabe

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 16. Mai 1930.

Bürgermeister Seitz eröffnet die Sitzung um 17'15 Uhr.

Ohne Debatte wird beschlossen die Vergabung von je 400 Stipendien an Hochschüler und an Mittelschüler und 70 Stipendien an Frequenlanten der hochschulmässigen Lehrerbildungskurse am Pädagogischen Institut der Stadt Wien, die Ausführung der Wohnhausanlage XIII. Ruppertgasse, die Ausführung des zweiten Bauteils der Wohnhausanlage X., Quellenstrasse sowie der Ankauf von Häusern III., Landstrasser Hauptstrasse und VIII., Lederergasse. Der Antrag wegen Schaffung eines Fürsorgeringes wird von der Tagesordnung abgesetzt.

GR. Grünfeld berichtet über den Antrag, zur Deckung der im Rechnungsabschluss pro 1929 des Betriebes "Gemeindefriedhöfe" einzustellenden Rücklagen für die Ausgestaltung des Betriebes für das Jahr 1929 Kredite im Ausmass von zusammen Schilling 352.800 zu bewilligen. Nach dem Rechnungsabschluss pro 1929 ergibt sich ein Gebarungüberschuss von im ganzen Schilling 352.800, die als Rücklagen in den Rechnungsabschluss eingestellt werden und zur Verbesserung der Friedhofswege, zur gärtnerischen Ausgestaltung und Erweiterung der Friedhöfe verwendet werden sollen.

GR. Ueberhör (E.L.) beschwert sich neuerdings über die Unzulänglichkeit des Hernalser Friedhofes und bemerkt, es wäre leicht möglich hier Abhilfe durch Zusammenschliessung des Hernalser mit dem Dornbacher Friedhof durch das dazwischen liegende Gelände zu schaffen. Zu diesem Zweck sind auch im Vorjahr Verhandlungen mit den Grundebsitzern geführt worden, die auch dem Abschluss nahe waren, ist die Gemeinde plötzlich von den Verhandlungen zurückgetreten. Wir fragen, was die Ursache davon ist. (Lebhafter Beifall und Handeklatschen bei der E.L.)

GR. Prinke (E.L.) bezeichnet es als eine saloppe Art der Budgetierung, dass ^{man} für die Friedhofsverwaltung im Ausschuss in einem fort Zuschüsse anfordere, während sich in diesem Betrieb im Jahre 1929 tatsächlich ein Gebarungüberschuss ergeben hat. Die Zuschusskredite dienen nur dem Zweck, die Gewinne die aus der Friedhofsverwaltung herausgeschunden werden, zu verschleiern. Man macht unbedenklich Gewinne auf Kosten der Arbeiter und Angestellten und zum Schaden der Gewerbetreibenden. Hauer sind auf dem Zentralfriedhof 350 Saisonarbeiter beschäftigt, von denen aber nicht weniger als 50 Prozent Burgenländer sind (Lebhafte Hört! Hörtrufe bei der E.L.) Niemand neidet den Burgenländern einen Arbeitsplatz, aber in erster Linie müssten doch die Wiener, die auch den ganzen

Winter feiern, müssen berücksichtigt werden. Offenbar beschäftigt man Burgenländer deshalb, um sie als Lohndrucker gegen die Wiener Arbeiter verwenden zu können (Hört! Hört! bei der E.L.) Da wird seit der letzten Debatte im Gemeinderat über die Heldenfriedhöfe alles getan, um die Haldengräber instandzusetzen. Den Arbeitern, die als Hügelleger beschäftigt waren wird der niedrigere Lohn der Deichgräber bezahlt, um am Stundenlohn 3 bis 4 Groschen zu ersparen (Hört! Hört! bei der E.L.) Zu solchen Lohndruckerien gibt sich die sozialdemokratische Verwaltung her. Auch den armen Gärtnern, den Steinmetzen macht die Gemeinde eine Schmutzkonkurrenz. In dem Bestreben nach Gewinn geht man so weit, auch die Gesundheit der Arbeiter aufs Spiel zu setzen. Da ist in demselben Pavillon in dem sich die Infektionsleichenhalle befindet auch eine Schmelzanlage zum Einschmelzen der Särge der Exhumierten untergebracht (Hört! Hört! bei der E.L.) Im April ist ein Arbeiter bei der Arbeit am Schmelzofen infolge der Hitze und der Metalldämpfe an einem Ausschlag an den Händen und am Gesicht erkrankt (Hört! Hört! bei der E.L.) Es besteht dort keine Lüftungsanlage, die Schmelzanlage ist frei zugänglich und die Einschmelzungen werden vorgenommen, obwohl das Stadtphysikat sie aus gesundheitlichen Rücksichten verboten hat (Hört! Hört! bei der E.L.) Dazu werden noch fachlich ungeschulte Arbeitskräfte verwendet dagegen wurde der fachlich gebildete Schmelzer, der im Vorjahr beschäftigt war ^{deshalb} nicht wieder verwendet, weil er aus dem republikanischen Schutzbund ausgetreten ist. (Lebhafte Hört! Hört! bei der E.L.)

Dagegen müssen fachlich nichtgeschulte Kräfte ihr Leben aufs Spiel setzen. Gegen dieses System des brutalen Terrors und Lohndrucks werden wir kämpfen bis es beseitigt ist (Lobhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Grünfeld bemerkt zunächst, dass auch die Mehrheit für die Erweiterung des Hernalser Friedhofes eintrete und sich auch in wiederholten Verhandlungen bemüht hat, die Bodenbesitzer der Umgebung für die Erweiterung zu gewinnen. Die Verhandlungen sind nur deshalb gescheitert, weil so hohe Beträge verlangt worden sind, dass die Gräberpreise nicht hätten aufrecht erhalten werden können. Die meisten der von GR. Frinke erhobenen Beschwerden treffen nicht zu. Es ist möglich, dass der eine oder der andere der auf dem Zentralfriedhof beschäftigten Arbeiter aus dem Burgenland stammt, aber sämtliche Arbeiter wohnen in Wien und die meisten sind auch nach Wien zuständig. Es sind also Wiener Arbeiter. Von einem Lohndruck kann gar keine Rede sein, da die Löhne vereinbart, im übrigen auch weit besser sind als die Löhne anderer Saisonarbeiter in Wien. Die Schmelzarbeit muss auf dem Friedhof vorgenommen werden, da die Särge vom Friedhof nicht weggeführt werden können, doch ist die Schmelzanlage von der Infektionsanlage vollständig separiert, die Schmelzarbeit dauert im ganzen Jahr nur 14 Tage und der dabei verwendete Arbeiter ist ein gelernter Giesser. Es kann selbstverständlich in jedem Betrieb vorkommen dass ein Arbeiter bei der Arbeit erkrankt, der betreffende Arbeiter ist sofort nach seiner Erkrankung aufgefordert worden, sich in Spitalspflege zu begeben.

GR. Grünfeld ersucht schliesslich dem Antrag zuzustimmen.

In einer tatsächlichen Berichtigung bemerkte GR. Uebelhör, die Verhandlungen wegen Uebernahme der Gründe zwecke Erweiterung des Hernalser Friedhofes seien nur deshalb gescheitert, weil man sich über die Preise nicht einigen konnte, worauf GR. Grünfeld abermals erklärt, dass der Vertrag nur deshalb nicht zustande gekommen sei, weil zu hohe Preise verlangt worden sind.

Der Antrag wird angenommen.

Bürgermeister Seitz schliesst die Sitzung um 18 Uhr.

Wien, am Freitag, den 16. Mai 1930 Dritte Ausgabe

.....
Autobusunfall in Währing. Ein Autobus der Linie 6 erlitt heute früh nach 8 Uhr einen Unfall. Der Wagen war auf der Fahrt von der Endstation Gerst-
hof durch die Gentzgasse in die Stadt begriffen. Bei der Weinhauserkir-
che bog er in die Weinhausergasse ein, um in die Währingerstrasse zu
gelangen. Beim Einbiegen von der Gentzgasse in die Weinhausergasse ver-
sagten nach Angabe des Fahrers die Lenkung und die Druckluftbremse, so
dass der Wagen auf der nassen und daher schlüpfrigen Gasse gegen das
Haus Ecke Gentzgasse und Weinhausergasse anfuhr. An der Ecke dieses Hau-
ses ist ein Gasthaus und knapp neben dessen Eingangstür wurde durch das
Anfahren des Wagens, wobei der Kühler in die Mauer eindrang, ein Hauspfei-
ler derart beschädigt, dass Pölzungen vorgenommen werden mussten. Der Au-
tobus hatte nur drei Fahrgäste, von denen ein Fahrgast eine sehr leich-
te Verletzung durch Glassplitter erlitt, der zweite Fahrgast, eine Frau,
klagte über Kopfschmerzen. Der Autobus selbst ist mit Ausnahme von Be-
schädigungen am Kühler intakt geblieben. Der Wagen wird selbstverständ-
lich sofort einer genauen Untersuchung unterzogen werden, um die Ursache
des Unfalles festzustellen.

.....
Bezirksvertretung Innere Stadt. Die Nächste Plenarsitzung der Bezirks-
vertretung Innere Stadt findet am Mittwoch, den 28. Mai, um 18 Uhr im
Festsaal des Alten Rathauses statt.

Wien, am Samstag, den 17. Mai 1930

Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche tritt am Dienstag um 10 Uhr vormittags der Wiener Stadtsenat zusammen. Der Wiener Gemeinderat hält seine nächste Sitzung am Freitag um 5 Uhr nachmittags ab.

Keine Hochwassergefahr für Wien. Wie die Stadtbaudirektion mitteilt, zeigte der Pegel bei der Reichsbrücke heute früh einen Wasserstand von 2,96 Meter. Die niederösterreichischen Zuflüsse der Donau sind bereits im Sinken begriffen, so dass ein stärkeres Hochwasser nicht zu erwarten ist. Es besteht daher auch kein Anlass, das Zentralkomitee für Ueberschwemmungsangelegenheiten einzuberufen.

Jubilare der Ehe. Die Ehepaare Alois und Marie Tretschner und Franz und Marie Bagar begingen dieser Tage ihre goldene und die Ehepaare Peter und Magdalena Wohlmuth und Ludwig und Philomena Handl ihre diamantene Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien amtsführender Stadtrat Linder in der Wohnung der Jubelpaare, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

Gerson-Diät für Pflegekinder der Gemeinde Wien. Nach ärztlichen Erfahrungen, die in verschiedenen Anstalten gesammelt wurden, soll die neue salzfreie Diät, die sogenannte Gerson-Diät, auch bei der Behandlung der Knochentuberkulose gute Erfolge bringen. Stadtrat Professor Dr. Tandler hat daher angeregt, dass auch bei Pflegekindern der Gemeinde Wien die Behandlung mit dieser salzfreien Diät versucht werde. Seit vielen Jahren bringt die Gemeinde Knochentuberkulose Kinder auch im Pflegeheim Schloss Bellevue unter, wo sie ständig 70 Betten gemietet hat. Es werden dort Kinder im Alter von 2 bis 14 Jahren untergebracht und behandelt. Seit Mai wird nun über Auftrag Professor Tandlers bei zwanzig dieser Kinder die Behandlung mit Gerson-Diät versuchsweise durchgeführt. Die Kinder stehen unter Aufsicht des Anstaltsleiters Professor Salzer. Die neue Behandlungsweise erfordert, da zwanzig Kinder versuchsweise für die Dauer von zwei Monaten diese Spezialdiät erhalten, zu den bisherigen Verpflegskosten einen Zuschuss von 2400 Schilling. Der zuständige Gemeinderatsausschuss hat diesen Mehraufwand vor kurzem bewilligt.

.....
700.000 Schilling für Strassenarbeiten. In den letzten Tagen hat die Gemeinde Wien an eine Reihe von Firmen grosse Aufträge für Erhaltungsarbeiten an Wiener Strassen vergeben. Für Holzpflasterstrassen, die sich grösstenteils in der Inneren Stadt befinden, werden 150.000 Schilling aufgewendet. 12 Strassen in verschiedenen Wiener Bezirken erhalten einen neuen Walzasphaltbelag. Damit werden rund 20.000 Quadratmeter Strassenfläche neu hergestellt. Ausserdem werden rund 200 Quadratmeter Strassengrund ausgebessert und verschiedene Nebenarbeiten, wie Legung von Randsteinen, Instandsetzung der Gehsteige und dergleichen ausgeführt. Eine neue Strassendecke erhalten Teile der Ausstellungsstrasse, die Friedhofzufuhr zum Zentralfriedhof, die Rösnergasse, der Migazziplatz und die Rosagasse in Meidling, die Schönbrunner Schlossallee, das Schlossplateau und die Schlosstrasse, ein Teil der Hernalser Hauptstrasse und Teile der Weimarerstrasse, der Felix Mottlstrasse und des Allerheiligenplatzes. Für diese Arbeiten werden 550.000 Schilling aufgewendet. Insgesamt sind also in einer Ausschussitzung für 700.000 Schilling Aufträge für Strassenerhaltung an Wiener Firmen vergeben worden.

.....
Ausgestaltung des Zentralfriedhofes. Zur Verbesserung der Wegverhältnisse im Zentralfriedhof werden von der Gemeinde neuerlich grosse Beträge aufgewendet. Während früher das gesamte Weg- und Strassennetz des Zentralfriedhofes lediglich einen Schotter-Rieselüberzug hatte, der bei schlechter Witterung leicht verkotete und im Sommer leicht verstaubte, werden seit einigen Jahren immer wieder neue Strassen und Wege des Zentralfriedhofes mit Oberflächenteerung versehen, um ein Verkoten und Verstauben unmöglich zu machen. Heuer soll nun diese Strassen- und Wegherstellung durch Oberflächenteerung, die sich sehr gut bewährt hat, in weitaus grösserem Umfang als in den Vorjahren vorgenommen werden. Der zutsändige Gemeinderatsausschuss hat daher für die Ausdehnung dieser Arbeiten als Zuschuss zu dem bestehenden Kredit 75.000 Schilling bewilligt.

.....
Neue Jugendbücher für die Wiener Schulen. An allen Wiener städtischen Schulen bestehen Schülerbüchereien, die von den Kindern fleissig und gerne benützt werden und die der Jugend anregende und gute Literatur bieten. Diese Schülerbüchereien bilden so eine wesentliche und wichtige Ergänzung des Unterrichts. Die Gemeinde Wien, die ständig für die Ausgestaltung dieser Büchereien Sorge trägt, hat nun beschlossen, neuerlich 40.000 Schilling für den Ankauf neuer Jugendschriften zu verwenden. Für alle Schülerbüchereien der allgemeinen Volks- Haupt- und Hilfsschulen werden neue Bücher, und zwar 20.000 Exemplare verschiedener Jugendwerke, angekauft. Die Auswahl wurde vom Stadtschulrate besorgt.

Gemeinden und Abgabenteilung.Der Städtebund beim Bundeskanzler und Finanzminister.

Im Wiener Rathaus hielt heute vormittag der Grosse Ausschuss des Städtebundes eine Sitzung ab, die eingehendst zur Neuordnung der Abgabenteilung Stellung nahm. Es waren die dreissig grössten Städte Oesterreichs durch die Bürgermeister vertreten. Die Tagung wurde von Bürgermeister Seitz eröffnet. Der Bürgermeister von Klagenfurt, Dr. Bercht, berichtete ausführlich über die trostlose Finanzlage der Gemeinden und unterbreitete eine Reihe von Forderungen an die Regierung. Dazu sprachen die Bürgermeister Prof. Dr. Pomaroli (Villach), Hofrat Ott (Salzburg), Fischer (Innsbruck), Bundesminister a. D. Dr. Schürff (Mödling), Bürgermeisterstellvertreter Rückl (Graz), die Stadträte Prof. Holzer (Wr. Neustadt) und Dr. Fischer (St. Pölten), worauf Sekretär Honay folgende

Entschliessung über die Abgabenteilung

vorlegte:

Der Grosse Ausschuss des Städtebundes hat in seiner Sitzung vom 17. Mai 1930 nach eingehender Beratung einstimmig folgendes Forderungsprogramm anlässlich des Ablaufes des Abgabenteilungsgesetzes aufgestellt:

1. Der Städtebund, als überparteiliche Interessenvertretung der österreichischen Gemeinden, verlangt von der Bundesregierung, dass er zu den Beratungen über die Neuordnung der Abgabenteilung und zu allen Verhandlungen, die die Gemeinden berühren, eingeladen werde.
2. Der Städtebund verlangt, dass den Gemeinden von der Regierung keine neuen finanziellen Lasten auferlegt werden, da die ungeheure Arbeitslosigkeit allen Industriegemeinden und Städten derart grosse Fürsorgeausgaben verursacht, dass die Finanzlage der meisten Gemeinden trostlos genannt werden muss. Aus diesem Grund wendet sich der Städtebund auch mit allem Nachdruck gegen die Novelle zur Arbeitslosenversicherung, insoweit dadurch weitere Belastungen der Gemeinden verbunden sein könnten.
3. Der Städtebund verlangt, dass das Bundes-Präzipuum freigegeben und nach dem qualifizierten Bevölkerungsschlüssel auf die Gemeinden aufgeteilt werde.
4. Der Städtebund verlangt, dass vom 1. Jänner 1931 an die Gemeinden Anteile vom Ertrag der Landesbiersteuer erhalten.
5. Der Städtebund verlangt, dass endlich die Vermögenssteuer nach dem für die Teilung der Einkommensteuer bestehenden Schlüssel aufgeteilt werde.
6. Der Städtebund verlangt, dass für besonders notleidende Gemeinden ländersweise ein Ausgleichsfonds bei der Regierung geschaffen werde.
7. Der Städtebund verlangt, dass die Gemeinden vom Bund für die Besorgung der Geschäfte der politischen Verwaltung im übertragenen Wirkungskreis eine ausreichende Entschädigung bekommen.
8. Der Städtebund verlangt, dass bei der Aufteilung der gemeinschaftlichen Abgaben die Städte besonders berücksichtigt werden; die erhöhte Steuerleistung der städtischen Bevölkerung und die besonderen Aufgaben der Städte, die mit der Bevölkerungszahl progressiv wachsen, rechtfertigen einen

.....
weiteren Ausbau nach dieser Richtung.

9. Der Städtebund verlangt, dass die monopolartig gestalteten Betriebe der Gemeinden, entsprechend der Steuerpraxis im Deutschen Reich, von der Körperschaftssteuer befreit werden. Vorläufig soll durch die Zusammenfassung dieser Betriebe eine gerechtere Bemessung der Steuer bewirkt werden.

10. Der Städtebund verlangt, dass die Regierung die Gemeinden von jeder Leistung für die Kleinrentner enthebe.

Es wurde beschlossen, diese Forderungen sofort dem Bundeskanzler und Bundesfinanzminister zu überreichen und im September den Städtetag abzuhalten, der sich mit der Entschliessung und der Antwort der Regierung zu befassen haben wird.

Die Sitzung beschäftigte sich dann noch mit einer von Universitätsprofessor Dr. Walther Schiff verfassten kommunalen Finanzstatistik, deren weiterer Ausbau beschlossen wurde. Dann hielt Bürgermeisterstellvertreter Rückl (Graz), ein sehr interessantes Referat über kommunale Verwaltungsreform. Sein Antrag, im Städtebund eine ständige Beratungsstelle für die Verbesserung und Vereinfachung der Gemeindeverwaltung zu errichten, wurde einhellig angenommen. Ferner beschloss die Sitzung, zur 10. Hauptversammlung der deutschen Gemeinden in der Tschechoslowakei Sekretär Honay zu entsenden. Auf Anregung des Bürgermeisters Dr. Bercht werden die Landeshauptstädte am 5. Oktober anlässlich der zehnjährigen Wiederkehr der Kärntner Volksabstimmung Erinnerungsfeiern veranstalten.

Das Ergebnis der Vorsprache bei der Regierung.

Unter Führung des Obmannes der Geschäftsleitung des Städtebundes, Vizebürgermeisters Emmerling, begab sich sodann eine grössere Abordnung von Bürgermeistern zu Bundeskanzler Dr. Schober. Der Bundeskanzler liess sich genauen Bericht über die Forderungen der Gemeinden an die Regierung erstatten und gab die Zusicherung, dass er dafür sorgen werde, dass der Städtebund insbesondere zu den Beratungen über die Neuordnung der Abgabenteilung von der Regierung beigezogen werden wird. Die Abordnung wurde anschliessend von Bundesfinanzminister Dr. Juch empfangen, der die Entschliessung der Gemeindevertreter entgegennahm. In einer längeren Aussprache begründeten die Bürgermeister ihre Wünsche. Der Bundesfinanzminister erklärte, dass nicht die Absicht besteht, den Gemeinden neue Lasten aufzuerlegen. Die Regierung hat noch keine Vorschläge über die Abgabenteilung erstattet; die Städtevertreter werden jedenfalls Gelegenheit haben, rechtzeitig zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Hoffentlich werde ein Weg gefunden, um berechtigte Wünsche der Gemeinden zu erfüllen.

Wien, am Montag, den 19. Mai 1930

.....

Deutsche Kommunalpolitiker aus der Tschechoslowakei studieren das neue Wien. Ende voriger Woche sind gegen 40 Vertreter von deutschen Gemeinden aus der Tschechoslowakei, wie Karlsbad, Eger, Jägerndorf, Gablonz, Komotau und so weiter, nach Wien gekommen, um die kommunalen Einrichtungen insbesondere des neuen Wien kennen zu lernen. Die Gäste besuchten gestern Sonntag unter anderem die Gartenstadt am Wienerberg "Spinnerin am Kreuz", wo amtsführender Stadtrat Weber eingehend über die Wiener kommunale Wohnbautätigkeit berichtete. Heute vormittags besuchten sie eine Wiener Schule und anschliessend daran hörten die Gäste einen Vortrag des Stadtschulratspräsidenten Glöckel über die Wiener Schulreform. Mittags wurden sie nach Besichtigung der Schauräume des Neuen Rathauses im Stadtsenatssitzungssaal von Bürgermeister Seitz begrüsst. Für die Gäste dankte Vizebürgermeister Pölzl (Aussig) für die freundliche Aufnahme in Wien. Dann erläuterte amtsführender Stadtrat Breitner in einem eingehenden Referat die Kommunal- und Finanzpolitik der Gemeinde. Die Gäste bleiben bis Donnerstag in Wien und werden unter Führung des Gemeinderates Reismann noch verschiedene grössere Wohnhausanlagen, Fürsorgeeinrichtungen und dergleichen besichtigen.

.....

Der erste Badesonntag in den städtischen Bädern. Die städtischen Bäder, die Sommer- bekanntlich am Samstag den Betrieb aufgenommen haben, zählten gestern am ersten Badesonntag insgesamt 9.344 Besucher. Die meisten Besucher hatte das Gänsehüfel, wo 2.267 Personen badeten. Das grosse Schwimm-, Sonnen- und Luftbad Kongressplatz zählte 1.878 Gäste. Im Strandbad Alte Donau badeten 1.047 Personen, im Ottakringer Sommerbad 752 und im Schwimm-, Sonnen- und Luftbad Krapfenwaldl 620 Personen. Die übrigen Sommerbäder wiesen ebenfalls einen verhältnismässig guten Besuch auf.

.....

Entfallende Sprechstunde. Am Donnerstag entfällt beim städtischen Wirtschaftsreferenten Stadtrat Kokrda wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde.

.....

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Demnächst werden in Fünfhaus die Mooringgasse, Sorbeitgasse und Geyschlägnergasse sowie in Floridsdorf die Strassen um den Wohnhausbau Erzherzog Karlstrasse mit der elektrischen Strassenbeleuchtung ausgestattet.

Wien, am Montag, den 19. Mai 1930 Zweite Ausgabe

.....
Städtischer Ehrenpreis für die Frühjahrsausstellung der Genossenschaft der bildenden Künstler Wiens. Der städtische Finanzausschuss hat heute beschlossen, für die Frühjahrsausstellung der Genossenschaft der bildenden Künstler Wiens einen Ehrenpreis von tausend Schilling zu widmen.

.....
Der milde Winter und der Gaskonsum. In einer Wiener Tageszeitung wurde kürzlich die Tatsache, dass in den drei ersten Monaten dieses Jahres rund 8 Millionen Kubikmeter Gas weniger abgegeben wurden als in der gleichen Zeit des Vorjahres als Folge der Tarifpolitik der Gemeindeverwaltung gekennzeichnet. Weiter wurde die von den zuständigen Stellen gegebene Darstellung, dass die Ursache dieses Rückganges in der gegenüber dem vorjährigen Winter ungewöhnlich milden Witterung gelegen sei, als unzutreffend bezeichnet. Dazu teilt die Direktion der städtischen Gaswerke folgendes mit: Es ist selbstverständlich, dass der ausserordentlich milde Winter 1929/1930 auch den Gasabsatz beeinflusste, da ja Gas zu Heizzwecken nur nach Massgabe des Heizbedürfnisses verwendet wird. Das Heizbedürfnis war nun in den ersten drei Monaten dieses Jahres ein wesentlich geringeres als im Vorjahr, da die durchschnittliche Temperatur im Monatsmittel heuer im Jänner -0'4 Grad Celsius, im Februar - 2'2 Grad Celsius und im März plus 4'1 Grad Celsius betrug, gegenüber - 5'5 Grad Celsius im Jänner, - 12 Grad Celsius im Februar und - 1 Grad Celsius im März 1929. Aus diesem Grunde ist der Gasabsatz für Heizzwecke pro Tag in den ersten drei Monaten dieses Jahres um ungefähr 150.000 Kubikmeter zurückgegangen. Diesem Rückgang aber steht gegenüber, dass die Gasabgabe für andere als für Heizzwecke in den ersten drei Monaten dieses Jahres um etwa 5'5 Millionen Kubikmeter zugenommen hat. Von einem Gasverbrauchsrückgang als Folge der Einführung der Grundgebühr kam daher nicht die Rede sein, umso mehr als seit anfangs Mai die täglichen Gasabgaben die vorjährigen wieder übersteigen.

.....
Gemeindefreiplätze an den Schulen des Wiener Frauenerwerbvereines. Wie der Magistrat mitteilt, werden an den Schulen des Wiener Frauenerwerbvereines in Wien, IV., Wiednergürtel 68, mit Beginn des Schuljahres 1930/31 drei Freiplätze an der Frauengewerbeschule für Weissnähen und Kleidermachen, zwei Freiplätze an der Handelsschule und je ein Freiplatz an der einjährigen Haushaltungsschule und im Kurs für Sticken und feine Handarbeiten verliehen. Die Gesuche sind von den gesetzlichen Vertretern der Bewerberinnen bis längstens 14 Juni bei der Magistratsabteilung 8, Neues Rathaus, mit den entsprechenden Personaldokumenten, dem letzten Schulzeugnis und eines legalen Mittellosigkeitszeugnisses einzubringen. Vorher aber haben sich die Eltern (Vormünder) in der Vereinskanzlei des Wiener Frauenerwerbvereines mit den erforderlichen Dokumenten einzufinden. Aussordem haben die Bewerberinnen zwecks Berufsberatung und der psychotechnischen Eignungsprüfung bis längstens 14. Juni im Berufsberatungsamt der Stadt Wien vorzusprechen

.....

Technik im Dienste der Grosstadt. Die Mengen an Wasser, Gas und elektrischem Strom, die eine Grosstadt wie Wien im Laufe eines Monats verbraucht, sind ganz gewaltige. Ihre Grösse vermittelt ungefähr einen Begriff von der Summe der Leistungen an kommunaler Arbeit, die notwendig ist, um den Bezug von Wasser, Gas und Strom für jeden Einwohner der Stadt zu sichern. So wurden im Februar dieses Jahres 7,274.000 Kubikmeter Wasser nach Wien geliefert, von denen 7,098.000 Kubikmeter verbraucht wurden. Die städtischen Gaswerke erzeugten im selben Monat bei einem Stande von 469.061 betriebenen Gasmessern 30,752.900 Kubikmeter Gas. Davon wurden an private Verbraucher 29,025.800 Kubikmeter abgegeben. Die öffentliche Gasbeleuchtung erforderte die Verwendung von 828.818 Kubikmeter Gas. Die Gesamtstromerzeugung der städtischen Elektrizitätswerke betrug im Februar 47,730.000 Kilowattstunden Strom. Private Abnehmer verbrauchten davon 34,550.000 Kilowattstunden; für die öffentliche elektrische Beleuchtung wurden 2,110.000 Kilowattstunden Strom abgegeben. Die städtischen Elektrizitätswerke zählten im Februar 607.317 Abnehmer.

.....

Goldene Hochzeiter. In der vorigen Woche feierten die Ehepaare Max und Eva Schön, Johann und Josefa Bandion, Michael und Karoline Schütt, Albert und Therese Friesz, Franz und Theresia Anton, Franz und Marie Zabransky und Thomas und Katharina Fuhrer ihre goldene Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien amtsführender Stadtrat Linder in der Wohnung der Jubelpaare, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

.....

Wiederbelegung von Schachtgräbern im Heiligenstädter Friedhof. Vom 1. September dieses Jahres an werden die Schachtgräber in der Gruppe I, alter Teil, des Heiligenstädter Friedhofes wiederbelegt. Enterdigungen von Leichenresten aus diesen Gräbern sind nur vor der Wiederbelegung zulässig, die bezüglichen Gesuche sind bis längstens 20. August bei der Magistratsabteilung 12, I., Rathausstrasse 9 einzubringen. Auf verspätet einlangende Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

.....

Bezirksvertretung Rudolfsheim. Die nächste Plenarsitzung der Bezirksvertretung Rudolfsheim findet am Freitag, den 23. Mai um 18 Uhr statt.

Wien, am Dienstag, den 20. Mai 1930 Zweite Ausgabe

.....
Ausgestaltung der maschinellen Strassenreinigung. Die Gemeindeverwaltung ist ununterbrochen bestrebt, den Strassenreinigungsbetrieb, der im Rahmen kommunaler Arbeit nicht unbedeutende Aufgaben zu erfüllen hat, den Anforderungen der Zeit entsprechend, auf das modernste auszugestalten, umsomehr als die Wiener Strassenfläche von Jahr zu Jahr zunimmt. So sind in den letzten Jahren zu dem bestehenden Strassennetz 250.000 Quadratmeter neue Strassen hinzugekommen, die bei den städtischen Wohnhausbauten angelegt wurden. Alle diese Fahrbahnen sind mit Oberflächenbelägen versehen, so dass sie durch maschinelle Kehrung gereinigt werden können. Dieser Zuwachs an Strassenflächen macht es nun notwendig, beim Strassenreinigungsbetrieb den Maschinenpark zu vermehren. Hiefür kommen in erster Linie die Kleinkehrmaschinen in Betracht, die sich bisher sehr gut bewährt haben. Jede solche Maschine wird nur von einem Fahrer bedient; sie kann bei achtstündiger Arbeitsdauer 80.000 Quadratmeter kehren. Zur Vermeidung der Staubentwicklung bei der Arbeit hat die Maschine einen Wasserkessel von 400 Liter Inhalt, aus dem während der Arbeit vorgespritzt wird. Der städtische Fuhrwerksbetrieb hat gegenwärtig zwei solche Maschinen in Betrieb und hat nunmehr weitere drei in Bestellung gegeben. Die Waschung der mit fugenlosen Oberflächen versehenen Strassen wird von einer automobilen Waschmaschine besorgt. Mit ihr können bei achtstündiger Arbeitsdauer rund 80.000 Quadratmeter gewaschen werden. Derzeit ist eine Maschine im Betrieb, eine zweite wird demnächst zur Verwendung kommen. Die maschinelle Aufräumung des Strassenkohlrichtes wird ebenfalls weiter ausgebaut. Zu den bereits vorhandenen vier Selbstaufladekehrmaschinen kommen im Laufe des Jahres noch weitere zwei dazu. Die Leistung eines solchen Kehr- und Aufsammelzuges beträgt innerhalb acht Stunden 250.000 Quadratmeter Reinigungsfläche.

.....
Gemeindefreiplätze an der Globus-Handelsschule. An der Globus-Handelsschule mit Öffentlichkeitsrecht für Knaben und Mädchen, V., Josef Schwarzgasse 9 werden vom Studienjahr 1930/31 angefangen zwei von der Gemeinde Wien gegründete Freiplätze, einer für einen Knaben und der zweite für ein Mädchen verliehen. Zur Bewerbung um diese Freiplätze sind Kinder von mittellosen Wiener Bürgern und in Ermanglung solcher auch andere nach Wien zuständige Kinder deutscher Nationalität berufen. Bewerber haben sich zwecks Berufsberatung, ärztlicher Untersuchung und psychotechnischer Eignung bis längstens 6. Juni im städtischen Berufsberatungsamt melden. Die Gesuche sind an die Magistratsabteilung 8 bis ebenfalls längstens 6. Juni zu richten.

Wien, am Mittwoch, den 21. Mai 1930 Erste Ausgabe

.....
Instandsetzung von Wasserwehrbauten. Die älteren Wiener werden sich noch an die verheerenden Hochfluten erinnern, die durch den Wienfluss nach jedem in seinem Gebiet niedergegangenen Wolkenbruch verursacht wurden. Erst seit der im Jahre 1902 vollendeten Regulierung des Wienflusses ist das Wiental von Weidlingau bis zur Mündung in den Donaukanal von Ueberschwemmungen gänzlich verschont. Es ist naturgemäss notwendig, die damals geschaffenen Anlagen funktionsfähig zu erhalten. Ständige Arbeitspartien, die im Sommer auf 40 bis 50 Mann gebracht werden, sind daher mit der Behebung der Schäden beschäftigt, die sich infolge der durch die Wirkung der Fröste verstärkten erodierenden Tätigkeit des Wassers an den Wehrbauten, den Sohlen- und Ufersicherungen gebildet haben. Der Gebirgsfluss führt beträchtliche Geschiebemengen mit sich, die sich in den Rückstaubecken in Weidlingau und auch bei den Wehranlagen in Hütteldorf ablagern, wo jedes Jahr tausende Kubikmeter Schotter beseitigt werden müssen. So wie dem Wienfluss ist auch den anderen, von den Hängen des Wienerwaldes kommenden Bächen wildbachartiger Charakter eigen; sie sind bei normalem Wetter unscheinbar, führen aber bei stärkeren Niederschlägen gewaltige Wassermassen zu Tal. Es sind deshalb von der Gemeinde insbesondere in den letzten Jahren zum Schutze der Ufer sowie der anliegenden Strassen am Halterbach, Rosonbach, Erbsenbach usw. Wildbachverbauungen hergestellt worden. Solche Regulierungsarbeiten werden gegenwärtig in grösserem Umfang am Schreiberbach durchgeführt.

.....
Neue städtische Wohnhausbauten. Im Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen berichtete gestern amtsführender Stadtrat Weber über drei neue städtische Bauvorhaben. Die Architekten Stiegholzer und Kastinger haben die Pläne für eine Wohnhausanlage in Margareten in der Fendigasse entworfen. Die dort zur Ausführung bestimmte Anlage wird 88 Wohnungen enthalten. In Floridsdorf in der Rautenkranzgasse wird nach den Entwürfen der Architekten A. und H. Paar ein Wohnhausbau mit 158 Wohnungen errichtet. Die Architekturabteilung des Stadtbauamtes hat schliesslich den Entwurf für einen Wohnhausbau in Hietzing in der Hicklgasse vorgelegt. Die Anlage wird 15 Wohnungen umfassen. Der Ausschuss hat die Pläne für diese drei Wohnhausanlagen genehmigt.

.....

Kein Wiener Haus in Einsturzgefahr!

Alle gegenteiligen Meldungen völlig unbegründet.

In einigen Tageszeitungen wurde heute die Meldung verbreitet, dass angeblich 400 Wiener Häuser in Einsturzgefahr seien. Dazu teilt die Stadtbauamts-Direktion folgendes mit:

Trotzdem in Wien zahlreiche ältere Häuser bestehen, ist es absolut unbegründet, von der Einsturzgefahr auch nur eines Wiener Hauses zu reden. Für den Zustand der Häuser sind die Besitzer verantwortlich, und es ist ganz undenkbar, dass die Bewohner sich nicht sofort an die Behörde wenden würden, wenn sie auch nur die Ahnung von einer Gefahr hätten, da sich doch der fortschreitende Verfall eines an der Grenze des Bestandes angelangten Hauses in verschiedenen, auch dem Laien erkennbaren Symptomen zeigt. Völlig unbegründet ist auch die Behauptung, dass die Gemeinde bisher jedes Demolierungsansuchen abschlägig beschieden habe. Die Baupolizei richtet sich bei ihren Befunden nur nach den eigenen Wahrnehmungen oder den vorliegenden Sachverständigengutachten, so dass also ein wirklich baufälliges Haus auch unbedingt demoliert werden muss.

In den Jahren 1919 bis 1929 wurden wegen Baugebrechens, Gesundheits-schädlichkeit oder wegen Errichtung eines Neubaus gegen 5000 Wohnungen demoliert oder geräumt. Damit erscheint der alte Bestand gerade in seinen auffälligsten Teilen wesentlich vermindert. Es ist aber auch ganz unrichtig zu glauben, die Gemeinde fördere die private Wohnbautätigkeit nicht, für die die Bundeshilfe gegenwärtig einen Impuls geben soll. Abgesehen von der Bereitstellung von Bauland im Erbbaurecht wurden bereits bis heute 150 Ersatzwohnungen von der Gemeinde für solche Bauvorhaben zugesichert, wo Demolierungen erfolgen, damit an Stelle des vorhandenen Objektes ein solches mit mehr Wohnräumen entstehen kann. Demolierungen finden in Wien ziemlich ununterbrochen statt. So sind in der Zeit vom 13. August 1929 bis heute von insgesamt 43 Demolierungsansuchen 28 von der Baupolizei bewilligt worden. Die restlichen Ansuchen stehen noch in Behandlung. Eine Abweisung ist überhaupt nicht erfolgt. Ferner bemüht sich die Gemeinde selbst, bei ihren Bauführungen nicht länger haltbare Altbestände zu beseitigen; so hat sie beispielsweise im Jahre 1929 in ihrem Wirkungsbereich 137 Baugrundräumungen bewirkt.

Es wird nochmals mit allem Nachdruck festgestellt, dass von einer Einsturzgefahr bei 400 Wiener Häusern absolut keine Rede sein kann und auch die Behauptungen, die Gemeinde habe bisher jedes Demolierungsansuchen abschlägig beschieden, völlig aus der Luft gegriffen sind.

.....
Unfall im Amalienbad. Heute liess sich der 24jährige Maurer Ignaz Piller von der Firma Baumeister Josef Gladt im städtischen Amalienbad nach Fertigstellung einer von ihm durchgeführten Reinigungsarbeit, ohne Auftrag und entgegen der ausdrücklichen Warnung des Aufzugswärters am Dache eines Fahrstuhles stehend, durch den Aufzugsschacht durchfahren, um nochmals die von ihm in der vorigen Woche ausgeführten Maurerarbeiten im Aufzugsschacht zu besichtigen. Dabei geriet er mit dem linken Fuss zwischen die Führungsschiene des Fahrstuhlschachtes und die U-förmige Führung des Fahrstuhles. Der Fuss wurde dabei derart eingeklemmt, dass ihn die Feuerwehr mit Hilfe des Betriebspersonales erst nach etwa halbstündiger Arbeit durch Aussägen der hölzernen Führungsschienen befreien konnte. Bei der unmittelbar an der Unglücksstelle vorgenommenen Untersuchung durch den Arzt der Rettungsgesellschaft und den Anstaltsarzt wurde ein Bruch des linken Unterschenkels und eine Quetschung des linken Fusses festgestellt. Der verletzte Arbeiter wurde in das Arbeiterunfallspital gebracht. Nach seiner eigenen Aussage liegt kein fremdes Verschulden, sondern ein unglücklicher Zufall vor.

.....
Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In den nächsten Tagen wird die neuhergestellte elektrische Strassenbeleuchtung in der Brigittenau in der Pöchlarnstrasse und Ospelgasse in Betrieb gesetzt.

.....
Stipendien der Gemeinde Wien. Im Studienjahr 1930/31 werden für Schüler der Wiener Obermittelschulen (Obergymnasien, Oberrealschulen und sonstige Obermittelschulen, die dieselben Berechtigungen zum Besuche der Hochschulen gewähren), der Akademie für Musik und darstellende Kunst in Wien, der Wiener Lehrerbildungsanstalten, der Wiener Staatsgewerbeschulen, des Wiener Technologischen Gewerbemuseums, der Wiener Handelsakademien mit Öffentlichkeitsrecht, der Kunstgewerbeschule des österreichischen Museums für Kunst und Industrie, der Bundeslehranstalt für Textilindustrie und der Graphischen Lehr- und Versuchsanstalt in Wien ungefähr 150 von der Gemeinde Wien errichtete Stipendien von je 300 Schilling jährlich verliehen; ferner für Hörer der Wiener Universität, der Wiener Technik, der Wiener Tierärztlichen Hochschule, der Hochschule für Welthandel, der Hochschule für Bodenkultur, der Fachhochschule für Musik und darstellende Kunst, der Akademie für bildende Künste und der Akademischen Spezialschule für Medailleurkunst in Wien ungefähr 50 von der Gemeinde errichtete Stipendien von je 420 Schilling (396 Schilling für Hörer der Rechte) jährlich nach den hierfür bestehenden allgemeinen Vorschriften und unter besonderen Voraussetzungen und Bedingungen. Die mit der Würdigungsbestätigung der Schulleitung und den Nachweis der österreichischen Bundesbürgerschaft versehenen Gesuche sind bis 12. Juli d. J. unmittelbar beim Wiener Magistrat, Abteilung 8, Neues Rathaus, einzubringen.

Wien, am Donnerstag, den 22. Mai 1930

Die städtische Wohnbautätigkeit und der Arbeitsmarkt.Millionenbestellungen an das Baugewerbe- Starke Belebung des Arbeitsmarktes.

Die grosse Arbeitslosigkeit, die in Oesterreich herrscht, macht es den öffentlichen Institutionen zur Pflicht, alle Mittel in den Dienst der Bekämpfung der Arbeitskrise zu stellen. Um die Bausaison voll auszunützen und Tausenden Arbeitern der verschiedensten Gewerbe Arbeit verschaffen zu können, vergibt die Gemeinde die Aufträge zur Durchführung ihres Wohnbauprogrammes jetzt in besonders rascher Folge.

So sind nun neuerlich in einer einzigen Gemeinderatsausschussitzung an Wiener Firmen Aufträge in der Höhe von mehr als fünf Millionen Schilling vergeben worden. Der grösste Teil dieser Summe entfällt natürlich auf die Erd-, Baumeister- und Eisenbetonarbeiten; die Durchführung dieser Arbeiten an neun Wohnhausbauten in verschiedenen Wiener Bezirken erfordert 4,820.000 Schilling; für Arbeiten an der gewaltigen Wohnhausanlage am Laaerberg werden allein 2,300.000 Schilling ausgeworfen. Aber auch die anderen bei Bauten beschäftigten Gewerbe haben bedeutende Aufträge erhalten; so werden für Pflasterungsarbeiten in einer Wohnhausanlage 130.000 Schilling, für Schlosserarbeiten 80.000 Schilling, für Installateur- und Spenglerarbeiten zusammen 60.000 Schilling, für Asphaltierer- und Anstreicherarbeiten ebenfalls 60.000 Schilling ausgegeben.

Aufträge in einer solchen Höhe bedeuten nicht nur langdauernde Beschäftigung für viele gewerbliche Unternehmer, sondern vor allem Arbeit für Arbeiter der verschiedensten Kategorien und damit eine wirksame Bekämpfung und Verminderung der Arbeitslosigkeit.

Ablenkung der Strassenbahnlinie O. Von kommenden Montag an wird die Linie O auf die Dauer von etwa drei Wochen wegen Gleis- und Strassenarbeiten über die Marienbrücke-Gredlerstrasse zur Taborstrasse geführt. Die Ablenkung gilt nur für die vom Kai zur Taborstrasse verkehrenden Züge.

Bezirksvertretung Favoriten. Die nächste Plenarsitzung der Bezirksvertretung Favoriten ist am Freitag, den 30. Mai um 16 Uhr.

Wien, am Donnerstag, den 22. Mai 1930 Zweite Ausgabe

Der Stadtschulrat über die neue Reifeprüfungsvorschrift. Der Stadtschulrat für Wien hat am Dienstag in einer Sitzung der II. Abteilung auf Grund eines Dringlichkeitsantrages zu der neuen Reifeprüfungsvorschrift für die Mittelschulen mit folgendem Beschlusse Stellung genommen: Der Stadtschulrat bedauert, dass ihm entgegen der bei wichtigen Regelungen bisher eingehaltenen Gepflogenheit keine Gelegenheit gegeben wurde, zu der neuen Vorschrift vor ihrer Erlassung Stellung zu nehmen; er erklärt, in Übereinstimmung mit den Forderungen der modernen Pädagogik, dass er eine förmliche Reifeprüfung für die öffentlichen Schüler der Mittelschulen grundsätzlich ablehnen muss. Er stellt fest, dass die neue Regelung gegenüber dem bisherigen Zustand einen ausgesprochenen Rückschritt bedeutet. Die Vermehrung der Gegenstände der mündlichen Prüfung ist eine völlig zwecklose, weder durch praktische Erfahrungen noch durch theoretische Erwägungen zu rechtfertigende Erschwerung des Prüfungsvorganges. Die Drosselung der Hausarbeit, in der der Stadtschulrat, gestützt auf das Urteil seiner zuständigen Fachreferenten, den wertvollsten Bestandteil der gegenwärtig geltenden Reifeprüfung erblickt, bedeutet einen empfindlichen pädagogischen Rückschritt. Schliesslich macht der Stadtschulrat gegen die Bestimmungen über die Zusammensetzung der Prüfungskommissionen verfassungsrechtliche Bedenken geltend.

Wünsche der Steinindustrie. Am Montag erschienen unter Führung des Gewerkschaftssekretärs, Bürgermeister Leopold Traxler von Mauthausen, die Betriebsräte und Unternehmer der österreichischen Steinindustrie bei Bürgermeister Seitz und trugen ihm ihre Wünsche nach erhöhter Anwendung von Steinpflasterung in Wien vor. Der Bürgermeister nahm die Wünsche entgegen und verwies die Abordnung an die zuständige Magistratsabteilung.

Plötzlicher Tod einer Wäscherin. Heute um halb 10 Uhr vormittags wurde die 32jährige Aloisia Wahl-Quapil, die von einer Partei des Karl Marxhofes als Wäscherin aufgenommen war, in der Zentralwäschküche der Wohnhausanlage während der Frühstückspause von epileptischen Krämpfen befallen. Der sofort herbeigeholte Arzt konnte nur mehr den Eintritt des Todes infolge Herzschlages feststellen. Mit dem Betrieb der Zentralwäschküche steht der Todesfall in keinem Zusammenhang.

Wien, am Donnerstag, den 22. Mai 1930 Dritte Ausgabe

.....

Regelung der Marktgebühren. Der Magistrat hat einen Antrag auf Regelung der Marktgebühren auf offenen Märkten und in den Markthallen vorgelegt. Der Marktgebührentarif bleibt nach diesem Antrag in seinen Grundsätzen vom Jahre 1921 aufrecht, doch werden die Gebühren, die in ihrer derzeitigen, aus dem Jahre 1922 stammenden Zusammenstellung teilweise noch auf der alten Kronenwährung basieren, auf die Schillingwährung umgestellt. Ihre Regelung erfolgt auf Grundlage einheitlicher gleichmässiger Belastung nach Massgabe der in Nutzung gezogenen Marktfläche. Wie aus einem Vergleich der Gebarungsergebnisse des Teilbetriebes "Märkte, Markthallen und Brückenwaagen" hervorgeht, hat dieser Betrieb schon seit Jahren ein empfindliches Defizit, während in den Vorkriegsjahren ein beträchtlicher Gewinn erzielt werden konnte. So betragen die Ueberschüsse im Jahre 1910 rund 533.000 Schilling, im Jahre 1911 rund 518.000, im Jahre 1912 rund 491.000 und im Jahre 1913 rund 483.000 Schilling. In diesen Jahren investierte die damalige Gemeindeverwaltung auf dem Gebiete des Marktwesens bloss 434.985 Schilling, also in vier Jahren ungefähr den Gewinn eines einzigen Jahres. Ein ganz anderes Bild ergibt sich in den letzten Jahren. Die Betriebsausgaben übersteigen die Einnahmen ganz gewaltig, so dass der Marktbetrieb selbstverständlich jedes Jahr mit einem Gebarungsabgang abschliesst. Dieser betrug im Jahre 1926 rund 1.000.000 Schilling, im Jahre 1927 rund 680.000, im Jahre 1928 rund 700.000 und im Jahre 1929 fast 1.000.000 Schilling. Trotzdem hat die Gemeindeverwaltung in diesen Jahren keine Erhöhung vorgenommen, sondern vielmehr noch 549.000 Schilling für Investitionen ausgegeben, also um 114.206 Schilling mehr als in den Jahren höchster Gewinne. Trotz der geplanten Neuregelung wird der Gebarungsabgang nicht verschwinden. Denn bei voller Auswirkung der Gebührenerhöhung und ohne Eintreten irgendeiner Verringerung der Ausmasse der Stände ergibt sich rechnungsgemäss gegenüber einem Fehlbetrag für 1929 von 990.513 bloss eine Mehreinnahme von 488.327 Schilling, so dass noch immer ein Defizit von rund 502.200 Schilling bleibt. Ueber die Auswirkung der Gebührenregelung teilt der Magistrat mit, dass zum Beispiel von den 1027 Ständen in den Hallen 527, also mehr als die Hälfte, nach dem neuen Tarif bloss bis zu 14'40 Schilling monatlich werden zu bezahlen haben, wobei darunter 98 Stände ein Flächenausmass von zehn, 49 eines von elf und 70 eines von 12 Quadratmeter haben. Während die Gebühren für Stände von zwei und drei Quadratmeter Flächenausmass überhaupt nicht erhöht werden, ist für den Grossteil der anderen Stände die Erhöhung eine ganz geringfügige. So beträgt sie bei 35 Ständen mit einem Flächenausmass von vier Quadratmeter bloss 80 Grosche monatlich, bei 49 Ständen mit einem Flächenausmass von fünf Quadratmeter bloss 2 Schilling und bei 47 Ständen mit einem Flächenausmass von sechs Quadratmeter bloss 3'20 Schilling. Die Stände mit einem Flächenausmass von zehn, elf und zwölf Quadratmeter haben künftig monatlich 12, 13'20 und 14'40 Schilling an Gebühren zu entrichten.

Bürgermeister Seitz über den Frieden.Die Teilnehmer an der Kaufmannstagung im Rathaus.

Anlässlich des österreichischen Kaufmannstages hat Bürgermeister Seitz die Teilnehmer an der Tagung unter Führung ihrer Präsidenten Vinzl und Langer gestern im Rathaus empfangen. Im Festsaal des Rathauses fanden sich 800 Gäste aus dem Auslande und aus den Bundesländern Oesterreichs ein; mit den Kongressteilnehmern waren auch zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens erschienen, unter ihnen die Präsidenten des Nationalrates Dr. Gürtler und Dr. Waber, Landtagspräsident Dr. Danneberg, die Vizebürgermeister Emmerling und Hoss, die amtsführenden Stadträte, Präsident Glöckel, Staatskanzler a. D. Dr. Renner, Minister a. D. Heinl, der Präsident der Arbeiterkammer Nationalrat Domes, Generaldirektor Müller von der Fremdenverkehrskommission und der Wiener Messe und viele andere.

Präsident Vinzl dankte im Namen der Kaufmannschaft, die den Empfang durch den Bürgermeister als eine Ehrung ihres Standes betrachte. Die Kaufmannschaft bitte den Bürgermeister, ihren Wünschen in seinem Verwaltungsbereiche, soweit das möglich ist, entgegenzukommen, aber auch seinen grossen Einfluss im Parlament für den Kaufmannstand geltend zu machen. Präsident Georges Collas von der französischen Kaufmannschaft trat vor allem gegen jeden Krieg auf; der Krieg sei der grösste Feind der Menschheit und vor allem des Kaufmannstandes. Nur in friedlichen, gesicherten Verhältnissen könne der Kaufmannstand seine volkswirtschaftlichen Aufgaben erfüllen.

Dem französischen Redner, der mit allem Temperament des Romanen für den Weltfrieden eingetreten war, antwortete Bürgermeister Seitz: "Dass es in einem künftigen Krieg keine Sieger und keine Besiegten gäbe, dass alle besiegt wären, die Menschheit und ihre ganze Kultur, darüber ist man heute wohl in der ganzen Welt einer Meinung. Das empfinden alle Nationen, die Friedensidee durchdringt heute alle Kreise. Dass Kriege kein Mittel sind, die Menschheit vorwärtszubringen, sondern nur das Mittel, sie in die Barbarei, in längst überwundene Stufen der Zivilisation zurückzuwerfen, ist heute allgemeine Erkenntnis geworden. (Lebhafte Zustimmung). Was für den äusseren Krieg gilt, das gilt noch viel mehr für den inneren Krieg. (Stürmischer Beifall). Wir haben es schon so oft gehört und es kann doch nicht oft genug gesagt werden: niemand bedarf des Friedens und des ehrlichen Willens zum Frieden mehr als der Kaufmann, niemand kann klarer als er erkennen, dass die Menschheit nur in friedlichem Wirken, im Wettstreit der Geister vorwärts kommen kann."

Langanhaltende, lebhafte Zustimmung unterbrach den Bürgermeister, der dann noch von der wichtigen Funktion sprach, die die Kaufleute als Pioniere des Fortschrittes und der Völkerversöhnung in Staat und Gesellschaft erfüllen.

Gemeindevermittlungsamt Neubau. Die nächsten Sühneverhandlungen beim Gemeindevermittlungsamt Neubau finden am 4., 11., 18. und 25. Juni im Büro des Bezirksvorstehers um halb 11 Uhr vormittags statt.

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 23. Mai 1930

Vizebgm. Hoss eröffnet um 17 Uhr die Sitzung. Es liegt ein Dringlichkeitsantrag des GR. Millik und Genossen vor, der darauf verweist, dass infolge unverantwortlicher Bauführung bei Entfernung von Hauptstützpfeilern der Bestand eines Hauses gefährdet ist und dass bei Entfernung der massiven Stützpfeiler bei einer eventuellen Erschütterung, hervorgerufen durch horizontale Stosswirkung, oder bei einer Brandkatastrophe infolge Deformierung des Eisens durch die Hitze Einsturzgefahr besteht. Dies ist tatsächlich bei dem Haus in der Alserbachstrasse zugetroffen. Auf Grund dieser Tatsache wurde von der Magistratsabteilung 56 am 24. Oktober 1928 eine Verschärfung der Bauvorschriften im Bezug auf Pfeilerentfernungen erlassen. Da aber dieser Erlass die Entfernung von Eck- und Schmieslpfeilern nicht strikte verbietet, wird dies noch immer gehandhabt, wie am Hause Mariahilferstrasse 91 Ecke Kasernengasse zu sehen ist, wo an dem vierstockhohen Gebäude beide Eckpfeiler, sowie ein Teil der Parterrepfeiler im Zuge der Mariahilferstrasse und Kasernengasse vollständig entfernt wurden. Obwohl es statisch zulässig ist, wird doch durch einen solchen künftigen Eingriff an den Eckpfeilern der organische Zusammenhang des Hauses auf das grösste gefährdet. Welche Gefahr für die Bewohner des Hauses und die Passanten durch eine horizontale Stosswirkung, für die ein Bauwerk unter normaler Bedingung nicht berechnet ist, entstehen können, zeigt der Fall in der Gentzgasse, wo am 16. Mai ein städtischer Autobus trotz der grossen Strassenbreite an einen massiv gemauerten Eckpfeiler anfuhr und diesen bis auf einen kleinen Rest abscherte. Nur dieser kleine Rest war noch die Stütze, die eine gewaltige Senkung eventuell einen Einsturz des Hauses verhindert hat. Der amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe VII soll daher beauftragt werden, zu veranlassen, dass Entfernungen von Pfeilern jeder Art an den Häuserecken und Abkappungen, ferner bei den Haustor- und Feuermauerpfeilern untersagt werden.

Ohne Debatte wird zunächst eine Reihe von Anträgen genehmigt. So die Errichtung einer Wohnhausanlage in der Laxenburgerstrasse 98 mit 144 Wohnungen, eines Wohnhausbaues in der Einsiedlergasse mit 92 Wohnungen, der Siedlungsanlage Laaerstrasse mit 58 Siedlungshäusern, des Wohnhausbaues am Laaerberg mit 774 Wohnungen und einer Anlage in der Voltgasse mit 44 Wohnungen. Der Bau einer Doppelschlachthalle für Rinder und Pferde in der Wiener Kontumazanlage, Grund-

die Widmung eines Ehrenpreises von 1000 Schilling für die Genossenschaft der bildenden Künstler, Bezugsregelung für die Abteilungsärzte und Anstaltsärzte der Wiener städtischen Wohlfahrtsanstalten sowie der Abschluss eines Vertrages zwischen der Gemeinde Wien und der österreichischen Gesellschaft vom roten Kreuz, betreffend Unterbringung von Kranken in der Volkshelinstätte Grimmenstein werden ebenfalls ohne Debatte beschlossen.

GR. Hartmann berichtet sodann über die Ausführung einer Wohnhausanlage in der Diefenbachgasse mit 127 Wohnungen, 1 Jugendheim und 1 Geschäftslokal nach den Plänen des Architekten Leo Kammel. Baukosten rund zwei Millionen Schilling.

GRtin. Dr. Matzko (E.L.) fragt an, nach welchem Modus die Uebertragung von Räumen, wie zum Beispiel ein Jugendheim, erfolgt. Einmal wurde uns gesagt, es handle sich um eine einfache Vermietung, sogar ohne Vertrag. Da nun die Jugendheime usw. in den städtischen Neubauten eingerichtet übergeben werden, die Gemeinde jedoch keine Möglichkeit einer Schadloshaltung hat, ist das eine etwas sorglose Preisgabe von Gemeindegut. Bei der Vergebung solcher Räumlichkeiten wird ganz parteimässig vorgegangen. Die Jugendheime werden nur dem sozialistischen Verein Jugendheim übergeben, die sogenannten Kinderaufenthaltsräume den Kinderfreunden und die Büchereien dem sozialistisch orientierten Verein Volkshaus. Auch die Vergebung von Geschäftslokalen für die Blindenindustrie erfolgt nach parteipolitischen Grundsätzen. Es erhalten nur solche Blinde Geschäftslokale, die beim sozialdemokratischen Blindenverband sind und von diesem Waren in Kommission übernehmen. Alle diese Dinge müssen gründlich geändert werden und wir kündigen nun an, dass wir mit allem Nachdruck die Zuweisung von Jugendheimen usw. in städtischen Neubauten an unsere Organisationen zu erlangen suchen werden. Wir verlangen, dass wir künftig ebenso berücksichtigt werden wie die sozialdemokratischen Organisationen. (Beifall, bei der E.L.)

GR. Haider (E.L.) erklärt, dass es Pflicht aller öffentlichen Faktoren/müsse, alle Bestrebungen zu begrüßen, die geeignet sind, die Wohnungskultur zu heben. Wenn auch die von Ihnen ausgeführten Bauten nicht nach unserem Geschmack sind, so müssen wir doch anerkennen, dass diese Ihre Bestrebungen ein Stück Hebung der Wohnungskultur, Hebung der sozialen Lage bedeuten. Leider aber nehmen Sie in diese so wichtigen kulturpolitischen Frage einen rein parteipolitischen Standpunkt ein, indem sie die Wohnungen nur Sozialdemokraten zuweisen. Der Redner weist sodann darauf hin, dass es am 1. Jänner ds. J. in Wien fast 16.000 Wohnungssuchende gegeben habe und wirft die Frage auf, ob es wirklich möglich sei bei dem Wohnhausprogramm der Gemeinde alle diese Wohnungssuchende zu befriedigen. Schliesslich verlangt er Aufklärungen über das in dem Wohnhausbau untergebrachte Jugendheim, das von Steuergeldern erbaut,

werden, aber marxistischen Zwecken dienen soll (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

St. R. Weber ist lit. gegenüber den Ausführungen der GRtin Mätzko fest, dass in dem Beschluss über die Durchführung des Wohnbauprogrammes ausdrücklich der Einbau von Vortragssälen in die städtischen Wohnhausbauten vorgesehen worden sei. Es handelt sich da um eine alte Forderung der Wohnungsreformer man will durch diese Massnahmen erreichen, dass die Jugend von der Strasse und die Erwachsenen vom Besuch der Gasthäuser ferngehalten werden. Solche Lokale dienen in erster Linie den Kindern der in der betreffenden Wohnhausanlage wohnenden Mieter und wenn diese Mieter eine Hausgemeinschaft gründen und sich irgendeinem Verband anschliessen, so ist das ihre Sache, in die sich die Hausverwaltung nicht einmengt. Bei einer grossen Wohnhausanlage ist die Vergebung solcher Lokale für Zwecke von Jugendheimen an Parteiorganisationen ausgeschlossen, da damit ein ständiger Herd von Exzessen geschaffen werden würde. Wir müssen uns dagegen verwahren, dass man hier, wo gar keine Parteipolitik getrieben wird, versucht die Parteipolitik hineinzubringen. Wenn GR. Haider der Meinung ist, dass die auf Grund des Wohnbauprogramms der Gemeinde gebauten Wohnungen für die vielen Wohnungslosen in Wien nicht genügen, so möge er sich bei seiner Partei dafür einsetzen, dass der Gemeinde die von ihr in Anspruch genommenen Bundeszuschüsse im vollen Ausmass zur Verfügung gestellt werden. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Der Referentenantrag wird angenommen.

GR. Rzehak referiert über die Errichtung eines Wohnhausbaues XI., Molitorgasse unter Inanspruchnahme der Bundeszuschüsse nach dem Wohnbauförderungsgesetz. Der Wohnbau enthält 391 Wohnungen mit der üblichen Ausstattung. Die Baukosten betragen Schilling 7.034.803 davon entfällt auf den Grundpreis ein Betrag von Schilling 251.906.

St. R. Kunschak (E.L.) bemerkt, es handelt sich hier das erstemal um ein Bauprojekt, das durch die Wohnbauförderungsaktion des Bundes ermöglicht werden soll. St. R. Weber hat die Minorität aufgefordert, die Gemeinde dahin zu unterstützen, dass ihr in höherer Masse Bundeszuschüsse erteilt werden. Die Erfüllung dieses Wunsches muss an die Bedingung geknüpft werden, dass über die Finanzierung solcher mit Bundeshilfe aufgeführten Bauten volle Klarheit geschaffen werde. Das ist bisher in keiner Weise geschehen. Bei dem Bau, um den es sich hier handelt machen die 40 Prozent, die von der Wiener Landeshypothekenanstalt in Anspruch genommen werden müssen, rund 280.000 Schilling aus. Das erfordert jährlich einen Zinsendienst von über 19.000 Schilling. Wer zahlt die Zinsen? Werden sie auf den Mietzins umgelegt? Oder übernimmt die Gemeinde die Zinsen, Und wenn das der Fall ist, in welcher Form wird die Bedeckung gefunden?

Aber auch für die 50 Prozent, die von der Wohnbauförderung gegeben werden, ist eine 3prozentige Verzinsung zu leisten. Wo finden diese Zinsen ihre Bodeckung? Ausser der Verzinsung muss aber für die 90 Prozent Leihkapital auch ein Tilgungsplan aufgestellt werden. Wem sollen die Tilgungsquoten angelastet werden? Es müsste heute beschlossen werden, welche Beträge für die Verzinsung und Amortisation benötigt werden und es müsste ausgesprochen werden, wo diese Beträge im Budget ihre Bedeckung finden. Das Referat muss nach dieser Richtung ergänzt werden und wir stellen daher den Antrag, dass dieser Gegenstand von der Tagesordnung abgesetzt und an den Stadtsenat bzw. an den Wohnbauausschuss zur neuerlichen Behandlung zurückgewiesen werde. Sie verlangen unsere Hilfe bei den Bundeszuschüssen, wenn Sie aber die Bundeszuschüsse haben, können Sie uns nicht mehr und weisen dann die Wohnungen nach Ihrem Geschmack zu. Wenn Sie schon die Bundeszuschüsse in Anspruch nehmen, müssen Sie die auf diese Weise entstandenen Wohnhausbauten anders behandeln und das, was wir generell für alle Wohnungszuweisungen verlangen, wenigstens hier zur Anwendung bringen, dass nämlich die Wohnungen durch eine eigene Zuweisungskommission vergeben werden. Wir haben Erfahrungen darüber, dass Bundesangestellte, die nicht Ihrer Organisation angehören keine Aussicht haben, in den Wohnhausbauten unterzukommen. Da besteht zum Beispiel bei den Eisenbahnern eine eigene Zuweisungskommission, die ein Bestandteil der sozialdemokratischen Partei ist. Angestellte der Polizei werden grundsätzlich abgewiesen, wenn aber Herr Schaben den Wohnungsbedarf eines Polizeimannes anerkennt, bekommt der Betreffende eine Wohnung. Die Zustände die da bestehen, schreien förmlich zum Himmel. Da ist ein Bundesangestellter, der 10 Jahre in Italien das faschistische System der Entnationalisierung über sich hat ergehen lassen müssen in den österreichischen Bundesdienst übernommen worden, er bekommt aber hier keine Wohnung, der Mann wohnt teilweise im Büro oder bei Amtskollegen, die Frau wandert bei Bekannten herum, die 4 Kinder sind aufgeteilt (Hört! Hört! bei der E.L.) Wenn der Bund für die Wohnbauförderung solche Riesensummen mit geringfügiger Verzinsung zur Verfügung stellt, müsste es ganz selbstverständlich sein, dass ein bestimmter Teil dieser Wohnungen für die Bundesangestellten bereitgestellt wird. Wir fordern daher, dass eine Kommission eingesetzt wird für die Zuweisung von Wohnungen und diese Kommission wird einen Schlüssel festzusetzen haben, nach welchem den Bundesangestellten Anteile an den neuerbauten Wohnungen zugesprochen werden. Die in dem Wohnbauförderungsgesetz aufgestellte Bedingung, dass die Gemeinde, um die Bundeszuschüsse zu erhalten die private Wohnbautätigkeit fördern müsse, wird nicht nur nicht erfüllt, sondern die private Bautätigkeit noch hintangehalten. Da hat sich ein Mann ganz nahe der Gartenstadt am Tivoli ein Häuschen bauen wollen, die E. Werke haben ihm aber für den Anschluss an das Hochspannungskabel, also für die Zuleitung des Stroms 19.490 Schilling

vorgeschrieben (Lebhafte Hört! Hörtrufe und Rufe Skandalös bei der E.L.) Davon sind 13.000 Schilling sofort zu erlegen. Dabei sollen alle beigestellten Einrichtungen Eigentum der E. Werke bleiben (Hört! Hört! bei der E.L.) Wenn innerhalb 5 Jahren andere Anschlüsse erfolgen wird unter Abschreibung des Abnutzungsprozentes der aliquote Teil von diesem Betrag abgeschrieben, aber nach 5 Jahren erlischt auch jeder solche Anspruch (Lebhafte Hört! Hörtrufe bei der A.L. 7) Dabei handelt es sich um ein vollständiges aufgeschlossenes Gebiet, die Strasse ist bereits elektrisch beleuchtet, die Baustelle ist 50 Meter weit von der Gartenstadt Tivoli entfernt. Es ist selbstverständlich, dass der Mann nicht baut. Ein solches Vorgehen ist eine bewusste Unterbindung der privaten Wohnbautätigkeit. Der Redner verweist darauf, dass Baden bei Wien einen Riesenkomplex erworben hat, parzelliert und mit vollkommen eingerichteten Strassenzügen versehen hat. Das Gelände wurde dann der Bevölkerung zur Verfügung gestellt und es ist darauf, man kann fast sagen, ein neues Baden entstanden, ohne dass die Bewohner mit solchen Dingen belastet werden. Im Gegensatz dazu nimmt die Gemeinde einen Krämerstandpunkt ein. (Zustimmung bei der E.L.) Wenn Sie wollen, dass wir Sie in der Frage der Wohnbauförderung gegen den Bund unterstützen sollen, dann müssen Sie vorher die Bedingungen des geschriebenen Gesetzes und die Bedingungen des Gesetzes der politischen Moral erfüllen. Wenn Sie aber von uns Vorspanndienste wollen, können wir mit Ihnen keine gemeinsame Sache machen. (Lebhafte Beifall bei der E.L.) Der Vorsitz. GR. Hofbauer erklärt, dass zur Absetzung eines Geschäftsstückes nur der Bürgermeister berechtigt ist.

St. R. Breitner erwidert auf die Frage der Finanzierung und des Zinsen- und Amortisationsdienstes für die mit Bundeshilfe aufgeführten Wohnungen, dass darüber bereits ein Gemeinderatsbeschluss, und zwar vom 28. Jänner ds. J. ^{vorliegt} ✓

Der § 8 des Bundeswohnbauförderungsgesetzes besagt, dass der Tilgungsdienst erst mit dem Kalenderjahr zu beginnen habe, in dem das Haus benützbar vollendet wird. Da heuer nicht einmal eines bezugsreif sein wird, werden wir erst von 1931 an genötigt sein, in das reguläre Budget eine entsprechende Post einzusetzen. Es besteht daher kein Anlass, das Geschäftsstück von der Tagesordnung abzusetzen.

GR. Schiener (E.L.) erklärt, dass die unerhörte Steuerpolitik Gewerbe, Handel und Industrie dem Ruin zugeführt habe. Bis heute wurden nicht weniger als 573.000.000 Schilling aus der Wirtschaft herausgepresst und für die Wohnhausbauten verwendet. Ein solcher Zustand ist auf die Dauer untragbar. Im übrigen schließt sich der Redner dem Antrag nach Absetzung des Geschäftsstückes an. (Beifall).

St. R. Kunschak (E.L.) nimmt noch einmal zur Frage der Finanzierung der mit Bundeshilfe aufgeführten Bauten Stellung. 60 Prozent der Baukosten werde als Hypothek aufgenommen. Da dies ein zwischenzeitlicher Baukredit ist, muss er verzinst werden. Wie erfolgt die Verzinsung?

St. R. Breitner verweist noch einmal auf den § 8 des Bundeswohnbauförderungsgesetzes. Im übrigen werde er alles veranlassen, um die Frage restlos aufzuklären.

St. R. Weber weist zunächst den Vorwurf zurück, dass die Wohnungsvergabung nach parteipolitischen Grundsätzen erfolge. Das Verlangen des Bundes, in den mit Bundeshilfe gebauten Häusern auch die entsprechende Zahl von Bundesangestellten unterzubringen, ist nicht notwendig, da in den städtischen Neubauten seit 1919 schon viele tausende Bundesangestellte untergebracht worden sind. Die Zuweisung der Wohnungen durch eine Wohnungskommission ist unmöglich, da sie eine völlige Politisierung bedeuten würde. Die Wohnungen können nicht nach dem Proportio der Parteien, sondern nur nach der Wohnbedürftigkeit jedes einzelnen Wohnungswerbers zugewiesen werden. (Beifall bei der Mehrheit) Eine solche Wohnungskommission sieht auch das Bundeswohnbauförderungsgesetz nicht vor. Jeder Private und jede Genossenschaft köm/sich ihre Mieter auswählen. Die Gemeinde wird ihre Wohnungen unter den gleichen Bedingungen vergeben, was ihr ausdrückliches Recht ist. Was den vom St. R. Kunschak erwähnten Fall ^{elektrische} betrifft, dass für die Zuleitung 19.000 Schilling berechnet wurden, so kann es sich hier nicht um ein Einfamilienhaus, sondern es muss sich um ein grösseres Objekt handeln, oder um ein Objekt, das sehr weit entfernt vom aufgeschlossenen Gebiet ist. Schon aus der Höhe der Kosten ergibt sich, wie unwirtschaftlich die Erbauung dieses Hauses an der betreffenden Stelle sein muss und man kann doch nicht von der Gemeinde verlangen, dass sie etwa Zuleitungskosten auf sich nimmt. Die Gemeinde Wien fördert die Bautätigkeit in einem weit grösserem Ausmass als alle übrigen Gemeinden und Länder durch Vergebung von Baurechten, durch Steuerbefreiungen für Wohnbauten, durch Befreiung der Neubauten von den Anliegerbeiträgen und durch Unterbringung der Parteien baufälliger Häuser. Es liegt also gar kein Grund vor, die Gewährung des Bundeszuschusses irgendwie zu verzögern. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit).

Nach dem Schlusswort des Referenten Rzehak wird der Referentenantrag angenommen.

Der Ehrenpreis von 1000 Schilling für die Genossenschaft der bildenden Künstler Wiens wird ohne Debatte bewilligt.

GR. Reismann referiert über den Wohnhausbau XII., Kerngasse. Ausführender Architekt ist Otto Kollisch. Die voraussichtlichen Kosten belaufen sich auf 480.000 Schilling. Der Bau enthält 34 Wohnungen in der üblichen Ausstattung.

GR. Müller (E. L.) bezeichnet die in den Gemeindebauten übliche Zimmerbreite von 3'6 Meter als zu gering. Er bemerkt sodann zu dem vom GR. Kunschak erwähnten Fall des Hausbaues in der Tivoligegend, dass der betreffende Baugrund höchstens 50 bis 60 Meter von dem aufgeschlossenen Gebiet entfernt liegt,

dass sich dort eine Anzahl anderer Baugründe befindet und dass schon deshalb dorthin die Kabel auf Kosten der Gemeinde gelegt werden müssten. Er bringt sodann neuerlich den Wunsch vor, dass das Gebiet Altmannsdorf-Hetzendorf endlich kanalisiert werden möge und verlangt, beim Wohnhausbau Gaudenzdorfergürtel die Schaffung eines Eingangs in der Dichtelgasse. Er führt auch Beschwerde darüber, dass Konsumvereine aus anderen und zwar auch aus sozialdemokratischen Parteihäusern, wosie einen höheren Zins zahlen müssen herausgenommen und in Gemeindehäusern untergebracht werden. In jedem grösseren Gemeindebau wird ein Konsumverein errichtet und es ist verwunderlich, dass die sozialdemokratischen Gewerbetreibenden sich diese Konkurrenz bieten lassen. Redner verlangt schliesslich, dass der Liesingtalkanal endlich gebaut werde, damit das Gebiet von Altmannsdorf Hetzendorf von den Senkgruben befreit werde. (Beifall bei der Minderheit).

Vorsitzender Bürgermeister Seitz erklärt, dass der Bau dieses Kanals schon vor dem Krieg wiederholt behandelt wurde. Die Gemeinde könne jetzt darüber nicht reden; man müsse das Ergebnis der Aenderung der Abgabenteilung abwarten.

GR. Reismann erwidert, dass bei vielen Wohnbauten einige kleine Wohnungen sich ergeben, da eine andere Ecklösung nicht möglich ist. Was den Bau des Liesingkanals anlangt, so hat sich seinerzeit die Gemeinde zur Leistung eines 10prozentigen Beitrages bereiterklärt; der Bau ist aber daran gescheitert, dass die anderen Körperschaften nichts zahlen wollen.

GR. Müller berichtigt tatsächlich, dass die Gemeinde eine 20 prozentige Beitragsleistung beschlossen hat und der Bau deswegen nicht durchgeführt wird, weil sie jetzt nur 10 Prozent zahlen will.

Der Wohnhausbau wird unverändert genehmigt.

St. R. Weber berichtet über die Ausführung einer Wohnhausanlage in der Engerthstrasse-Sturgasse. Es werden insgesamt 295 Wohnungen und 63 Einzelräume errichtet. Die Baukosten sind mit 4,970.000 Schilling veranschlagt. Das Projekt wurde von dem Architekten Josef Hahn verfasst.

GR. Binder (E.L.) führt darüber Beschwerde, dass in einem Gemeindebau auf der Landstrasse die Räume einer Arbeiterbücherei zugleich als sozialdemokratisches Parteisekretariat benützt werden. Es werden dort parteipolitische Vorträge abgehalten. Hier liegt ein Missbrauch vor und der amtsführende Stadtrat soll endlich auf diesem Gebiet Ordnung machen. Die Minderheit müsse gegen eine solche Verwendung der Räume in städtischen Bauten entschieden protestieren (Beifall bei der Minderheit).

St. R. Weber entgegnet, dass er es auf das entschiedenste ablehnen müsse, die politische Agitation in den Gemeindehäusern zu überwachen. Wenn

die Mieter das Mietobjekt ordentlich instandhalten, so kann die Wohnhäuserverwaltung nicht einschreiten. (St. R. Kunschak: Sie haben Wohnungen zu vermieten und nicht Parteilokale!)

Das Wohnbauprojekt wird genehmigt.

St. R. Richter berichtet, dass der Betrieb Wasserversorgung im Jahre 1929 einen Ueberschuss von 24.000 Schilling verzeichnet. Es sollen nun die aus den Vorjahren vorhandenen Rücklagen von insgesamt rund vier Millionen Schilling für die in den nächsten Jahren notwendigen Wasserleitungsbauten verwendet werden.

St. R. Kunschak sagt, dass dieser Betrieb nach dem Grundsatz der Selbstkostendeckung geführt wird, was aber nicht zutrefte. Mit 4 Millionen Schilling kann man natürlich keine Wasserleitung bauen und es handelt sich deshalb dabei um thesaurierte Gelder. Man will nicht eingestehen, dass dies Reingewinne sind, die an die Kasse der Gemeinde abzuführen wären. Der Sinn dieser Rücklagen ist also eine Verschleierung der Gebarung. Der Wasserleitungsbetrieb werde auch unwirtschaftlich geführt. So hat man einem Gastwirt wegen einer rückständigen Gebühr von fünf Schilling das Wasser abgesperrt, ohne vorher eine Verständigung auszuschicken. Dies hat zu einer Sprengung des Warmwasserspeichers geführt und es ist nur ein Glück, dass dabei nicht Menschen gefährdet worden sind. So darf man Kunden der Gemeinde nicht behandeln. Die Wassermengen reichen oftmals nicht aus um den Bedarf zu decken, der mit jedem Wohnhausbau steigen muss. Wir sind heute leider soweit, dass wir mit der Steigerung des Wasserkonsums nicht gleichen Schritt halten können und es muss damit gerechnet werden, dass wir bei ungünstigen Elementarverhältnissen in schwere Kalamitäten hinsichtlich der Wasserversorgung kommen. Alle Hilfsmassnahmen sind von sehr zweifelhaftem Wert. Daher muss allen Ernstes die Frage studiert werden, was zu geschehen hat, um eine Wasserkalamität von Wien fernzuhalten. Vor allem müssten die Schrebergärtenanlagen von der Hochquellenleitung abgesperrt und mit Grundwasser versorgt, ebenso die städtischen und privaten Bäder von der Hochquellenleitung abgeschaltet und an die Beschaffung von Industrierwasser auf andere Art als aus der Hochquellenleitung geschritten werden. Man wird letzten Endes sich mit dem Bau einer neuen Trinkwasserleitung beschäftigen müssen und wir hoffen, dass da nicht zu lange studiert werden wird. Wir bitten, darüber dem Gemeinderat ehestens Bericht zu erstatten (Lebhafter Beifall bei der E. L.)

St. R. Richter erwidert auf die Ausführungen des St. R. Kunschaks, dem Wunsche, Bäder auf anderes Wasser umzustellen sei Rechnung getragen worden. Die meisten Bäder werden heute schon mit Wientalwasser betrieben. In den anderen soll die Umstellung betrieben werden, was auch den Vorteil hat, dass das

Wientalwasser wärmer ist. An der Verbesserung der Wasserversorgung wird ständig gearbeitet. Wir sind im Begriff neue Quellen in die zweite Leitung einzuleiten und die erste Hochquellenleitung zu verbessern. Sobald fertige Projekte hinsichtlich der Verbesserung der Wasserversorgung vorliegen, wird der Gemeinderat damit befasst werden. Auf die vom St. R. Kunschak gebrachte Beschwerde wegen Wasserabsperrung bemerkt St. R. Richter, dass jeder Absperrung wiederholte Mahnungen mit der Androhung der Absperrung vorausgehen, was auch in dem erwähnten Falle geschehen sein muss. (Lebhafter Beifall b. d. Mehrheit).

Der Referentenantrag wird angenommen.

GR. Grolig referiert über die Regelung der Marktgebühren auf offenen Märkten und in den Markthallen. Der Antrag ist ein Produkt schwieriger Verhandlungen und reiflicher Erwägungen und zwar wurden alle kompetenten Genossenschaften zur Beratung herangezogen. Eine Regelung der Marktgebühren war dringend notwendig, da schon eine ganze Reihe von Jahren im Marktwesen ein Defizit besteht, im letzten Jahre in der Höhe von 990.000 Schilling. Mit der Neuregelung soll von dem bisherigen System der Staffe lung der Gebühren abgegangen und die Gebühren für jeden Quadratmeter bemessen werden. Trotz der Erhöhung der Gebühren wird sich im Jahre 1930 noch immer ein Defizit von 502.000 Schilling ergeben.

GR. Huber (E. L.) protestiert, dass der Gemeinderat in der letzten Minute mir der Vorlage überrumpelt werde. Die Erhöhung der Marktgebühren ist ein Skandal. Die Wirtschaft geht zugrunde, die Einnahmen der Marktleute betragen oft nur 3 bis 4 Schilling täglich, so dass die Marktleute diese Erhöhung einfach nicht aushalten können, die bis zu 140 Prozent ausmacht. Der Referent hat erklärt, dass die Gebührenerhöhung im vollen Einvernehmen mit der Genossenschaft vorgenommen wird. Da ist er falsch informiert, da die Genossenschaft die Gemeinde dringend ersucht hat, von einer Erhöhung derzeit Abstand zu nehmen. (Rufe bei der E. L.: Der Gemeinderat wird belogen). Von der Genossenschaft liegt weder eine Erklärung, noch eine Zustimmung vor und es ist eine Lüge zu behaupten, dass der Genossenschaftsausschuss der Gebührenerhöhung zugestimmt hat. Die Genossenschaft war bei St. R. Breitner, doch er hat alle Einwendungen abgelehnt. Da die Gebührenerhöhung für die Marktleute unerträglich ist, beantrage ich den Gegenstand von der Tagesordnung abzusetzen. (Beifall bei der E. L.)

GR. Stöger (E. L.) erklärt, dass die Gemeinde nunmehr um über eine halbe Million Schilling mehr aus den Marktleuten herausholen wird. Dies in einer Zeit, wo die Marktleute tatsächlich oft Tageseinnahmen von 3 bis 4 Schilling haben. Er verweist darauf, dass die Marktleute der schärfsten Konkurrenz besonders durch die Konsumgenossenschaft Wien ausgesetzt sind, die

in jedem städtischen Neubau Geschäftslokale für eine neue Filiale erhält. In diesem Zusammenhang verweist der Redner auf ein Schreiben des Vorsteher Stellvertreters des Fürsorgeinstituts Wieden, das dieser an Parteien des Gemeindebaues in der Schelleingasse gerichtet hat. In diesem Schreiben werden die Parteien eingeladen, der Konsumorganisation Wien beizutreten. (Das ist unerhört!) Auf der einen Seite machen Sie dem Gewerbe eine unerhörte Konkurrenz und auf der anderen Seite versuchen Sie die Gewerbetreibenden mit der Staurausschraube zu erwürgen. Der Redner schildert sodann die Lage der Marktleute und verlangt ebenfalls die Absetzung des Geschäftsstückes. (Beifall).

Der Vorsitzende GR. Weigl erklärt, dass mit Rücksicht darauf, dass die Vorlage eingehend, im Stadtsenat sogar in zwei Sitzungen, behandelt worden ist und die Gebühren ab 1. Juni eingehoben werden sollen, nicht in der Lage sei, den Gegenstand abzusetzen. (Widerspruch bei der E. L.)

In seinem Schlusswort verweist der Referent, dass Wien gegenwärtig über 500 Stände mehr habe als im Jahre 1913. Ausserdem sind über 30.000 Lebensmittelhändler in Wien, die wesentlich mehr Lasten tragen müssen, als die Marktgebühren ausmachen. Uebrigens werden in allen anderen Städten Oesterreichs höhere Marktgebühren eingehoben. Die Marktleute haben sowohl mit St. R. Kokrda als auch mit St. R. Breitner gesprochen. Sie haben dabei den Wunsch geäussert, dass die unbefugten Händler auf den Märkten verschwinden sollen. Schliesslich stellt der Referent fest, dass laut § 69 der Gewerbeordnung die Gemeinde befugt und bemüssigt ist, die Marktgebühren so einzuheben, dass sich die Märkte selbst erhalten. In den Vorkriegsjahren aber wurden bedeutend höhere Gebühren eingehoben.

Nach tatsächlichen Berichtigungen der G. R. Huber, Stöger und des Referenten wird die Vorlage angenommen.

Es wird hierauf der Dringlichkeitsantrag Millik in Verhandlung gezogen und nach einer kurzen Begründung des GR. Millik dem Antrag die Dringlichkeit zuerkannt. - Zum Meritum des Antrages bemerkt GR. Millik, dass durch die Pfeilerauswechslungen an den Ecken und Schmieseln Leben und Gesundheit nicht nur der Hausbewohner sondern auch der Passanten in bedenklicher Weise gefährdet werde. Vor dem katastrophalen Hauseinsturz auf der Alserbachstrasse habe der Redner angeregt, die Pfeilerentfernungen zu untersagen und tatsächlich hat die Baudirektion die Vorschriften für die Pfeilerauswechslungen verschärft, aber in der Mariahilferstrasse Ecke Kasernengasse sind wieder sämtlich Eck- und Schmieselpfeiler entfernt worden, was auf diesem frequentierten Punkt eine grosse Gefahr bedeutet. In einem Gutachten der Baumeister wird festgestellt dass solche Pfeilerentfernungen unverantwortlich sind und tatsächlich lehnen trotz der grossen Arbeitsnot es 98 Prozent der Baumeister ab, solche Eck- und Schmieselpfeiler herauszunehmen. Der Redner ersucht seinen Antrag anzunehmen. (Beifall bei der E. L.)

St. R. Linder erklärt, dass die Baupolizei am 24. Oktober strenge Vorschriften über die Auswechslung von Pfeilern hinausgegeben hat. Trotz aller Unterstützung der Bestrebungen der Kaufleute, grosse Schaufenster zu bekommen, wird jedes einzelne Bauvorhaben genau geprüft und individuell entschieden. Aber unter Umständen kann die Auswechslung eines Hauptpfeilers besser sein als seine Belassung. Das ist auch in der Kasernengasse der Fall, wo anstelle der Eckpfeiler ein eisernes Rahmengestell gemacht, Träger oben und unten und Stützen der Länge nach angebracht, Pfeiler, Träger und Stützen mit Beton ausgefüllt und mit Beton ummantelt wurden. Eine Annahme des Antrages Millik würde zur Folge haben, dass Pfeilerauswechslungen überhaupt unmöglich werden. St. R. Linder bittet daher, diesen Antrag abzulehnen und versichert, dass Baupolizei und Bauamt alles erdenkliche tun, um irgendwelche Katastrophen zu verhüten. (Lebhafter Beifall).

Der Antrag wird abgelehnt.

Schluss der Sitzung 22 Uhr.

Wien, am Samstag, den 24. Mai 1930

Das erste Wiener Hochhaus.Ein Bauwerk von höchster technischer Vollendung-Baubeginn im Sommer-Baukosten ungefähr 11 Millionen Schilling.

Wie schon berichtet, hat die Gemeinde unter acht anerkannten Wiener Architekten einen Wettbewerb veranstaltet, um eine geeignete Verbauungsstudie für die Baustelle Ecke Währingerstrasse-Spitalgasse zu erlangen. Architekt Rudolf Frass, der an diesem Wettbewerb teilgenommen hat und längere Zeit in Amerika tätig war, hat die Idee aufgeworfen, an diesem wichtigen Verkehrsbrennpunkt ein Hochhaus zu errichten. Seine Idee wurde allgemein gutgeheissen, vielfach sogar begrüsst, weshalb die Gemeindeverwaltung von allen eingereichten Arbeiten den Entwurf des Architekten Frass zur Ausführung ausgewählt hat. Die eingereichten Entwürfe waren seinerzeit in den Räumen des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums zur allgemeinen Besichtigung ausgestellt.

Kürzlich berichtete nun amtsführender Stadtrat Weber im Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen über die Errichtung dieses Hochhauses, das von höchster technischer Vollendung sein wird. Die Bauanlage zeigt in vorteilhafter Weise das charakteristische Ausdrucksmittel moderner Architektur in einer wohl abgewogenen, harmonischen Massengliederung. Sie zerfällt in mehrere Bauteile. Die Trakte in der Währingerstrasse und in der Spitalgasse werden fünf Stockwerke hoch sein, wobei der Trakt in der Währingerstrasse den Anschluss an die dort bestehenden Häuser vermitteln, während der Trakt in der Spitalgasse an den grossen Institutsgarten für Sport und Körperkultur angrenzen wird. Zwei ähnliche Parallelfügel werden im grossen Gartenhof errichtet, der ein schönes und gewaltiges Luftreservoir sein wird. In der Mitte des Keiles Währingerstrasse-Spitalgasse wird sich als dominierendes Mittelgebäude ein mächtiger Turmbau von 16 Stockwerken erheben, der seine Hauptfassade gegen den wichtigen Verkehrsplatz zuwenden wird. Den Uebergang zu den anschliessenden Gassentrakten werden zwei symmetrisch im Bogen angeordnete Flügelbauten mit je sieben Stockwerken bilden. Weiter ist vor dem Hochhaus, das wegen seiner gewaltigen Höhe von der Strassenkreuzung weit zurückrückt, ein prächtiger, geschlossener Arkadenhof von geringer Bauhöhe vorgesehen. Die Hauptumrisse der gesamten Bauanlage sind ganz gewaltig; in ihrem Umfang entsprechen sie etwa dem Mittelteil des Neuen Rathauses, der Turmbau mit seinem Gesimse wird die Höhe der Rathhausturm erreichen.

Diese für Geschäfte, Büros und Wohnungen ausserordentlich vorteilhaft gelegene Baustelle hat die Gemeindeverwaltung bestimmt, von den üblichen kleinen Wohnungstypen abzugehen und das Hochhaus mit grösseren Wohnungen auszustatten. Die Anlage wird 150 grössere Mittelwohnungen mit 3 und mehr Zimmer umfassen, die es Aerzten, Advokaten, Künstlern und so weiter gestatten werden, an einem wichtigen Verkehrsknotenpunkt zu wohnen und ihren Beruf auszuüben. Selbstverständlich werden die Wohnungen mit dem modernsten Komfort ausgestattet. Jede Wohnung erhält ein Badezimmer, ein Dienerzimmer, eine Speisekammer und Zentralheizung. Die verkehrsreiche Lage des Hochhauses lässt es auch selbstverständlich erscheinen, an allen Gassenfronten entsprechend ausgestattete Geschäftsläden zu schaffen.

Im Parterre des Hochhauses wird die Karl Seitz-Leschalle untergebracht werden. Vom 1. bis 7. Stockwerk werden voraussichtlich Wohnungen erstellt werden. In den übrigen neun Stockwerken sind Büro- und Geschäftsräumlichkeiten geplant; es ist aber auch möglich, dass der ganze Mittelbau zu Büro- und Geschäftszwecken verwendet wird. Jedes Stockwerk des Turmbaues wird von zwei Stiegen aus zugänglich und mit vier Aufzügen erreichbar sein. Die Räumlichkeiten haben Nordsüdlage und sind daher für Arbeitszwecke sehr gut geeignet. Jedes Stockwerk wird ein Ausmass von 430 Quadratmeter Nutzfläche haben, die entweder als Ganzes oder aber in vier Teilen, jeder mit einem gesonderten Zugang vom Stiegenhaus, vergeben werden. Der besonderen Lage und Ausstattung dieses Baues mit Aufzügen, Zentralheizung, grösserer Geschosshöhe und dergleichen entsprechend, werden die Geschäfts- und Büroräumlichkeiten gegen Leistung eines Baukostenbeitrages vermietet werden. Es ist beabsichtigt, durch langfristige Mietverträge den Mietern die Möglichkeit der Amortisation der Baukostenbeiträge sicherzustellen. Für die Geschäftsräumlichkeiten im Parterre und die Büroräumlichkeiten im Hochhaus zeigt sich bereits lebhaftes Interesse. Anfrager und Bewerbungen um Geschäftslokale, Büroräumlichkeiten und Wohnungen nimmt die Magistratsabteilung 17/I in der Doblhoffgasse 9 entgegen.

Die Kosten für die gesamte Anlage, die zwölf Stiegenhäuser umfassen wird, die, wie schon erwähnt, durchwegs mit Aufzügen ausgestattet sein werden, dürften schätzungsweise 11 Millionen Schilling betragen. Wenn auch die Kosten bei dem jetzigen Stand der Vorarbeiten noch nicht ganz genau errechnet werden können, so kann doch gesagt werden, dass die Durchschnittskosten für den Kubikmeter des umbauten Raumes oder für den Quadratmeter der nutzbaren Fläche sich durchaus wirtschaftlich stellen werden.

Die Anlage, ein architektonisch hervorragend gelöstes Bauvorhaben, wird zweifellos eine Sehenswürdigkeit werden. Durch die Ausführung dieses einzigartigen Bauwerkes gibt die Gemeinde der Fachwelt einen mächtigen Impuls, sich in die, in anderen Ländern schon weit gediehenen Bestrebungen auf dem Gebiete des Hochhausbaues einzuschalten. Daher sieht auch die gesamte Fachwelt dem Bau mit dem lebhaftesten Interesse entgegen.

Das Stadtbauamt ist mit Hochdruck tätig, um die vielen besonderen Fragen, die dieses für Wien vollkommen neue Bauvorhaben aufwirft, in technischer und wirtschaftlicher Beziehung restlos zu klären. Die Höhe des Hauses bedingt besondere Vorkehrungen. So ist zum Beispiel das Turmgebäude mit seiner imposanten Höhe von 62 Meter einem ganz gewaltigen Windanprall ausgesetzt. Es sind daher wohl zu erlegende technische Massnahmen notwendig, damit das Turmhaus dieser viele Tonnen betragenden Naturkraft standhalten kann und auch gegen die dadurch bewirkten Temperatureinflüsse geschützt ist. Die Fassade muss nicht nur wärmedicht, sondern vor allem wegen des Wärmeschutzes auch wasserdicht sein; sie muss weiter mit Rücksicht auf die Höhe des Gebäudes derart sorgfältig und dauerhaft hergestellt werden, dass Reparaturen so gut wie überhaupt nicht in Betracht kommen. Besondere Vorkehrungen macht auch die Forderung nach absoluter Feuersicherheit der Anlage notwendig. Unter anderem sind eigene Wasserleitungen vorgesehen, die nur für Feuerlöschzwecke dienen sollen, wie überhaupt das Problem der Installationen eines derartig hohen Gebäudes keineswegs einfach ist. Schliesslich wird auch die österreichische Aufzugsindustrie hier vor erstmalige Aufgaben gestellt werden.

Eine interessante Aufgabe erwächst den Bautechnikern auch daraus, die Anlage so zu gestalten, dass später einmal eine grosse Kanalleitung unter der Anlage durchgeführt werden kann. Bekanntlich wird der Alserbachkanal nach erfolgter Verbauung seines Einzugsgebietes nicht mehr ausreichen, um die Abwässer aufzunehmen. Für diesen Fall besteht schon seit langem im Stadtbauamt das Projekt eines Entlastungskanales, der unbedingt über die Gründe des ehemaligen Bürgerversorgungshauses geführt werden muss.

Wien wird mit der Errichtung des ersten Hochhauses nicht nur um ein Wahrzeichen bereichert, sondern auch von den Behinderungen des Strassenverkehrs an einem wichtigen Verkehrsknotenpunkt befreit werden, wo bis jetzt der Verkehr nur mit den grössten Schwierigkeiten abgewickelt werden kann. Wie schon erwähnt, werden die Fronten des Hochhauses sowohl an der Spitalgasse als auch an der Währingerstrasse und ganz besonders an der Ecke stark zurückverlegt, so dass für jedwede Verkehrsentwicklung im grössten Ausmasse Raum geschaffen wird, wodurch die äusserst unliebsamen Stauungen an der Kreuzung Währingerstrasse-Spitalgasse beseitigt werden.

Die Vorarbeiten für den Bau dürften in den nächsten Wochen abgeschlossen sein. Als Bauzeit sind 18 Monate in Aussicht genommen.

Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche tritt am Dienstag um 10 Uhr vormittags der Wiener Stadtsenat zusammen. Anschliessend daran ist eine Sitzung der Wiener Landesregierung.

Jubilare der Ehe. In den letzten Tagen feierten die Ehepaare Wenzel und Anna Masek, Johann und Rosa Reithmeier, Franz und Margarete Hoheisel und Karl und Henriette Schüller ihre goldene Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien amtsführender Stadtrat Linder in der Wohnung der Jubelpaare, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

Beschwerde über Absperrung des Wasserbezuges. Stadtrat Kunschak hat in der Freitagsitzung des Gemeinderates anlässlich des Berichtes des amtsführenden Stadtrates Richter über das Gebarungsergebnis des Betriebes "Wasserversorgung" darüber Beschwerde geführt, dass der Magistrat einem Gastwirt wegen einer rückständigen Gebühr von fünf Schilling ohne vorherige Verständigung das Wasser abgesperret habe. Dieser Vorgang wurde von Stadtrat Kunschak als unzulässig und überaus drückende Härte bezeichnet. Zu dieser Beschwerde teilt der Magistrat folgendes mit: Auf Grund eines Erlasses der Magistratsdirektion vom 30. April 1929 wird zur Hereinbringung der Gebührenrückstände bei den besonderen Wasserbezügen das Wasser erst nach erfolgloser Mahnung und Androhung der Absperrung des Wasserbezuges abgesperret. Im gegenständlichen Falle handelt es sich um einen Gastwirt in Ottakring, dem der Zahlungsauftrag über das **letzte** Viertel 1929 im Betrage von 80'04 Schilling am 3. Februar 1930 zugestellt wurde. Die Gebühr war daher am 17. Februar 1930 fällig. Da jedoch eine Zahlung nicht erfolgte, wurde der Rückstand mit der vorgeschriebenen Drucksorte und unter Androhung der Absperrung am 10. März 1930 mit dem an diesem Tag noch aushaftenden Betrag von 77'48 Schilling unter Anrechnung des zehnpromzentigen Verzögerungszuschlages von 7'70 Schilling und der Mahngebühr von 70 Groschen, zusammen also mit dem Betrag von 85'88 Schilling eingemahnt. Am 27. März 1930 wurden von der Partei 80'04 Schilling eingezahlt, so dass noch ein Rückstand von 5'84 Schilling aushaftete. Da eine weitere Zahlung nicht erfolgte, wurde von der Rechnungsabteilung für den XVI. Bezirk die Durchschrift der Mahnung der zuständigen Magistratsabteilung zur Durchführung der Absperrung übermittelt. Nach dem üblichen Vorgang wurde dem Gastwirt das Wasser jedoch nicht sofort abgesperret, sondern er wurde vielmehr noch einmal durch ein Organ des Wasserleitungsbetriebes verständigt, dass die Absperrung vorgenommen wird, wenn der Rückstand nicht binnen drei Tagen eingezahlt wird. Diese Verständigung erfolgte am 7. Mai 1930. Da von der Partei zur Bereinigung der Angelegenheit nichts unternommen wurde, erfolgte am 23. Mai, also erst nach weiteren zwei Wochen die Absperrung. Nun zahlte der Gastwirt noch am selben Tag den rückständigen Betrag ein, worauf der Wasserbezug wieder geöffnet wurde. Wie diese Darstellung des Magistrates erweist, liegt der von Stadtrat Kunschak bemängelte Fall ganz anders. Seine Beschwerde dürfte daher wahrscheinlich auf unrichtige Informationen beruht haben.

Wien, am Montag, den 26. Mai 1930

.....
Kahlenbergerdorf erhält eine Berufsfeuerwache. Im Kahlenbergerdorf war bisher die dortige freiwillige Feuerwehr tätig. Im Verlaufe der Reformierung des Wiener Feuerwesens hat nun die freiwillige Feuerwehr ihre Löschberechtigung zurückgelegt und die städtische Berufsfeuerwehr im Kahlenbergerdorf eine Feuerwache errichtet. Es ist dies die zwanzigste Feuerwache, die seit dem Beginn der Reform im Jahre 1925 von der städtischen Feuerwehr besetzt, beziehungsweise errichtet wurde. Die neue Feuerwache ist in einem eigens für ihre Zwecke aufgeführten Gebäude untergebracht und befindet sich bei der Einmündung der Wiegandgasse auf den St. Georgsplatz. Sie besteht aus 16 Mann und 2 zeitgemässen automobilen Geräten. Die neue Feuerwache wird am Freitag um 11 Uhr vormittags von amtsführenden Stadtrat Linder eröffnet.

.....
Ehrung des Philologen Konrad Duden. Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hat am Mittwoch beschlossen, die in Hietzing zwischen der Königlberggasse und der Pacassistrasse auf den Königlberg führende Gasse nach dem Philologen Konrad Duden zu benennen. Duden, der von 1829 bis 1911 lebte, war deutscher Sprachforscher und hat sich um die Vereinheitlichung der Rechtschreibung der deutschen Sprache verdient gemacht. Von ihm stammen das Orthographische Wörterbuch der deutschen Sprache, Rechtschreibung der Buchdruckereien deutscher Sprache, das Sammelwerk Rechtschreibung der deutschen Sprache und der Fremdwörter sowie Grundzüge der neuen hochdeutschen Grammatik.

.....
Ablenkung des Bahnhofrundverkehrs. Von morgen Dienstag bis Freitag dieser Woche wird die Bahnhofrundlinie wegen Arbeiten auf dem Margaretengürtel in beiden Fahrtrichtungen vom Mariahilfergürtel über die Gumpendorferstrasse, Reinprechtsdorferstrasse zum Matzleinsdorfer Platz geführt.

.....
Jugendwandertreffen der Wandergruppen der Wiener Fortbildungsschulen. Die Wandergruppen der Wiener gewerblichen Fortbildungsschulen veranstalten am nächsten Sonntag auf dem Jauerling bei Spitz in der Wachau ein Jugendwandertreffen. Die Abfahrt erfolgt am Samstag um 21 Uhr mit Sonderschiffen ab Nussdorf nach Spitz, Aggsbach und Schönbühel. Auf dem Jauerling wird die Jugend zahlreiche Wettbewerbe austragen.

Wien, am Dienstag, den 27. Mai 1930

.....
Wiener Frauenmode im 19. Jahrhundert. Die Direktion der städtischen Sammlungen bereitet anlässlich der Festwochen eine besondere Sehenswürdigkeit vor. Sie veranstaltet im Historischen Museum der Stadt Wien im Rathaus eine Ausstellung "Wiener Frauenmode im 19. Jahrhundert". In dieser überaus interessanten Ausstellung werden Originalkostüme und zeitgenössische Bilder die Wandlung der Frauenkleidung darstellen. Die Ausstellung wird am 3. Juni für den allgemeinen Besuch eröffnet werden und während der Festwochen täglich von 9 bis 1 Uhr frei zugänglich sein.

.....
Werktagsfahrpreis auf der Strassenbahn am Christi Himmelfahrtstag. Uebermorgen Donnerstag (Feiertag) wird auf der Strassenbahn und Stadtbahn der Werktagsfahrpreis eingehoben. Die Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine, Wochenkarten, Fürsorgefahrtscheine und Arbeitslosenfahrtscheine sind gültig. Die Hin- und Rückfahrtscheine können für die Rückfahrt schon von 11 Uhr vormittags an benützt werden. Die Schüleranweisungen haben keine Gültigkeit.

.....
Geehrte Redaktion!

Die Gemeinde-Zeitung hat ein Sonderheft über den Wiener städtischen Fuhrwerksbetrieb herausgegeben. Wir übermitteln anbei dieses Heft und bitten um Aufnahme folgender Notiz:

Die Organisation der Wiener Strassenpflege. Die Reinigung der Wiener Strassen, die rund 11 Millionen Quadratmeter umfassen, wozu noch 4 Millionen Quadratmeter Gehwege und Alleen kommen, ist ein ungemein schwieriges Problem. Die Oesterreichische Gemeinde-Zeitung hat nun ein Sonderheft herausgegeben, in dem Fachmänner über die Durchführung der Wiener Strassenreinigung eingehend berichten. Das Heft enthält auch Aufsätze über die Hauskehrtabfuhr, die Kehrrechtverwertung und die Organisation des grossen Lastkraftwagenbetriebes der Gemeinde Wien. Mit reichem Bildschmuck ausgestattet, ist diese Veröffentlichung die beste und aktuellste Information über die für jede Stadt so wichtigen Fragen der Strassenpflege. Die Sonderausgabe kostet zwei Schilling und kann von der Verwaltung der Gemeinde-Zeitung im Neuen Wiener Rathaus bezogen werden.

.....

Missbrauch des Namens der "Wiener Festwochen".

Keine Feldmesse im Rahmen der Festwochen.

In den letzten Tagen wurde die Nachricht verbreitet, dass am 15. Juni als Abschluss der "Festwochen" eine Feldmesse abgehalten werden soll, an der neben Vertretern der verschiedenen Organisationen auch Heimwehrmänner teilnehmen sollen. Zu diesen Gerüchten erfahren wir vom Wiener Festausschuss, dass eine Feldmesse im Programm der Festwochen nicht vorgesehen und dass dem Festausschuss von einer solchen Feldmesse auch gar nichts bekannt ist. Die Wiener Festwochen sind eine Veranstaltung völlig unpolitischer und interkonfessioneller Art; eine derartige Kundgebung politischen und konfessionellen Charakters wie die angebliche Feldmesse würde dem Sinne der Festwochen nicht entsprechen. Die Nachricht von einer derartigen Feldmesse als Abschluss der Festwochen ist daher ein Missbrauch des Namens der in der Bevölkerung und im ganzen Auslande bekannten "Wiener Festwochen."

.....

Die Unregelmässigkeiten bei einer Baurechnung.

Einstellung des Strafverfahrens.

In der Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Wohnungswesen berichtete heute amtsführender Stadtrat Weber über die schweren Anstände, die sich, wie bereits in der Oeffentlichkeit mitgeteilt, bei der Ueberprüfung der Abrechnung des Gemeindewohnbaues XXI., Steigenteschgasse, ausgeführt von der "Baugesellschaft A.G. Carl Korn", ergeben hatten. Ein Organ der Firma hatte Abänderungen an den Abrechnungen vorgenommen, wodurch sich zu Ungunsten der Gemeinde eine Mehrauszahlung von 174.480 Schilling ergab. Unmittelbar nachdem von den amtlichen Organen diese Manipulationen aufgedeckt waren, wurde vom Magistrat der Sachverhalt der Staatsanwaltschaft zur Einleitung des Strafverfahrens angezeigt.

Um die Erhebungen der Staatsanwaltschaft so umfassend wie möglich zu gestalten, beschränkte sich der Magistrat nicht darauf, die Anzeige etwa gegen den schon vorher aus den Diensten der Carl Korn A.G. geschiedenen und von ihr allein als schuldtragend bezeichneten Angestellten zu erstatten; die Anzeige richtete sich vielmehr überhaupt gegen alle, wenn auch unbekanntes Täter. Dadurch wurde bewirkt, dass der Kreis aller für diese Fälschungen irgendwie verantwortlich zu machenden Personen so weit als möglich gezogen wurde. Mit Zu-

.....
schrift vom 17. Mai 1930 hat nunmehr die Staatsanwaltschaft die Magistrats-Direktion verständigt, dass kein Anlass zur Erhebung einer gerichtlichen Anklage vorliege. Damit erscheint die strafrechtliche Seite dieser Angelegenheit erledigt. In zivilrechtlicher Hinsicht hat sich die Carl Korn A.G. sogleich nach dem Bekanntwerden des geschilderten Tatbestandes verpflichtet, der Gemeinde jeden Schaden zu ersetzen. Die Firma hat dabei sofort den Standpunkt eingenommen, dass der ehemalige Angestellte, der den Posten aufgegeben hatte, um sich selbständig zu machen, zwar in pflichtvergessener Weise und ohne irgend welches Vorwissen der Leitung die Fakturen willkürlich angefertigt habe, dabei aber von den tatsächlichen und in den Büchern ordnungsgemäss verzeichneten Selbstauslagen der Unternehmung für den Bau Steigenteschgasse ausgegangen sei und zu diesen Selbstauslagen nur den normalmässigen bescheidenen Verdienstzuschlag gemacht habe. Er habe sich auf diese Weise die umständlichen Auseinandersetzungen mit dem Stadtbauamt wegen einer Reihe von strittigen Posten ersparen wollen. Die Firma nimmt den Standpunkt ein, dass sie durch dieses Vorgehen ihres eigenen Organes geschädigt und um die ordnungsmässige Legung der Rechnung gebracht worden sei. Die Carl Korn A.G. stellte infolgedessen das Verlangen, es möge ihr nunmehr, da die Staatsanwaltschaft festgestellt habe, dass ein strafbarer Tatbestand nicht vorliege, und sie keinen Grund gefunden habe, gegen irgend ein Mitglied der Leitung der Carl Korn A.G. einzuschreiten, gestattet werden, die Rechnung so zu legen, als ob der Zwischenfall sich überhaupt nicht ereignet hätte. Dem gegenüber nahm aber der Gemeinderatsausschuss einhellig den Standpunkt ein, dass es nicht zweckdienlich sei, sich in irgend welche weitere Verhandlungen über die Baurechnung für den Wohnhausbau Steigenteschgasse einzulassen. Wenn die Carl Korn A.G. die Ueberzeugung hat, dass sie auf Grund der Bedingungen noch irgend welche Forderungen gegen die Gemeinde habe, so bleibt es ihr überlassen, diese Ansprüche im Wege des ordentlichen Gerichtes geltend zu machen.

.....

Verbesserungen im Strassenbahn- und Autobusverkehr.

Seit dem letzten Herbste wird, um den Arbeitern und Angestellten bei der Fahrt zur Arbeitsstätte zeitraubendes Umsteigen zu ersparen, die Linie 132 der Strassenbahnen von Betriebsbeginn bis acht Uhr früh bis zum Wallensteinplatz geführt. Dort steigen dann die meisten Fahrgäste in die Linie 5 um, weil ihr Fahrziel zumeist in den äusseren Bezirken Wiens liegt. Um nun auch den Angestellten, die im Zentrum der Stadt beschäftigt sind, eine direkte Verbindung zu schaffen und Wartezeit an der Umsteigstelle Wallensteinplatz zu ersparen, wird von nun an die Linie 132 von sieben bis acht Uhr früh, also in der Zeit, in der sie hauptsächlich von Angestellten benützt wird, über den Wallensteinplatz hinaus bis zum Franz Josefskai, Schleife Zelinkagasse, geführt. Der Gemeinderatsausschuss für die städtischen Unternehmungen hat die für viele Angestellte wichtige Neuregelung des Strassenbahnverkehrs über Anregung des Vizebürgermeisters Emmerling beschlossen.

In der gleichen Sitzung hat der Gemeinderatsausschuss auch Änderungen der Führung der Autobuslinien 6 und 8 beschlossen. Die Linie 6 wird, um die Fahrsicherheit zu erhöhen, von nun an die Währingerstrasse zwischen Aumannplatz und Vorortelinie nicht befahren, sondern vom Gürtel durch die Gentsgasse bis zur Weinhausergasse und dann durch die Weinhausergasse zur Währingerstrasse fahren, um weiter der Vorortelinie bis zur Endstation zu folgen. Die Rückfahrt zur Stadt wird in gerader Richtung durch die Gentsgasse bis zum Gürtel und von dort wie bisher weiter zur Philadelphiabrücke führen. Einer Anregung der Bezirksvertretung Simmering folgend, wird die Autobuslinie 8, Elterleinplatz-St. Marx, die bisher bei der Schlachthausgasse vor der Viehmarktgasse endete, durch die Landstrasse Hauptstrasse bis zum Rennweg weitergeführt werden und so den Standplatz neben dem Haupteingang der Rennweger Kaserne erreichen. Dadurch wird ein direkter Anschluss an die Strassenbahnlinie 71 geschaffen und so für viele Fahrgäste eine wesentliche Verkehrsverbesserung erreicht.

.....

Ein zweiter Belvederepark in Wien.

An den gegen die Stadt abfallenden Hängen des Wienerberges bereitet sich die Entstehung einer gewaltigen, hochinteressanten Wohnhausanlage der Gemeinde Wien vor. Es ist die Verbauung des Eisenstadtplatzes, einer Örtlichkeit, die heute den Wienern noch kaum bekannt sein dürfte. Die Anlage, die von den mächtigen Strassenzügen der Laaer- und Favoritenstrasse flankiert ist, im Norden bis in die Nähe des Bürgerplatzes und im Süden bis an die geplante Gürtelstrasse reicht, umfasst ein Areal von rund 170.000 Quadratmeter.

Nach den alten Verbauungsplänen aus der Zeit um 1900 herum sollte dieses Gelände von mehreren Querstrassen zerschnitten werden. Nach dieser, dem damaligen Zeitgeist entsprechenden städtebaulichen Idee, wäre der Eisenstadtplatz ein armseliger Rest dieses heute noch vorhandenen weitausgedehnten und unverbauten Geländes geworden. Es spricht für die geänderte Auffassung unserer Epoche, dass nunmehr der Kristallisationspunkt der hier zur Errichtung kommenden Wohnhäuser ein in gewaltigen Abmessungen gehaltener zentraler Park werden soll, der in drei gegen die Stadt abfallenden Terrassen gegliedert sein wird. Welch überwältigenden Eindruck diese Gartenterrassen machen werden, lässt sich daraus entnehmen, dass sie, auf einem ansteigenden Berghang gelagert, einen Höhenunterschied von 18 Meter überwinden werden.

Um diesen zentralen, nach streng geometrischen Linien begrenzten Park sollen Wohntrakte angeordnet werden, die bestens nach der Sonne orientiert und ebenfalls in ansprechender Gliederung nach bestehenden Geländeunterschieden Abstufungen zeigen werden.

Es verdient hervorgehoben zu werden, dass die in ihrer Gesamtheit ausserordentlich repräsentative Anlage auch in allen ihren Einzelheiten sorgfältig durchdacht ist und den modernen Forderungen der Wohnungshygiene und des grosstädtischen Wohnungsbaues Rechnung tragen wird.

Obwohl in der Zweckbestimmung vollkommen verschieden, ergibt sich in der Behandlung des Parkgeländes eine verblüffende Ähnlichkeit mit dem Welturf genussenden Belvedere, jener einzigartigen Schöpfung der Barockzeit. Es gibt kaum ein sinnfälligeres Kennzeichen für den Umschwung der Zeiten: Während die weit ausgedehnten Grünflächen des Belvedereregartens seinerzeit ihre Entstehung dem Repräsentationsbedürfnis und der Prachtliebe eines Grandseigneurs verdankten, der sich in diesem prunkvollen Schlosspark mit seinem Hofhalt vom Volke absonderte, wird diesmal mit der Schaffung einer ähnlich gestalteten, ebenso grosszügigen Anlage der bewusste Wille der demokratisch gesinnten Stadtverwaltung zum Ausdruck gebracht, vielen Hunderten von Menschen aus dem breiten Volke behagliche Wohnstätten und einen sonnendurchfluteten Freiraum zur Erholung zu widmen.

Diese glänzende Idee ist aus einem Wettbewerb im Jahre 1928 hervorgegangen. Die Gemeindeverwaltung hat damals das Projekt der Architekten Theiss und Jaksch als bestes befunden und die weitere Ausgestaltung dieses Gedankens in die Wege geleitet. Die gesamte Anlage wird ungefähr 2000 Wohnungen umfassen, von denen zunächst auf Grund eines über Antrag des amtsführenden Stadtrates Weber am 13. d. M. im Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen gefassten Beschlusses etwa die Hälfte zur Ausführung kommen wird. Den Schöpfern dieses grosszügigen Entwurfes fällt die Detailprojektierung von etwa 500 dieser Wohnungen zu, während die anderen 500 Wohnungen des ersten Bauabschnittes in ihren Einzelheiten von den Architekten Kaym und Hetmanek auszuarbeiten sein werden.

Der mehrfach erwähnte grosse zentrale Park wird mit seinen drei Terrassen nicht nur dem Spielbedürfnis der in dieser Anlage wohnenden Kinder, sondern auch der gesamten Bevölkerung seiner näheren Umgebung zu erquickender Erholung dienen. Völlig abseits des Verkehrs gelegen, wird er dem Grosstädter eine Quelle der Freude am schönen Grün und der so wohltuenden Ruhe nach des Tagewerkes Hast bieten.

Wien, am Mittwoch, den 28. Mai 1930 Dritte Ausgabe

Gemeindebeiträge für Wohnhausreparaturen. Vergangene Woche hielt der vom Wiener Gemeinderat eingesetzte Beirat zur Begutachtung der Gewährung von Beiträgen zu den Kosten von Instandhaltungsarbeiten an Wohngebäuden seine 19. Sitzung ab. Die Gemeinde Wien gewährt nämlich auf Grund eines Gemeinderatsbeschlusses unter bestimmten Voraussetzungen jenen Mietparteien, deren Mietzins über das Viertausendfache des Friedens hinausgeht, Zuschüsse. In der erwähnten Sitzung wurden die Ansuchen von 509 Parteien in 49 Häusern behandelt und Mietzinsbeiträge von monatlich 2324 Schilling genehmigt. Insgesamt hat der Beirat bisher die Ansuchen von 7861 Parteien in 975 Häusern erledigt. Ferner hat der Beirat dem Magistratsantrag auf Verlängerung von Beitragsbewilligungen für die Zeit vom 1. August 1930 bis 31. Juli 1931 an 600 Parteien in 85 Häusern mit einem Gesamtbeitrag hierfür von 25.461 Schilling zugestimmt. Die Gesamtsumme der Mietzinszuschüsse beträgt monatlich 33.117 Schilling, der Jahresaufwand 336.131 Schilling.

Ein neuer Gemeindefohnbau in Ottakring. Die Gemeinde beabsichtigt, in Ottakring auf dem Bauplatz Lienfeldergasse-Palotzgasse-Redtenbachergasse einen neuen Wohnbau mit 85 Wohnungen zu errichten. Die Anlage, die 5-Stiegenhäuser enthalten soll, wird U-förmig einen Gartenhof umfassen, der von der Palotzgasse aus zugänglich sein wird. Mehr als 50 Prozent des Baugrundes werden nicht verbaut, sondern bleiben für diesen Gartenhof reserviert. Die Baukosten werden 1,360.000 Schilling betragen. Das Bauprojekt, das vom Architekten Josef Bayer ausgearbeitet wurde, ist dem Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen vom amtsführenden Stadtrat Weber vorgelegt und vom Ausschuss genehmigt worden.

Der Vorverkauf von Strassenbahnfahrtscheinen an Samstagen. In den Strassenbahn-Vorverkaufsstellen der äusseren Bezirke war die Verkaufszeit so geregelt, dass die Fahrscheine zwischen halb 7 und 9 Uhr vormittags und zwischen 3 und halb 7 Uhr nachmittags ausgegeben wurden. Die Strassenbahndirektion hat nun die Erfahrung gemacht, dass diese Verkaufszeiten an Samstagen den Bedürfnissen der Bevölkerung nicht entsprechen. Gerade an Samstagen bedingt der frühere Arbeitschluss, dass der Kartenvorverkauf so zeitig beginnt, dass bereits mittags die nächste Woche gekauft werden können. Der Gemeinderatsausschuss für technische Unternehmungen hat daher den Vorschlag der Strassenbahndirektion genehmigt, die Vorverkaufsstellen an Samstagen bereits um 12 Uhr mittags zu öffnen und bis halb 4 Uhr oder 4 Uhr offen zu halten. Dadurch ist es jetzt den Angestellten und Arbeitern ermöglicht, auf der Fahrt von der Arbeitsstätte ohne weiteren Zeitverlust die Vorverkaufskarten für die folgende Arbeitswoche zu lösen.

Wien, am Freitag, den 30. Mai 1930

.....
Eröffnung der neuen städtischen Feuerwache Kahlenbergerdorf. Heute vormittags eröffnete amtsführender Stadtrat Linder die neue städtische Feuerwache Kahlenbergerdorf. Dort war bis jetzt die freiwillige Feuerwehr tätig, die nun im Verlaufe der Reform des Wiener Feuerschutzes ihre Löschberechtigung zurückgelegt hat. Die Feuerwache Kahlenbergerdorf ist die elfte, die seit Beginn der Reform im Jahre 1925 neu errichtet worden ist. Sie ist in einem eigens für ihre Zwecke nach den Plänen des Architekten Peller vom Wiener Stadtbauamt ausgeführten Gebäude untergebracht und befindet sich bei der Einmündung der Wiegandgasse auf den St. Georgsplatz. Der schmucke Bau ist villenartig ausgeführt und fügt sich harmonisch in das malerisch ländliche Gebiet seiner Umgebung ein. Die neue Feuerwache besteht aus 16 Mann, einem automobilen Löschwagen von neuester, dem dortigen bergigen Gelände besonders Rechnung tragender Bauart und einem automobilen Pionierwagen, der speziell für Rettungs- und Bergungsaktionen auf dem Wasser ausgerüstet ist. Zur Eröffnungsfeier waren für die Bezirksvertretung Bezirksrat Dr. Paradeiser, die dienstfreien Feuerwehroffiziere und zahlreiche Bewohner von Kahlenbergerdorf erschienen. Nach Begrüßung durch Branddirektor Ingenieur Wagner verwies Stadtrat Linder in seiner Ansprache auf die Bedeutung eines technisch vollkommen auf der Höhe stehenden Feuerschutzes, der den Anforderungen der Grosstadt entsprechend keine Angelegenheit einer freiwilligen Dienstleistung mehr sein kann. So war auch die Schaffung einer ständig besetzten und modern eingerichteten Feuerwache im Kahlenbergerdorf eine schon längst erkannte Notwendigkeit. Er dankte der freiwilligen Feuerwehr für ihre bisherige aufopferungsvolle Tätigkeit und erklärte sodann die neue Feuerwache für eröffnet. Nun folgte ein Probealarm, worauf die Festgäste die neue Feuerwache besichtigten. Nachher eröffnete Stadtrat Linder die neue städtische Feuerwache Nussdorf in der Eisenbahnstrasse, wohin die städtische Feuerwache Heiligenstadt, die sich bisher in der Grinzingerstrasse befand, verlegt worden ist. Diese Wache ist von 12 Mann und 3 automobilen Geräten besetzt.

.....
Gemeindevermittlungsamt Meidling. Die nächsten Sühneverhandlungen beim Gemeindevermittlungsamt Meidling finden am 13. und 27. Juni um 9 Uhr vormittags statt.
380
.....

Neue Wiener Strassenamen. Bekanntlich hat die Gemeinde Wien am Tivoli in Meidling eine ganz moderne Gartenstadt geschaffen, die von mehreren Strassen und Wegen durchzogen wird. Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hat am Mittwoch diese neuen Strassen durchwegs nach hervorragenden Bühnenkünstlern, hauptsächlich des Burgtheaters benannt. Die neuen Strassen und Wege erhielten ihre Namen nach Dr. Rudolf Tyrolt (1848-1929), Bogumil Dawison (1818-1871), Franz Brockmann (1745-1812), Fritz Krastel (1839-1908), Anton Hasenhut (1766-1841), Johanna Franul von Weissenthurn (1773-1847), Mathilde Wildauer (1820-1878), Therese Peche (1806-1882), Ludwig Arnsburg (1820-1891), Sophie Schroeder (1781-1868), Karl Krüger (1765-1828), Karl Meixner (1818-1888), Karl Lucas (1803-1857), Ludwig Gottsleben (1836-1911), Betty Roose (1778-1808) und Ludwig Martinelli (1833-1913). In der Gartenstadt befindet sich auch ein Platz, der nach der Burgschauspielerin Stella Hohenfels (1855-1920) benannt wurde. In der gleichen Sitzung hat der Gemeinderatsausschuss zwei neue Strassen in der Siedlung Glanzing in Währing benannt. Die eine erhielt ihren Namen nach dem im Jahre 1926 verstorbenen Biologen Dr. Paul Kammerer und die zweite nach dem Erfinder des europäischen Porzellans Johann Friedrich Böttger (1682-1719).

Neue Endstation der Autobusnachtlinie Praterstern-Südbahnhof. Wie die Strassenbahndirektion mitteilt, wird die Autobusnachtlinie Praterstern-Südbahnhof von morgen Samstag an anstatt zum Südbahnhof vom Südtirolerplatz über die Favoritenstrasse zum Kepplerplatz geführt. Der Fahrpreis für die Teilstrecke Südtirolerplatz-Kepplerplatz beträgt zwanzig Groschen.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Dieser Tage wird die neuhergestellte elektrische Strassenbeleuchtung in Meidling in der Hohenbergstrasse, in Fünfhaus in der Geyschlägergasse und Sorbaitgasse und in Währing in einem Teil der Anastasius Grüngasse, in der Mollgasse, Weitlofgasse und in dem bisher noch nicht elektrisch beleuchteten Teil der Edelhofgasse in Betrieb gesetzt. Demnächst werden in Ottakring die Hyrtlgasse, Blumberggasse und Panikengasse, in Hernals die Nattergasse und Teichgasse und in Floridsdorf die Schlingergasse, Michael Dittmannngasse, Kretzgasse und Obermayergasse mit der elektrischen Strassenbeleuchtung ausgestattet.

Wien, am Samstag, den 31. Mai 1930

Ein neuer Stadtteil in der Brigittenau.Eine riesige Wohnhausanlage für 2150 Wohnungen im Bau.

Als seinerzeit die gewaltige Strombrücke über die Donau vollendet und damit eine dem heutigen Bedürfnis entsprechende und für die Zukunft genügende Verkehrsverbindung zwischen der Brigittenau und Floridsdorf am Spitz hergestellt wurde, blieben die Flächen um den in der Brigittenau liegenden Brückenkopf unverbaut. Das weite Gelände, das in der Nachkriegszeit überhaupt eine Ablagerungsstätte war, wurde erst vor einigen Jahren durch eine kleinere Parkanlage mit einem Kinderfreibad verschönert.

Auf dieser Stelle wird in kurzer Zeit ein gewaltiges Bauvorhaben der Gemeinde Wien ausgeführt werden. Auf den öden Flächen um den Brückenkopf herum soll eine besonders grosszügig geplante Wohnhausanlage der Gemeinde errichtet werden, die diesen Platz verbaut und städtebaulich ausgestaltet.

Die Entwürfe für diese Anlage, die in der vorigen Woche von amtsführenden Stadtrat Weber dem Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen vorgelegt wurden, sind bereits genehmigt. Auf einer Grundfläche von mehr als 118.000 Quadratmeter, die von den Strassenzügen Forsthausgasse-Leystrasse-Robert Blumgasse-Wehlstrasse-Engelsplatz begrenzt wird, soll nun das grösste Bauvorhaben durchgeführt werden, das die Gemeinde Wien im Rahmen ihres Wohnbauprogrammes bisher in Angriff genommen hat. Nicht weniger als 2150 Wohnungen, also ein ganzer Stadtteil für etwa 7000 Bewohner soll in einer einheitlich entworfenen Anlage geschaffen werden.

Die alten Regulierungspläne, die noch aus der Zeit stammen, als die Donauregulierungskommission diese Gründe verwertete, sahen eine Zerschneidung dieses Grundkomplexes durch mehrere Strassenzüge vor; das Gelände hätte auf verhältnismässig kleine Baublöcke aufgeteilt werden sollen; zur Ausführung wären wohl ähnlich unschöne, licht- und luftlose Miethäuser gekommen, wie sie um diese Zeit zwischen der Lasallestrasse und der Ausstellungsstrasse erbaut worden sind, Häuser, die heute schon als Wohnhaustypen allerschlechtesten Art bezeichnet werden müssen, obwohl sie erst seit den Neunzigerjahren bestehen.

Als die Gemeinde Wien an die bauliche Verwertung dieser Grundflächen schritt, in der Absicht, möglichst viel Fläche für Gärten und Parkhöfe zu belassen, wurde zunächst danach getrachtet, im Wege eines beschränkten Wettbewerbes unter drei namhaften Wiener Architekten zu einer möglichst zweckmässigen, modernen und städtebaulich schönen Lösung zu gelangen. Damals wurden die Ideen des Architekten Perco in seiner Wettbewerbsarbeit zum Ausdruck gebracht, zur Grundlage der weiteren Planarbeiten gewählt. Von dem Projekt des Architekten Perco soll zunächst ein Bauabschnitt mit etwa 630 Wohnungen in Angriff genommen werden.

Die Aufgabe, eine derartig ausgedehnte Bauanlage einheitlich zu gestalten, ohne langweilig und schablonenhaft zu wirken, ist keine leichte. Es muss anerkannt werden, dass Architekt Perco das Problem dieser Riesenanlage in ansprechender, ja machtvoll wirkender Weise gelöst hat. Trotz der grossen Ausdehnung der gesamten Anlage werden fast alle Wohnungen ruhig gelegen sein, nämlich an neuen, vom allgemeinen Verkehr unberührten Wohnstrassen und an Parkanlagen, die im Inneren dieses neuen Wohnviertels geschaffen werden. Zur Ausführung gelangen sechs ausserordentlich grosse Parkanlagen, die gärtnerisch ausgestaltet werden und schon deswegen nicht mehr als Höfe bezeichnet werden können. Einige dieser Parkflächen sind so gross, dass beispielsweise in dem einen der gesamte Raum des Platzes am Hof und auf den in der Mitte der Anlage gelegenen Park sogar das gesamte Neue Rathaus bequem untergebracht werden könnte.

Die wirkungsvollste Schauseite der ganzen Anlage wird gegen den Engelsplatz gerichtet sein. Dort sollen die Baumassen höher geführt werden und durch eine bewegte Gliederung des Umrisses für die ganze Anlage charakteristisch sein. An den zentralen Innenpark, der 110 Meter breit und 186 Meter lang sein wird, schliesst sich ein nach Süden blickendes Kindergartengebäude mit vorgelagerten Spielwiesen an. Zwei grosse zentrale Waschküchen- und Badeanlagen mit den modernsten maschinellen Hilfsmitteln werden es den Frauen der Wohnhäuser ermöglichen, ohne Mühe ihre Wäsche zu reinigen. Die Waschküchenanlagen und Bäder werden ausserhalb der Wohnhausanlage errichtet werden.

Die Verbauung dieses grossen, bisher vernachlässigten Geländes, die als bedeutendes Werk zeitgenössischer Baukunst sicherlich auch in den weitesten Kreisen des Auslandes Beachtung finden wird, soll in kurzer Zeit begonnen werden und in zwei Jahren zu Ende geführt sein.

.....

Sitzungen im Rathaus.

In der kommenden Woche tagt am Dienstag um 10 Uhr vormittags der Wiener Stadtsenat. Anschliessend daran hält die Landesregierung eine Sitzung ab.

.....

Auflegung der Bürgerliste in Wien.

Gemäss Paragraph 11 des Bürgerlistengesetzes wird die Bürgerliste in der Zeit vom 1. bis einschliesslich 30. Juni 1930, und zwar an Werktagen von 15 bis 19 Uhr und an Sonn- und Feiertagen von 9 bis 12 Uhr zur allgemeinen Einsichtnahme aufgelegt. Während dieser Zeit ist jedermann berechtigt, in die Bürgerliste Einsicht zu nehmen. Einsprüche (Reklamationen) gegen die Bürgerliste kann jeder Bundesbürger innerhalb der Auflegungsfrist wegen Aufnahme vermeintlich Nichtberechtigter oder wegen Nichtaufnahme vermeintlich Berechtigter mündlich oder schriftlich bei den Auflegungsstellen einbringen. In der gleichen Art kann die Berichtigung von Schreibfehlern der Bürgerliste beantragt werden. Die Bürgerliste liegt bei den Bezirkspolizeikommissariaten und in den Amtsgebäuden der magistratischen Bezirksämter auf. Die nähere Bezeichnung des Auflegungsraumes ist aus den an den Amtstafeln dieser Behörden angeschlagenen Kundmachungen über die Auflegung der Bürgerliste zu entnehmen.

.....

Der Engpass in der Lerchenfelderstrasse verschwindet.

Nach dem Stadtregulierungsplan soll die Lerchenfelderstrasse fast 19 Meter breit sein; davon sind fast 13 Meter für die Fahrbahn vorgesehen. Die Strassenbreite kann an manchen Stellen aber nicht eingehalten werden, da viele alte Häuser weit über die Baulinie vorspringen. Trotzdem ist es gelungen, die Strassenbahnlinie 46, die durch die Lerchenfelderstrasse führt, zweigleisig auszubauen. Nur in einem Teile der Lerchenfelderstrasse, zwischen der Zieglergasse und der Schottenfeldgasse, verengt sich die Fahrbahn auf fünfeinhalb Meter Breite, so dass die Strassenbahn nur eingleisig fahren kann und auch nur an einer Seite ein Fahrstreifen neben der Strassenbahn frei bleibt. Dieser Engpass in der verkehrsreichen Strasse hat immer wieder Störungen im Verkehr herbeigeführt und gefährdet auch in hohem Masse die Verkehrssicherheit. Die Behebung der Verkehrsschwierigkeiten ist nur dann möglich, wenn die Fahrbahn zwischen der Zieglergasse und der Schottenfeldgasse so verbreitert wird, dass die Strassenbahn doppelgleisig geführt werden kann und an beiden Seiten der Geleise noch ausserdem genügend breite Streifen für den allgemeinen Wagenverkehr frei bleiben. Der Magistrat hat daher einen Entwurf verfasst, der eine Fahrbahn in einer Breite von fast zwölfdreiviertel Meter vorsieht. Gleichzeitig mit dieser Verbreiterung der Fahrbahn soll auch eine Regulierung des Niveaus vorgenommen werden, um die Gehsteige, die heute tiefer als die Fahrbahn liegen, zu heben. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat in seiner letzten Sitzung auf Anregung des amtsführenden Stadtrates Richter die Behebung des Engpasses und die Niveauregulierung in der Lerchenfelderstrasse beschlossen. Die Durchführung der Arbeiten hat freilich zur Voraussetzung, dass fünf Häuser auf der linken Seite der Lerchenfelderstrasse, die weit über die Baulinie vorspringen, demoliert werden. Der Ankauf, allenfalls die Enteignung dieser Häuser ist jedoch schon eingeleitet, so dass mit der Behebung der Verkehrsschwierigkeiten im nächsten Jahr gerechnet werden kann.

.....

Der Fleischverschleiss vor den jüdischen Feiertagen in der Leopoldstadt.

Die grossen jüdischen Feiertage fallen heuer auf Montag, den 2. und Dienstag, den 3. Juni. Die orthodoxen Gewerbetreibenden halten natürlich an diesen Tagen und am Samstag ihre Geschäfte geschlossen. Um nun eine sanitär einwandfreie Versorgung der jüdischen Bevölkerung mit Fleisch- und Fleischwaren zu ermöglichen, hat die Wiener Landesbehörde den Verschleiss von Koscher-Fleisch, Koscher-Fleischwaren und koscheren tierischen Fettwaren am Sonntag, den 1. Juni 1930, im Bereiche des zweiten Wiener Gemeindebezirkes in der Zeit von 7 Uhr früh bis 11 Uhr vormittags ausnahmsweise zugelassen.

.....

Jubilare der Ehe.

In diesen Tagen feierten die Ehepaare Karl und Amalia Grafeneder, Ignaz und Irene Selinko, Moriz und Therese Rosner, Ernst und Marie Goller, Franz und Eugenie Houdek und Heinrich und Rosalia Schmied ihre goldene Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters überreichte amtsführender Stadtrat Linder den Jubelpaaren die Ehrengabe der Stadt Wien.

.....

.....

Salmansdorf wird kanalisiert.

Die Kanalisierung des Gebietes Salmansdorf wird seit langem von der Bezirksvertretung und von den Grundbesitzern angestrebt. Tatsächlich hat sich eine Sanierung dieses Gebietes als notwendig erwiesen. Das Stadtbaureamt hat daher einen Entwurf für die Kanalisierung des Bezirksteiles ausgearbeitet, den der zuständige Gemeinderatsausschuss auf Anregung des amtsführenden Stadtrates Richter genehmigt hat. Mit einem Kostenaufwand von 200.000 Schilling soll in der Hameustrasse von Nr. 54 bis zur Keylwerthgasse, in der Keylwerthgasse von der Hameustrasse bis zur Salmansdorferstrasse und schliesslich in der Salmansdorferstrasse von der Keylwerthgasse bis Nr. 80 und von der Keylwerthgasse bis Nr. 37 ein neuer Hauptunratkanal errichtet werden. Der Gemeinderatsausschuss hat die Bauaufträge bereits vergeben.

.....

Aufstellung neuer öffentlicher Uhren an Verkehrsknotenpunkten.

Die Gemeinde Wien hat in den letzten Jahren dafür Sorge getragen, dass an möglichst vielen verkehrsreichen Stellen öffentliche Uhren angebracht werden. Auch im heurigen Jahre werden wieder sechs solche neue Uhren aufgestellt. Die Uhren kommen in der Inneren Stadt an die Kreuzung Schottenring-Franz Josefs Kai, auf der Wieden an die Kreuzung Prinz Eugenstrasse-Wiedener Gürtel, in Mariahilf an die Kreuzung Mariahilferstrasse-Amerlingstrasse, auf dem Alsergrund an die Kreuzung Nussdorferstrasse-Döblingergürtel, in Meidling an die Kreuzung Schönbrunnerstrasse-Grünbergstrasse und schliesslich in Hernalds an die Kreuzung Neulerchenfelderstrasse-Lerchenfeldergürtel. Die Aufträge zur Lieferung der Uhren wurden über Antrag des amtsführenden Stadtrates Richter in der letzten Sitzung des zuständigen Gemeinderatsausschusses bereits vergeben, so dass in wenigen Monaten die neuen Uhren bereits der Öffentlichkeit übergeben werden.

.....

Beleuchtung des Hochstrahlbrunnens.

Anlässlich der Festwochen wird der Hochstrahlbrunnen auf dem Schwarzenbergplatz zunächst morgen Sonntag von 21 bis 22 Uhr seine farbenprächtigen Wasserspiele zeigen. Die nächsten Beleuchtungen finden dann am Mittwoch und Samstag um die gleiche Stunde statt. Bei ausgesprochenem Schlechtwetter wird die Beleuchtung am Mittwoch auf Freitag verschoben.

Wien, am Samstag, den 31. Mai 1930 Zweite Ausgabe

Wiener Frauenmode im XIX. Jahrhundert.Eine überaus interessante Ausstellung der Wiener städtischen Sammlungen.

Die Direktion der städtischen Sammlungen hat anlässlich der Festwochen eine besondere Sehenswürdigkeit geschaffen. Sie veranstaltet im Historischen Museum der Stadt Wien im Rathaus eine Ausstellung "Wiener Frauenmode im XIX. Jahrhundert". Aus diesem Anlass veranstaltete heute amtsführender Stadtrat Linder in den Räumen der Ausstellung für die Wiener und auswärtige Presse einen Empfang, bei dem Direktor Reuther von den städtischen Sammlungen einen Ueberblick über die überaus interessante Ausstellung gab.

Die Ausstellung zeigt die geschichtliche Entwicklung der Frauenkleidung in Wien vom Beginn des vergangenen Jahrhunderts bis in die 80er Jahre, und zwar sowohl durch Vorführung vollständiger Frauenkleider als auch zahlreichen Modezubehörs wie Hüten, Schuhen, Ueberkleidern, Shawls, Fächern, Schirmen und dgl.

Die zur Schau gestellten Objekte sind Erwerbungen des Historischen Museums der Stadt Wien aus den letzten zwei Jahren; sie sind durchaus Originalstücke, deren Wiener Provenienz bzw. Verwendung nachgewiesen ist. Der Reiz dieser Frauenkostüme wird durch den Umstand erhöht, dass die zu den Kleidern verwendeten Stoffe fast durchwegs Erzeugnisse der besonders in der ersten Hälfte und um die Mitte des XIX. Jahrhunderts auf dem Höhepunkt stehenden Wiener Seidenweberei sind. Von den zahlreichen Fabrikanten der damaligen Zeit sind noch heute die Namen Hornbostel, Mestrozi, Leydolt, Bader, Ziegler und Bujatti nebst manchen anderen geläufig, ja von manchen dieser Firmen betreiben die Nachkommen jetzt noch das gleiche Gewerbe.

Die Frauenkleider, in einer derart stattlichen Zahl vereint, wie sie bisher in dieser Art und über einen bestimmten Zeitabschnitt in keiner öffentlichen Sammlung oder Ausstellung Wiens gezeigt wurden, lassen schon durch ihren Schnitt deutlich die Wandlungen erkennen, die die Mode vom schlank-griechischen Empire über die Zeit des die Vollschlankheit begünstigenden Biedermeier bis zur Wiedererweckung der Krinoline und späterhin der Schleppe durchmachte. Sie berichtigen aber auch zum Teil die ungenauen Vorstellungen, die man bisher lediglich aus Stichen und Vorlagen alter Modejournale gewonnen hatte, in denen aber nicht die Wirklichkeit, sondern ein angestrebtes Ideal zur Darstellung gebracht wird.

Aber neben der unverfälschten Vorführung der Linie, der Silhouette und des jeweils damit angezeigten Schönheitsideals in der Frauenerscheinung zeigen die Kostüme, Shawls und Spenser auch die Farbenpracht der Stoffe vergangener Jahrzehnte mit den hellsten Tönen in der Zeit des Wiener Kongresses und den prachtvoll regenbogenartig zwischen Blaurot und Grün irisierenden Changeantstoffen der folgenden Epochen, von denen hier eine grosse Anzahl vorzüglich erhaltener Stücke ausgestellt wird. Von besonderem Wert, allerdings nicht durch Stoff und Art der Ausstattung, sondern durch ihre grosse Seltenheit, sind einige schlichte Hauskleider, wie sie die geschäftige Hausfrau bei ihren häuslichen Verrichtungen zu tragen pflegte und die im täglichen Gebrauch auch zumeist verbraucht und daher nur in den wenigsten Fällen erhalten wurden.

Weiter sind in der Ausstellung als Beiwerk der Mode Hüte (Schutzen aus dem 30er Jahren), kleine Kapotten der Eugeniezeit, Goldhauben - die kleidsamen Reste einer Art bürgerlicher Nationaltracht der Wiener Frauen zu sehen; Schirme der verschiedensten Art und insbesondere zahlreiche Shawl, Echarpes, Spenser und dgl., die die besondere Freude und das Wohlgefallen der Wienerinnen erregten. Aus verschiedenen Dezennien und aus mannigfaltigem, mehr oder weniger kostbarem Material sind eine grosse Anzahl von Fächern vorhanden, die im XIX. Jahrhundert zum notwendigsten Requisit der Frauenkleidung zählten. Auch Schuhe der verschiedensten Art, interessant durch die Wandlungen und die Stellung des Absatzes, sind zur Schau gestellt und eine kleine Auswahl der altertümlich anmutenden Schmuckstücke vervollständigt das Gesamtbild der Mode.

Die Schaustellung der Frauenkostüme wird unterstützt durch zahlreiche Porträts, die aus zwei Gesichtspunkten hier eingefügt sind; einerseits zeigen sie die im Original vorhandenen Frauenkleider auch im Bild und andererseits ergänzen sie das ein-oder andere Kleidermodell, das im Original nicht vorhanden ist, und helfen so die Lücken schliessen. Schliesslich zeigen die Gemälde auch, wie die Künstler die Frau in ihrer Tracht sahen und schilderten. Die Wandlungen der Haarmoden sind in einer Reihe von Miniaturbildnissen vorzüglicher Künstler und in einer Auswahl von Porträtlithographien Meisters Kriehubers und seiner Nachfolger dargestellt. Zahlreiche farbige Lithographien mit reich staffierten Wiener Veduten zeigen die Frauenmode im Strassenleben der Biedermeierzeit und in einer Vitrine sind die beliebtesten Toilettekalender, Modealmanache und Modezeitschriften jener Epoche vereinigt.

Die Ausstellung wird am 3. Juni für den allgemeinen Besuch geöffnet und während der Festwochen täglich von 9 bis 1 Uhr frei zugänglich.